Sackgasse Schwarz-Grün, S.5

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 10 – 13. März 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Dienst am Völkerrecht: Diese junge Armenierin erinnert an die Verantwortung der Türkei für den Genozid an ihrem Volk im Jahre 1915. Der Protest richtet sich noch nicht einmal gegen die Türkei selbst, sondern gegen armenische Politiker, die der Türkei aus der Sicht dieser Demonstranten zu weit entgegenkommen (Beverly Hills, Oktober 2009).

Bild: Getty Images

Armenier lassen nicht locker

Die USA diskutieren über den Völkermord von 1915 – Blamage für die Türkei

Über 90 Jahre ist es her, dass die Armenier Opfer grausamer Deportationen wurden. Doch mit wachsendem Abstand von den Ereignissen scheint die weltweite Durchsetzungsfähigkeit dieses kleinen Volkes nicht kleiner, sondern sogar größer zu werden.

Gottes Mühlen mahlen langsam. Wer jedenfalls gemeint hätte, dass über den Völkermord an den christlichen Armeniern 1915 im Osmanischen Reich spätestens mit dem Tod der letzten Überlebenden Gras gewachsen wäre, sieht sich getäuscht. Obwohl keine Zeitzeugen mehr leben und die Gegenkräfte geradezu übermächtig sind, gelingt es einer geschickt agierenden armenischen Lobby wieder und wieder, politisch-diplomatische Erfolge zu erzielen.

Während den 14 Millionen deutschen Vertriebenen schon etwa 20 Jahre nach ihrer Vertreibung politisch nicht mehr viel zu gelingen schien – die Entsolidarisierung der eigenen, deutschen Gesellschaft mit dieser Opfergruppe jedenfalls ist beispiellos – kam eine ganz anders organisierte armenische Lobby etwa ein halbes Jahrhundert nach der grausamen Deportation erst so richtig in Fahrt.

> 50 Jahre danach kam die armenische Lobby erst richtig in Fahrt

Allein seit 1965 haben 21 Staaten die durch den osmanischen Staat begangenen Deportationen und Massaker der Jahre 1915 bis 1917 offiziell als Genozid im Sinne der UN-Völkermordkonvention von 1948 anerkannt. Dieser völlig gewaltfrei erzielte diplomatische Erfolg ist umso verblüffender, als Ankara keinen Aufwand scheut, Parlamentsresolutionen in aller Welt zugunsten der Armenier zu verhindern oder zumindest zu verwässern. Das Land hatte und hat dabei an sich gute Karten, die Türkei ist als wichtiger Verbündeter in der Nato eine regionale Großmacht mit Einfluss bis weit nach Zentralasien und verfügt zusätzlich über traditionell enge Kontakten mit Israel und jüdischen Organisationen.

Wie intensiv diese türkische Gegenarbeit betrieben wird, zeigt ein Blick in die Internet-Enzyklopädie „Wikipedia“. In vielen Sprachen gibt es Lexikon-Artikel über diesen Vorgang, aber oft sind sie für die freie Bearbeitung gesperrt, weil türkische „Patrioten“ dort die Geschichte fälschen, dass selbst polnische und tschechische Nationalisten ins Grübeln kommen könnten. In der Türkei selbst ist die offene Darstellung der damaligen Ereignisse eine mit hohen Haftstrafen bewehrte Straftat.

Trotzdem gelang es den Armeniern, in wichtigen Staaten Parlamentsbeschlüsse über diesen ersten großen Genozid des 20. Jahrhunderts zu bewirken. In Frankreich fand 2005 sogar ein Gesetz eine Mehrheit, das die Leugnung dieser Ereignisse in ähnlicher Weise verbieten sollte wie die des Holocaust. Im US-Kongress dauert das Tauziehen um die Bewertung dieser Verbrechen seit mehreren Jahren an. Vor wenigen Tagen hat nun der auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses in einer Resolution die Ereignisse als Völkermord eingestuft – Spannungen mit der Türkei wurden dabei bewusst in Kauf genommen.

Konrad Badenheuer

Konrad Badenheuer:

Die Diagnose

Der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 war der Sargnagel für Gerhard Schröders rot-grüne Bundesregierung, die nur vier Monate später scheiterte. Die SPD hat sich von diesem Schlag bis heute nicht erholt.

Den Verantwortlichen in Berlin hat sich diese Erfahrung tief eingeprägt. Nur so ist zu erklären, warum die schwarz-gelbe Bundesregierung bald sechs Monate nach der Wahl nicht das tut, was alle neuen Regierungen tun: Nach dem Motto von Macchiavelli „Grausamkeiten muss man alle auf einmal begehen“ und angesichts des maximalen Abstandes zur nächsten Wahl werden dann gewöhnlich notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen möglichst als geballte Ladung ins Werk gesetzt. Dass dies nicht geschieht, ist angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat unverständlich und nur mit Angst vor der Landtagswahl am 9. Mai zu erklären.

Dem einen oder anderen in Berlin scheint zu dämmern, dass ein derart langes politisches Mikado-Spiel („Wer sich zuerst bewegt, verliert“) zum Eigentor werden könnte. Noch gibt es keinen massiven Einbruch von Union und FDP, doch die Umfragewerte bröckeln nun auch bei der CDU. Allerdings wäre es für die Kanzlerin nur acht Wochen vor der NRW-Wahl doppelt riskant, den dümpelnden Koalitionsmotor eilig auf „Volle Kraft voraus“ zu stellen: Angesichts einer unsicher agierenden FDP und lauter Dissens in Sachfragen sind schnelle Entscheidungen nicht zu erwarten. So bleibt es vorerst wohl bei der Diagnose von Bundesinnenminister de Maizière: „In der Koalition wird zu viel herumgequatscht und zu wenig konstruktiv miteinander gearbeitet.“

Runder Tisch

Zwei Bundesministerinnen im Clinch

Nach der Vielzahl bekanntgewordener Altfälle von Kindesmissbrauch in angesehenen Einrichtungen hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) für den 23. April zu einem „Runden Tisch“ nach Berlin eingeladen. Während die Initiative von Bundesbildungsministerin Anette Schavan (CDU) unterstützt wurde, strebte Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zunächst weiterhin ein Gremium an, das sich speziell mit Missbrauchsfällen in katholischen Einrichtungen befassen sollte. „Angesichts der jetzt bekannt gewordenen schrecklichen Ereignisse müssen wir dringend handeln“, sagte Ministerin Schröder. Kindesmissbrauch gebe es in ganz verschiedenen Bereichen, „etwa in Internaten, in Sportvereinen aber auch in der Familie“. Das Gremium soll darüber beraten, wie sich sexueller Kindesmissbrauch frühzeitig entdecken und möglichst verhindern lässt. Weitere Fragen sind Hilfe und Unterstützung für Missbrauchsopfer. Im Streit um die nochmalige Verlängerung der Verjährungsfristen bei Kindesmissbrauch zeichnet sich bislang keine Einigung ab. *PAZ*

> Noch ein schwarz-gelber Streitpunkt

Stich ins Wespennest

Helle Empörung in Prag: Österreichs Präsident Fischer steht zu den Vertriebenen

Bis weit in die sechziger Jahre war die Solidarität mit den Heimatvertriebenen in Deutschland ein Teil des Grundkonsenses der Demokraten. Nicht selten übertraf hier die SPD die Unionsparteien sogar, und Polemik gegen die Ost- und Sudetendeutschen, wie sie heute bis in die demokratische Mitte hinein üblich ist, war damals allein Sache des SED-Regimes und seiner Helfer in Westdeutschland.

Dieser paradiesisch anmutende Zustand, für dessen Änderung die einschlägig Interessierten weder Kosten noch Mühen gescheut haben, existiert in Österreich bis heute. Dies belegen die unaufgeregten, aber deutlichen Worte von Präsident Heinz Fischer zum sudetendeutschen „Tag der Selbstbestimmung“, dem 4. März. In einer Grußbotschaft bewertete das Staatsoberhaupt, dessen SPÖ-Mitgliedschaft ruht, die Benesch-Dekrete, die 1945/46 zur Enteignung und Vertreibung der Sudetendeutschen geführt haben, als „schweres Unrecht“, das nicht von anderen europäischen Staaten „legalisiert“ worden sei. „Die Tatsache, dass vom tschechischen Staatspräsidenten als Voraussetzung für seine Unterschrift unter den Lissabon-Vertrag die Bedingung gestellt wurde, dass die Europäische Grundrechts-Charta in der Tschechischen Republik keine Gültigkeit erlangt, hat auf die Benesch-Dekrete in Wahrheit keine Auswirkung“, erklärte Fischer. Und weiter: „Als österreichischer Bundespräsident werde ich mich weiterhin bemühen, an der Aufarbeitung dunkler Stunden unserer Geschichte mitzuarbeiten und dafür einzutreten, dass die Menschenrechte sowohl innerhalb der Grenzen unseres Landes als auch jenseits der Grenzen unseres Landes respektiert und hochgehalten werden. In einer Europäischen Union stehen die Chancen dafür wesentlich besser als im Europa des 20. Jahrhunderts.“

> »Dafür eintreten, dass die Menschenrechte respektiert werden«

Vor allem diese zukunftsgerichtete Wendung hat in Böhmen für helle Aufregung und Empörung gesorgt. Dort findet man es nicht schlimm, wenn Politiker die Friedfertigkeit der Vertriebenen loben oder ihre Kulturarbeit würdigen. Aber Appelle zur Wiedergutmachung des Vertreibungsunrechts gelten dort als unerträglich. Staatschef Václav Klaus bedauerte, dass „schmerzhafte historische Themen“ im österreichischen Wahlkampf „missbraucht“ würden. Eine Oppositionspolitikerin erinnerte Fischer „persönlich“ daran, dass Hitler Österreicher gewesen ist. *K.B.*

MELDUNGEN

Menschenwürde nicht verletzt

Karlsruhe – Zwar verletzte die „ausländerfeindliche Stoßrichtung" in den Wahlplakaten von „Augsburger Bündnis – Nationale Opposition" die in einer freiheitlichen Ordnung erwartete Toleranz gegenüber Ausländern, eine Verletzung der Menschwürde läge jedoch nicht vor. Mit dieser Begründung hob das Bundesverfassungsgericht ein Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichtes auf, dass die „Aktion Ausländer-Rückführung" als Volksverhetzung bewertet hatte. Die vorherigen Verurteilungen der Mitglieder des Bündnisses verstießen gegen die Meinungsfreiheit, so Karlsruhe. *Bel*

Ist das Kreuz identitätsstiftend?

Straßburg – Ist Religionsfreiheit mit Freiheit von Religion gleichzusetzen? Diesen Eindruck vermittelt das im vergangenen November vom Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gesprochene Urteil über Kreuze in staatlichen Schulen Italiens. Die Regierung in Rom hat nun Einspruch erhoben und die Klage an die Große Kammer des EGMR weitergereicht. Die Italiener geben zu bedenken, dass der Staat zwar die Pflicht habe, Neutralität gegenüber den Religionen zu wahren. Dies bedeute aber nicht absolute Unparteilichkeit, da durch sie für die Seite der Nicht- oder Anti-Religiösen Partei ergriffen werde. Dies wiederum würde die Religionsfreiheit diskriminieren. Außerdem sei das Kreuz nicht nur ein religiöses Symbol, sondern habe auch identitätsstiftende Wirkung wie die Nationalflagge oder ein Foto des Staatspräsidenten. Das Kreuz stehe für die Werte, auf denen die italienische Gesellschaft aufgebaut sei, so Roms Argumente. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Falsch gespart

Im Jahr 2008 hat Deutschland 47 Euro pro Bürger in sein Schienennetz investiert. Wie wenig das ist, sieht man im Vergleich mit anderen Ländern. Die Schweiz investierte 284 Euro, Österreich 205 Euro und selbst Italien 60 Euro je Bürger in Erhalt und Ausbau des Schienennetzes. Schon seit Jahren steckt der deutsche Staat zu wenig in seine Infrastruktur, was zur Folge hat, dass nicht nur die Straßen von Schlaglöchern (siehe Seite 4) gezeichnet sind, sondern auch Züge nicht mit voller Geschwindigkeit fahren dürfen oder nur eine Fahrtrichtung befahrbar ist. Obwohl die Bahn sechs Milliarden in den Ausbau der Strecke Köln–Frankfurt steckte, die jetzt mit 300 Stundenkilometern befahrbar ist, kommen Reisende oft nicht schneller ans Ziel, da sich die Züge vor den Bahnhöfen stauen. Hier steht der Ausbau der Schienen noch bevor, doch es fehlt das Geld. 2010 stehen bundesweit 4,4 Milliarden Euro bereit. Der Bedarf soll 23 Milliarden betragen. *Bel*

1.680.994.422.727 €

Vorwoche: 1.678.300.718.118 €
Verschuldung pro Kopf: 20 563 €
Vorwoche: 20 530 €

(Dienstag, 9. März 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Aus der Tagespolitik heraushalten

IKBG-Präsident Ulrich Rüß über die Aufgaben der Kirche – Als früher »Käßmann-Skeptiker« bestätigt

Pastor Ulrich Rüß ist einer der führenden Persönlichkeiten der konservativ-evangelischen Bekenntnisbewegung in Deutschland und Europa. Konrad Badenheuer sprach mit dem Hamburger Theologen über den weiteren Weg der evangelischen Kirche in einem immer stärker säkularisierten Umfeld.

PAZ: *Sie sind seit Oktober Präsident der 1978 gegründeten Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG). Was sind deren wichtigste Anliegen?*

Ulrich Rüß: Das wichtigste Anliegen ist das unerschütterliche Eintreten für die Grundlagen des christlichen Glaubens. Diese Grundlagen sind in der Kirche gefährdet – und das international und interkonfessionell. Der erkennbare Verlust der Autorität der Bibel, die Verweltlichung und Profanisierung des Heiligen, die Orientierung nach dem Zeitgeist und Populärem und die Beeinflussung durch Liberalismus und Feminismus führen zu Erosionsprozessen, die die Kirche in ihrem Glaubenskern und in ihrer Substanz bedrohen. Die Internationale Konferenz Bekennender Gemeinschaften setzt sich daher ein für eine Glaubenserneuerung und, im biblischen Sinn, für eine christozentrisch-trinitarische Bekenntnis-Ökumene.

PAZ: *Sie waren der erste und blieben einer von ganz wenigen, die Frau Käßmann nach Bekanntwerden ihrer Alkoholfahrt den Amtsverzicht nahegelegt haben. Waren Sie davon überrascht?*

Rüß: Die Differenzierung zwischen Person und Amt kam bei der Bewertung zu kurz. Zu Recht wollte keiner Pharisäer oder Königsmörder sein. Richtgeist und Häme verbieten sich dort, wo es um das persönliche Scheitern geht. Bei der Bewertung ging es in diesem Fall aber um die angeschlagene Autorität des Amtes und den Verlust der Vorbildfunktion. Das hat Bischöfin Käßmann, wie ihr Rücktritt zeigt, genauso gesehen wie ich.

PAZ: *Der schnelle Rücktritt hat Margot Käßmann viel Respekt eingetragen. Doch jenseits des rein Persönlichen: Repräsentiert sie nicht ein theologisches Denken – Stichwort subjektive „Authentizität" statt der göttlichen Offenbarung als letzter Instanz in Glaubensfragen – das fortbesteht und die Kirche weiter abwärts führen kann?*

Rüß: Viele konnten sich mit Frau Käßmann identifizieren, gerade weil ihr Leben auch Brüche auswies. Ihre mediengerechte, zupackende Art und die Fähigkeit, Glaubensfragen verständlich auszudrücken, machten sie sympathisch. Sie wirkte authentisch – und das ist doch gut. Nicht gut ist, wenn das „Ich" zu stark in den Vordergrund tritt. Ich war ja, soweit ich das sehe, einer der ganz wenigen, die aufgrund theologischer Bedenken nicht für Frau Käßmann als Ratsvorsitzende waren. Diese Bedenken sind leider in kürzester Zeit bestätigt worden.

PAZ: *Im Dialog mit der katholischen und der orthodoxen Kirche hat Bischöfin Käßmann eine schwierige Lage hinterlassen. Wie kann es dort nun weitergehen?*

Rüß: Wer die Ökumene nicht in gefälligen Sonntagsreden und erstarrt sehen will, wer im Sinne Jesu die Einheit anstreben und verwirklichen will, muss an den theologischen Unterschieden im Geist der Einheit und Wahrheit intensiv unter Gebet und Anrufung des Heiligen Geistes arbeiten. Die Evangelische Kirche muss sich daher deutlicher den Fragen nach dem Kirchen- und Amtsverständnis stellen. Ökumene als Einheit der Kirche lässt sich nicht auf Ökumenischen Kirchentagen „erfeiern". Es wäre viel gewonnen, wenn die Kirchenleitenden, die Synoden und Gremien bei ihren Beschlüssen die Kirche als Ganze und ihre Einheit im Blick hätten. Je christozentrischer die Kirchen ihren Dialog führen, desto verheißungs- und erfolgreicher wird es sein.

> Kultur, Rechtssprechung, Stadtbild, Sitte: Der Mitgliederverlust der Kirche hat Folgen, die wir noch nicht abgesehen können

PAZ: *Was ist Ihr größter Wunsch an den oder die künftige(n) EKD-Ratspräsidenten/in?*

Rüß: Mein größter Wunsch wäre ein Ratspräsident, der fest auf den Grundlagen des Glaubens steht, der fröhlich, offen und mutig und unverfälscht zum christlichen Bekenntnis steht und nicht für Beliebigkeit, der sich in der Weitergabe des Evangeliums als Brückenbauer Gottes versteht und vielen Menschen Mut macht, neu nach Gott zu fragen und für sich den Glauben zu entdecken. Ein Ratspräsident als sozialpolitisches Gewissen ist viel zu wenig. Ein Ratspräsident als „Christopherus", als Christusträger in unsere Gesellschaft, das wäre wahrhaft evangelisch, christlich.

PAZ: *In den 50er Jahren zählten die deutschen evangelischen Landeskirchen noch 43 Millionen Gläubige, heute sind es noch 24,5 Millionen zudem stark überalterte Mitglieder. Wie viel kann in einer Generation noch übrig sein vom deutschen Protestantismus?*

Rüß: Der Protestantismus interessiert mich nicht. Alle Ismen sind ideologiebefrachtet. Mich interessiert die Zukunft der Evangelischen Kirche. Wie viele ihr in 30 Jahren noch angehören, weiß Gott allein. Dennoch befürchte ich, dass die Kirche weiter Mitglieder verliert und damit an Einfluss auf unsere Gesellschaft. Das hat Auswirkungen auf Kultur, auf das Stadtbild (Kirchtürme), Rechtsprechung, Menschenbild, kirchlich-karitative Einrichtungen, auf Sitte, Werte und Feiertagskultur, die wir heute noch nicht absehen können.

PAZ: *Ihre „Heimatgemeinde" in Hamburg-Eppendorf feiert lange, liturgisch anspruchsvolle Sonntagsgottesdienste, die aber bestens besucht sind. Kann es sein, dass viele schlecht besuchte Gottesdienste in „normalen" Gemeinden die Gläubigen gleichsam unterfordern?*

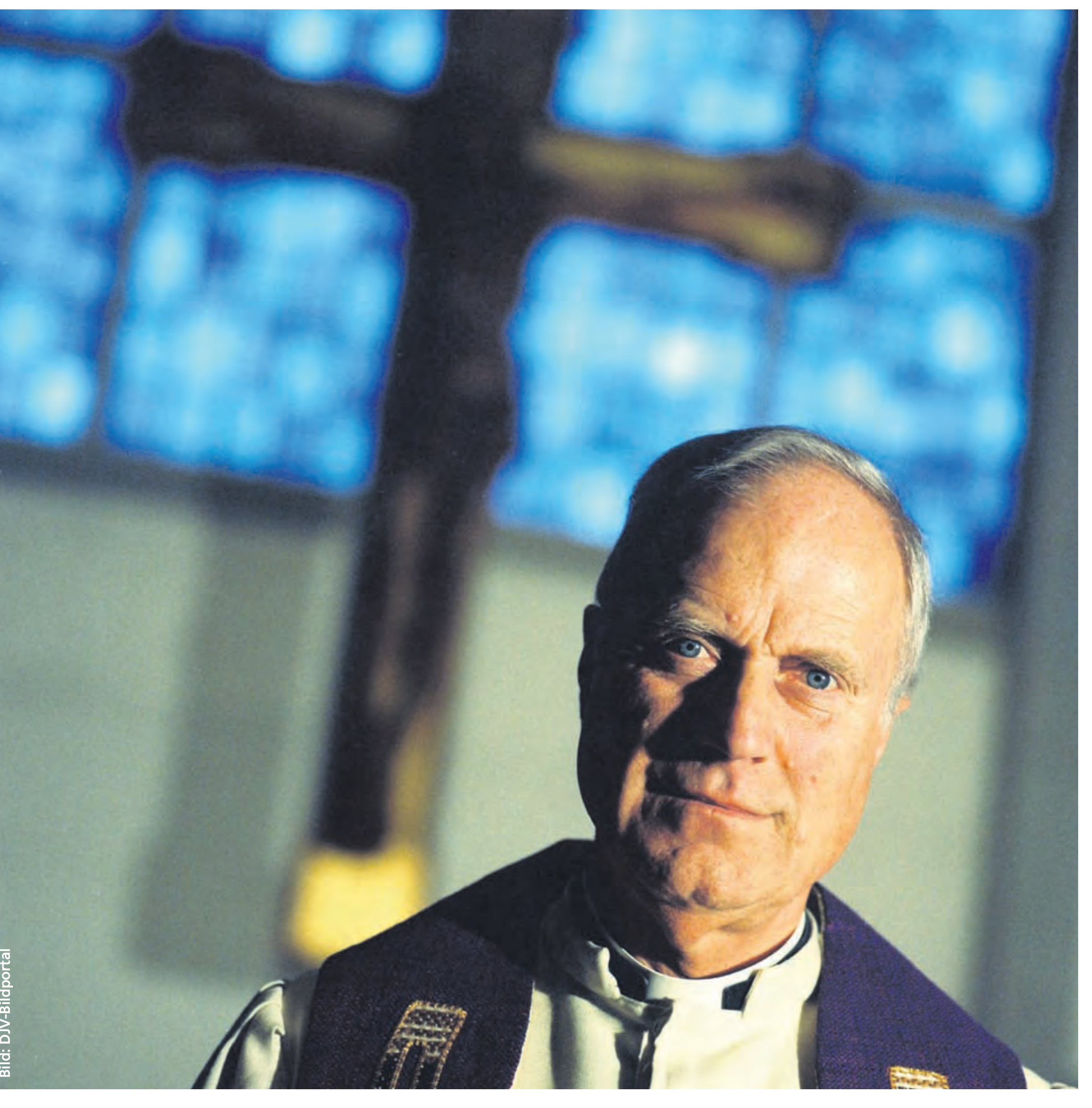
Rüß: Ein Gottesdienst will nicht gehalten, sondern gefeiert sein. Dazu gehören eine ausgeprägte Liturgie, eine ansprechende und überzeugende Predigt und die (sonntägliche) Feier des Heiligen Abendmahles. Die liturgische Form der „Lutherischen Messe" spricht, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, gerade auch junge Menschen und Kirchenferne an, wenn sie in ihrer Bedeutung authentisch vermittelt wird. Also, nur Mut zu mehr Liturgie!

PAZ: *Wie bewerten Sie den Umgang der EKD in den letzten Jahren mit dem Thema Vertreibung und mit den deutschen Vertriebenen?*

Rüß: Bei den vielen Worten der EKD zu politischen Themen weiß ich von einer Stellungnahme der EKD zum Thema Vertreibung seit der bekannten „Ostdenkschrift" von 1965 nichts. Ich bin aber der Meinung, dass das Thema Vertreibung und das Schicksal deutscher Vertriebener deutlicher im Fokus stehen müssten.

PAZ: *Sollte die Kirche auf politische Wortmeldungen womöglich ganz verzichten? Wenn nein, wann soll sie ihre Stimme erheben und wann nicht?*

Rüß: Die Kirche sollte sich aus dem tagespolitischen Geschäft weitgehend heraushalten. Dazu hat sie kein Mandat. Sie darf sich nicht zur politischen Partei machen. Anders sieht das aus bei Glaubensfragen und ethischen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung wie beispielsweise Abtreibung, Sterbehilfe, Umgang mit Embryonen und Genforschung. In diesen ethischen Grundsatzfragen wünschte ich mir mehr Gemeinsamkeit mit der katholischen Kirche.


Bild: DIV-Bildportal

Mut zur Liturgie! Für Pastor Rüß sollten Gottesdienste nicht gehalten, sondern gefeiert werden.

Medwedew entlässt die »fetten Kater«

Verschärfte Reden deuten auf ein Ende des »Putinismus« hin – Vergleiche mit Gorbatschow

Zwei Jahre ist Dmitrij Medwedew im Amt, zwei Jahre hat er noch vor sich bis zur nächsten Präsidentenwahl. Er hatte vor allem die Reform des Justizsystem angekündigt und von der Modernisierung des Landes gesprochen, bislang jedoch wenig davon umgesetzt. Dies könnte sich in der verbleibenden Amtszeit ändern.

Verschärfte Reden des Präsidenten, die jüngsten Personalentscheidungen und seine Forderungen nach einer Demokratisierung des Landes, die nur mit „frei denkenden Menschen" zu schaffen sei, führten in letzter Zeit zu Vergleichen mit Michail Gorbatschow, dem letzten Staatsoberhaupt der Sowjetunion, der mit den Schlagwörtern „Glasnost" und „Perestrojka" einen Demokratisierungsprozess in Gang setzte, der letztlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion führte. Anlässlich seines 79. Geburtstages und der Verleihung des deutschen „Dresden-Preises" wurde Gorbatschow in russischen Medien und im Fernsehen vielfach interviewt. Hört man im Westen Gorbatschows Worten gerne zu, ist dies für Russland recht ungewöhnlich, da er bisher vielen als Verräter galt. Heute nimmt Gorbatschow als Leiter der sozialdemokratischen „Gorbatschow-Gesellschaft" und des Grünen Kreuzes wieder am gesellschaftlichen Leben Russlands teil.

Präsident Medwedew gab spätestens in seiner viel beachteten Rede „Vorwärts Russland", in der er erstmals die Politik seines Vorgängers Wladimir Putin öffentlich kritisierte, deutlich zu erkennen, dass er etwas anderes als dieser will. Seit die Folgen der Wirtschaftskrise auch im Alltag immer deutlicher werden, kam es verstärkt zu sozialen Protesten. Der Polizeiskandal in Moskau und dann das katastrophale Abschneiden der russischen Olympioniken in Vancouver veranlassten den Präsidenten, Funktionärs-Köpfe rollen zu lassen. Er forderte „die fetten Kater" auf, freiwillig zurückzutreten.

> Oppositionelle statt Putins Hardliner

Medwedew entließ 17 hohe Polizeibeamte und kündigte darüber hinaus eine Milizreform bis 2012 und eine Stellen-Kürzung für Polizisten um 20 Prozent an. Die frei gewordenen Posten werden mit Leuten aus Medwedews „Kaderreserve" besetzt. Mit der Milizreform stärkt Medwedew zudem seine Position gegenüber Putin.

Außenpolitisch propagiert der Präsident die umfassende Modernisierung Russlands, wie jüngst auf der Paris-Visite gegenüber seinem französischen Amtskollegen Nicolas Sarkozy. Bei dieser Reise durften ihn 80 führende Wirtschaftsvertreter (wie der Vorsitzende des russischen Wirtschaftsverbands Alexander Scholochin) begleiten. Hatte Putin bei seinem Frankreich-Besuch im November erfolgreich vorverhandelt, konnte Medwedew in Paris nun wichtige Verträge wie die Beteiligung der Gaz de France am Nord-Stream-Projekt unterzeichnen.

Als Signal des Präsidenten für die Liberalisierung gilt die Auswahl der bislang 23 von ihm berufenen Gouverneure. Medwedew bevorzugt meist junge, wirtschaftsfreundliche Technokraten. Oppositionelle bindet er ein: Nikita Belych, Anhänger von Garri Kasparows Demokratie-Bewegung „Solidarnost", wurde vor zwei Jahren noch bei einer Protestaktion festgenommen. Heute ist der studierte Ökonom mit 34 Jahren als Verwaltungschef des Gebiets Kirow der jüngste Gouverneur. Er fördert die Eigeninitiative der Menschen und kann erste Erfolge vorweisen.

Ob Medwedews Demokratisierungsprozess von Erfolg gekrönt sein wird, hängt von Putin ab, der bislang auf jedwede Kritik nicht reagierte, aber zum Gegenschlag ausholen könnte

Manuela Rosenthal-Kappi

SPD setzt auf Denkverbote

Von Harald Fourier

Im Mai wählt die Linkspartei in Rostock ihren Vorstand neu. Die beiden designierten neuen Chefs, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst, weigern sich, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen. 20 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktatur wollen sie das Honecker-Regime offenbar umdeuten in ein provinzielles bis liebenswürdiges, aber leider gescheitertes Experiment, für das sich niemand zu schämen braucht. War die DDR nur eine verarmte Ausgabe der alten Bundesrepublik mit Trabant statt VW Golf, mit „Ein Kessel Buntes“ statt Dieter Bohlen?

Natürlich war sie das nicht. Der Sozialismus und der Nationalsozialismus waren einander so ähnlich, dass sich der Vergleich geradezu aufdrängt. Es gab in beiden Diktaturen eine führende Partei, Einheitsorganisationen, Militäraufmärsche und Gefängnisse für Dissidenten, aus denen viele nicht lebend zurückkamen. Die DDR-Nostalgiker machen es sich sehr einfach, wenn sie sagen: Unter Honecker sind aber viel weniger Menschen ums Leben gekommen als unter Hitler. Das ist natürlich richtig. Aber wer über den eigenen Tellerrand hinausschaut und Russland und China in diesen Systemvergleich mit einbezieht, der stellt fest, dass die Kommunisten insgeamt sogar mehr Menschenleben auf dem Gewissen haben als die Nationalsozialisten.

Doch schon das Wort Systemvergleich schmeckt vielen Linken nicht. Lieber keine Vergleiche anstellen! Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“, Rüdiger Erben (SPD), hat deswegen seinen Mitarbeitern verboten, an einer Tagung der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Magdeburg am kommenden Wochenende teilzunehmen, die genau diesen Diktaturenvergleich ziehen wollte.

Da Rüdiger Erben gleichzeitig auch noch Staatssekretär im Innenministerium seines Landes ist, hat das Ganze nicht nur eine historische, sondern auch eine politische Dimension. Längst hat der Streit den Landtag erreicht. Bei der Regierungspartei CDU brodelt es, bei der FDP sowieso. Schon wurde der Rücktritt Erbens gefordert. Im Namen eines SED-Opferverbandes fragt der Schriftsteller Siegmar Faust empört: „Soll damit von vornherein unterstellt werden, die DDR war gar keine Diktatur?“

Genau das könnte der Grund für die Aktion des Sozialdemokraten sein. Das Teilnahmeverbot ist ein kleiner Schritt für die SPD, aber ein großer Sprung hin zur Volksfrontregierung. In einem Jahr wird in Sachsen-Anhalt neu gewählt. Da trüben Hinweise auf die kommunistische Vergangenheit bloß die rot-rote Perspektive. Also heißt die Devise: Verdrängen und verbieten.

Es wird still um Wowereit

Ist der Regierende nach neun Jahren amtsmüde? Bundesambitionen in weite Ferne gerückt



Kraftlos und ohne Ideen: Klaus Wowereit im Kreise seiner Getreuen.

Bild: Davids

Er war der Hoffnungsträger der SPD. viele sahen ihn bereits als künftigen Bundesvorsitzenden und Kanzlerkandidaten. Doch seit kurzem sinkt der Stern des Klaus Wowereit scheinbar unaufhaltsam.

Es ist ruhig um Berlins Regierenden Bürgermeister geworden. Vorbei sind die schrillen Auftritte, die energischen Kampfansagen. Vorbei auch der ständig mitschwingende Anspruch auf eine größere Karriere, auf den Sprung in die Bundespolitik. In den vergangenen Jahren war demonstrativer Ehrgeiz Wowereits ständiger Begleiter. Er betrieb seine eigene Außenpolitik, als er die Bürgermeister von London, Paris und Moskau zusammentrommelte, er mischte über den Bundesrat kräftig in der deutschen Politik mit. Nie widersprach er Meldungen, dass er sein Amt als Regierender Bürgermeister nur als Stufe auf der Karriereleiter ansehe. Er werde sich jetzt „intensiver in die Bundespolitik einbringen“, hatte Wowereit nach seiner Wiederwahl 2006 sogar angekündigt. Bundeskanzleramt, ich komme.

Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Die SPD hat die Macht im Bund 2009 ganz abgeben müssen. Den anschließenden Revierkampf haben Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel unter sich ausgetragen. Für Wowereit blieb nur ein Stellvertreter-Posten. Einer von sieben.

Unter den fünf Ministerpräsidenten mit SPD-Parteibuch ist Wowereit noch das Alphatier. Aber wie lange noch? Falls Hannelore Kraft im Mai Ministerpräsidentin in NRW werden sollte, dann wäre sie automatisch die führende Figur der Sozialdemokraten auf Landesebene. Wowereit kann sich eigentlich nur eine Niederlage seiner Parteigenossen an Rhein und Ruhr wünschen, wenn er seinen Einfluss innerhalb der SPD wahren will.

Ungemach droht dem Regierenden jetzt auch an der Heimatfront. Die Wähler wenden sich ab von Wowereit und seiner Partei. Nach etwa zwei Legislaturperioden ist das ganz normal. Der Sympathievorrat der Wähler ist dann meist aufgebraucht, und nur wenige retten sich mit Glück in eine weitere Amtszeit. Auch dem Hamburger Ole von Beust (CDU), der gleichzeitig mit Wowereit 2001 ins Amt kam, schwimmen gerade die Felle weg.

> Beliebtheitswerte sind in den Keller gerutscht

Weil der Winterdienst nicht funktionierte, gab es großen Unmut in Berlin. Drei Leute sind bei glättebedingten Unfällen ums Leben gekommen, doch Wowereit empfahl den Berlinern, „Holiday on Ice“ auf dem Ku'damm zu feiern. Es ist diese arrogante Haltung des „Sonnenkönigs“, die ihn in der Beliebtheit der Berliner hat abstürzen lassen. Nur noch Platz sieben für den Regierenden, nachdem er jahrelang die Nummer eins war. Bei der Bundestagswahl war die SPD nur noch drittstärkste Partei nach CDU und Grünen.

Vor einer Woche war Klaus Wowereit wieder da, wo er mal als kleiner Jungsozialist angefangen hat: im Gemeinschaftshaus Lichtenrade. Hier ist er groß geworden, auch politisch. Erst Bezirksstadtrat in Tempelhof, dann Abgeordneter im Landtag für den Wahlkreis Lichtenrade.

Lichtenrade liegt im tiefsten Süden der Hauptstadt. Noch ein paar hundert Meter weiter – und man ist in Brandenburg. Wenn es einen Ort in Berlin gibt, der weit vom lebendigen Hauptstadtzentrum entfernt ist, dann hier. Vom Roten Rathaus zu diesem Gemeinschaftshaus sind es 16 Kilometer. Längst ist Wowereit umgezogen in eine noble Wohnung am Ku'damm. Weg aus Lichtenrade, dieser Einfamilienhausgegend und CDU-Hochburg. Auch seinen Wahlkreis hat er getauscht.

Jetzt kehrte er zurück. Der Regierende Bürgermeister eröffnete eine feministische Veranstaltungsserie mit Buchvorstellungen, Vorträgen, Exkursionen. Bürgermeister-Alltag ohne Außenpolitik und ohne Bundesrat. Anlass war der „internationale Frauentag“. Zur Eröffnung gab es Gebäck von der Ufa-Bäckerei, eine Musikgruppe trat auf und eine Kabaretttruppe.

Klaus Wowereit kam im dunkelbraunen Sakko. Er hatte diese Veranstaltungsreihe einst ins Leben gerufen und dankte den Organisatorinnen. In seinem kurzen Grußwort betonte Wowereit, wie wichtig die Gleichberechtigung von Frauen für seinen Senat sei. Die Festrede hielt denn auch eine Frau, die Grünenpolitikerin Renate Künast.

Ausgerechnet Künast. Wowereit und Künast kennen und schätzen einander. Sie sind eine Politikergeneration, kommen aus dem gleichen rot-grünen Milieu. Als er Bürgermeister wurde, da erhielt sie das Bundesministerium für Verbraucherschutz. Renate Künast ist eine Berlinerin, lebt seit 30 Jahren in der Stadt. Sie hat einen hohen Bekanntheitsgrad und ist beliebt bei ihren Wählern.

Vielleicht wird sie seine Herausforderin bei der nächsten Abgeordnetenhauswahl. Wowereit wird sich im Stillen geärgert haben, dass er sogar hier – in seiner politischen Urheimat – zuschauen muss, wie andere den Applaus einheimsen, auch wenn Renate Künast keine Wahlkampfrede hielt oder näher auf die Spekulationen bezüglich ihrer Kandidatur einging.

Wowereits einziger Trost: Seine SPD wird zwar in Umfragen derzeit nur bei mauen 25 Prozent gehandelt. Aber die anderen Parteien stehen auch nicht besser da (CDU 22, Grüne 19, Linke 18), und er hat noch bis Herbst 2011 Zeit, um zu seiner alten Stärke zurückzufinden.

Am vergangenen Wochenende hatte Klaus Wowereit wieder Friedensfühler in Richtung Grüne ausgestreckt. Er könne sich eine Regierung mit den Grünen gut vorstellen, sagte er. Vielleicht wird das seine einzige Chance sein, im Amt zu bleiben.

Markus Schleusener

ADAC will die »Linden« untertunneln

Schließung der inneren Ringautobahn plus Quertrasse soll Berlins Osten erschließen

Berlin besitzt mit der bereits 1921 als erste reine Autostraße freigegebenen AVUS die erste Autobahn Deutschlands. Später kamen weitere Autobahnkilometer hinzu. Ein innerstädtischer Autobahnring (A 100) lässt im Westteil der Stadt den Verkehr schneller fließen. Eine Tangente und drei Ausfahrten aus der Stadt hinaus (Richtung Magdeburg, Hamburg und Stettin) schließen diesen Innenring an den um ganz Berlin herum gebauten Außenring (A 10) an.

Auf eine Stadtautobahn im Ostteil der Stadt warten die dort lebenden Menschen hingegen bislang vergeblich. Als der Innenring-West gebaut wurde, hatte die damalige DDR für solche Projekte kein Geld. Auch war die Verkehrsdichte im Ostsektor der Hauptstadt vergleichsweise gering.

Mittlerweile hat der Verkehr massiv zugenommen. Doch auch beinahe 20 Jahre nach dem Untergang der DDR quälen sich viele zehntausend Pendler jeden Tag durch den Osten Berlins und fühlen sich vielfach als Autofahrer zweiter Klasse. Der tägliche Weg zur Arbeit kann sich so stundenlang hinziehen.

Walter Müller, Vorsitzender des ADAC in Berlin und Brandenburg, repräsentiert über eine Million Mitglieder. Er hat nun einen Vorschlag vorgelegt, wie diesen Verkehrsproblemen beizukommen wäre. Bis 2030 will er den Autobahn-Innenring auch im Osten der Metropole schließen lassen.

> Im Westen leistet der innere Ring gute Arbeit

Dazu käme eine Ost-West Schnellstraße, die als Tunnel unter dem Brandenburger Tor und der Straße „Unter den Linden“ hindurchführen soll. Insbesondere seit Schließung des Brandenburgers Tors für den Individualverkehr ist das Durchfahren des Stadtzentrums zur Tortur geworden. Schließlich fordert Müller eine Osttangente, um den schlecht erreichbaren Bezirk Köpenick besser anzuschließen.

Müller beziffert die Kosten dieses Ausbaus auf insgesamt knapp 2,7 Milliarden Euro, davon 1,9 Milliarden für die Verlängerung der A100 und 500 Millionen für den geplanten Tunnel unter den „Linden“. Da das Land Berlin von seinen Autofahrern jedes Jahr 400 Millionen Euro an Kfz-Steuern kassiere, sei diese Investition aber durchaus zu rechtfertigen. Bislang nämlich, so der ADAC-Chef, wende der Senat nur einen Bruchteil der Steuereinnahmen für den Straßenbau auf.

Kritik an den ADAC Plänen kam von Umweltverbänden, den Grünen und der Linkspartei. Der Fahrgastverband IGEB, der die Interessen des öffentlichen Personennahverkehrs vertritt, findet die bisherige Verteilung des Steueraufkommens in Ordnung und fordert, damit das Straßenbahnnetz im großen Stil ausbauen zu lassen.

Der triste Alltag der Berliner Verkehrspolitik läuft in eine ganz andere Richtung, als der ADAC es sich wünscht: Linkspartei und Grüne versuchen mit allerlei Aktionen, selbst den bereits bewilligten Ausbau des innerstädtischen Stadtautobahnrings von Neukölln nach Treptow zu verhindern. Die Parteien wollen errechnet haben, dass der Autoverkehr in Berlin in den kommenden Jahren zurückgehen werde.

Sogar seltsam esoterisch anmutende Argumente fließen in die grüne Verkehrspolitik ein. In der neuesten Ausgabe der Bürgerzeitung der Grünen, dem „Stachel“, war zu lesen, dass die Frauen als Mütter sich gegen die destruktive Männerwelt nun mit Mutter Erde zum Schutz der Natur verbündet hätten.

Hans Lody

Wirklichkeit tabu

Lehrer zeigte Bilder von Abtreibungen

Manuela Schmidt (Linke) hat die realistische Darstellung von Abtreibungen an einer Berliner Schule scharf kritisiert. An der christlichen Arche-Grundschule hatte ein Aushilfslehrer im Unterricht die Kinder der 5. Klasse mit den Bildern konfrontiert. Auf Arbeitsblättern wurde der Ablauf eines solchen Eingriffs detailliert geschildert. Insbesondere die Zerlegung des Fötus, damit er durch den Absaugeschlauch passt, wurde demonstriert.

> Linke-Politikerin Manuela Schmidt ist empört

Dies hat bei der Linkspartei für helle Empörung gesorgt. Was genau an der wirklichkeitsnahen Darstellung eines derart wichtigen Themas kritikwürdig sein soll, blieb allerdings offen.

Die 1990 in Leipzig gegründete Lebensschutzinitiative KALEB (Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren) kritisierte indes die Skandalisierung des Vorgangs durch die Stadträtin. Die Berliner Bildungspolitik mute Kindern dieses Alters im Bereich der Sexualpädagogik allerlei zu. KALEB-Geschäftsführer Gerhard Steier: „Wer die Wahrheit publik macht, erntet Entsetzen.“ Die Schule selbst gab unterdessen schleunigst klein bei. Schulleiter René Schlüter distanzierte sich von dem nicht mehr an der Schule tätigen Aushilfslehrer.

Die evangelische Grundschule in Berlin-Hellersdorf ist der Linkspartei erklärtermaßen seit längerem ein Dorn im Auge. Die örtliche CDU ist kaum in der Lage, dort gegenzuhalten. Für viele Berliner Eltern gelten christliche Schulen als einzige Alternative zum in Verruf geratenen staatlichen Schulbetrieb.

H.L.

Zeitzeugen



Arnulf Baring – Der 1932 geborene Historiker rief 2002 die Deutschen „auf die Barrikaden“: „Wir dürfen nicht zulassen, dass hilflose Politiker das Land verrotten lassen“, so Baring damals in der „Frankfurter Allgemeinen“. In seinem Buch „Scheitert Deutschland?“ riet er bereits 1997 zum Abschied von „Wunschwelten“.

Otto v. Bismarck – Der „Eiserne Kanzler“ (1815–1898) war weniger pessimistisch, was die Zukunft des von ihm vereinten Staates anging: Um Deutschland sei ihm nicht bange, „der Klumpen ist zu groß, um gänzlich zerrieben zu werden.“ Man müsse Deutschland nur in den Sattel setzen, reiten werde es schon können. Auf die Frage, wer ihn selbst denn je ersetzen sollte, lästerte Bismarck, die Friedhöfe seien voll von Leuten, die sich für unentbehrlich gehalten hätten.



Nikolaj Kondratjew – Der russische Ökonom (1892–1938, unter Stalin erschossen) entwickelte eine „Theorie der langen Wellen“, wonach Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft sich in Zyklen von 40 bis 60 Jahren wiederholen. Danach wären alle Prognosen nach einem dauerhaften Niedergang oder ewigen Aufstieg einer Volkswirtschaft hinfällig. Die nächste große Innovationswelle setze den nächsten zyklischen Aufschwung sowieso in Gang.

Paul Kennedy – Der 1945 geborene britische Historiker erweckte 1987 großes Aufsehen mit seinem Buch „Aufstieg und Fall der großen Mächte“. Hier untersuchte er an zahlreichen historischen Beispielen unter anderem Ablauf und Ursachen für den Niedergang einst vorherrschender Imperien. Ein zentraler Begriff dabei ist die „imperiale Überdehnung“ („imperial overstretch“), bei der die Macht ihre Kräfte an zu vielen Fronten verschleißt.



Oswald Spengler – Der Geschichtsphilosoph (1880–1936) sah große Kulturen werden und vergehen wie Lebewesen, jede große Kultur habe etwa 1000 Jahre Lebenszeit. In seinem berühmtesten Werk „Der Untergang des Abendlands“ sah er unseren Kulturkreis unweigerlich der Agonie entgegentaumeln, unfähig, noch kreativ zu wirken.

Das Land zerbröselt

Schlaglochpisten als Symbol: Die elementare Basis des deutschen Staates erodiert

Nicht nur die einst exzellente deutsche Infrastruktur zeigt Schwächen, auch die Sozialsysteme sind marode. Umso größer sind die Sorgen über erste Krisensymptome im Währungssystem.

Die Deutschen lebten in einem „blitzblanken Gemeinwesen“, beruhigte der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück 2009 seine von der Weltfinanzkrise verunsicherten Landsleute. Die hörten die Botschaft gewiss gern, doch schwindet der Glaube.

Der Blick auf die vom Winter zerfurchten Straßen bestärkt ein verbreitetes Gefühl, dass etwas nicht stimmt im bundesdeutschen Staat. Jeder weiß: Das hat nicht allein der harte Winter gemacht. Jahrelange Vernachlässigung tritt, vom Frost aufgesprengt, nur deutlicher denn je zutage.

Ihre in der Welt beneidete Infrastruktur war jahrzehntelang der Stolz der Bundesrepublik: Tadellose Straßen und Autobahnen, pünktliche Züge und Busse, moderne Häfen und Flughäfen standen für das Ganze, das Land, in dem die Dinge eben funktionierten. Mit einer Mischung aus Stolz und ein wenig Herablassung blickten viele Bundesbürger über die Grenzen, wo es im Vergleich zu ihrem Staat drunter und drüber zu gehen schien. Auch dort schien die marode Infrastruktur nur das äußere Merkmal zu sein, doch hier für Ineffizienz, Organisationschaos und Schlamperei.

Umso tiefer der Eindruck, den das heimische Schlaglochdesaster nun hinterlässt. Und der schlimme Eindruck trügt nicht: Allein zehn Prozent der deutschen Brücken sind sanierungsbedürftig, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ruft um Hilfe, weil ihm das Geld für die Aufrechterhaltung eines zeitgemäßen Schienenverkehrs fehlt.

> Zehn Prozent der Brücken müssten saniert werden

Am Nimbus des vermeintlich „blitzblanken Gemeinwesens“ nagen spektakuläre Skandale wie das Berliner S-Bahn-Chaos oder die Katastrophe beim Kölner U-Bahn-Bau. Dort wurde ein Versagen der gesamten Organisationsstruktur sichtbar. Genau darauf aber waren die Deutschen doch so stolz: ihre überlegene Organisation. Statt dessen offenbarte sich ein Knäuel aus Inkompetenz und Dickfelligkeit.

Dabei ist es längst nicht bloß die Infrastruktur. Das Gesundheitswesen? Chronisch krank. Die Rentenkasse? Hier wurden die Deutschen in einen Dschungel privater Zusatzvorsorge gejagt, in dem sie viel Geld an private Anbieter verlieren.

Gleichzeitig mussten sie erleben, wie Landesregierungen in ihren Landesbanken Milliarden nach Hallodrie-Manier verbrannten. Geld, das schon lange nicht mehr da ist: Selbst wohlhabende Gemeinden müssen zugeben, ihre Schulen und Kindergärten, ihre Schwimmbäder und Bibliotheken bald nicht mehr unterhalten zu können. Einrichtungen, in denen schon heute der Putz von der Decke rieselt.

Während die öffentliche Hand immer weniger in der Lage ist, die Basisstrukturen des Staates in Schuss zu halten, flüchten Politiker in Aufsehen heischende Symbolpolitik. Kaum noch jemand erinnert sich daran, dass die Regierungen der EU vor wenigen Jahren verabredet haben, Europa im Rahmen eines sogenannten „Lissabonprozesses“ zur „innovativsten Region der Welt“ zu entwickeln. Eine Lachnummer vor dem Hintergrund der aktuellen Schwierigkeiten.

Die Lage erinnert den einen oder anderen gar an die sieche DDR, wo „Leuchtturmprojekte“ und großspurige Ankündigungen Leistungsfähigkeit simulierten, als das Land längst am Abgrund stand. Und nun geht es allem Anschein nach sogar an die ökonomische Basis schlechthin, die Währung und die in ihr gehaltenen Vermögenswerte: Experten wähnen Risse im Euro. Sollte aber das Geld erodieren, dann, so die Sorge, werde der Vertrauensschwund existenziell und zur Gefahr für das demokratische System – eine Erschütterung drohe, wie (siehe unten) schon einmal in der Geschichte. *Hans Heckel*



Da hilft kein bloßes Ausbessern mehr: Schon vor dem harten Winter waren manche Straßen die reinsten Flickenteppiche. Bild: ddp

Investitionslücke: Raubbau an der Zukunft

Volkswirtschaftlich sind Schulden nicht gleich Schulden. Eine recht hohe Neuverschuldung von drei Prozent der Wirtschaftsleistung in einem Krisenjahr, die aber investiert wird – etwa in die Infrastruktur oder in Forschung – ist ökonomisch viel eher vertretbar als eine Neuverschuldung von nur ein Prozent in einem Boomjahr, die dann womöglich auch noch „verfrühstückt“ wird. Klassische Formen des staatlichen Konsums sind soziale Transfers, auch Transferzahlungen ins Ausland, Ausgaben für einen zu großen Beamtenapparat oder Subventionen für unrentable Branchen wie die Kohle.

Nimmt man die Entwicklung der deutschen Staatsschulden genauer in den Blick, dann ergibt sich im Grunde schon seit Ende der 1960er Jahre ein besorgniserregendes Bild: Zu den offiziell ausgewiesenen Schulden kamen nämlich riesige Pensionsansprüche für das seit damals massiv vergrößerte Heer an Staatsbediensteten, für die kaum Rücklagen gebildet wurden – eine Zeitbombe für die Landeshaushalte. Auch hohe Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung sind ökonomisch nichts anderes als eine Form der Staatsverschuldung.

> Schulden sind nicht gleich Schulden

Hinzu kommt der Absturz der Investitionen: Als Anfang der 70er Jahre unter Kanzler Willy Brandt der Marsch in den Schuldenstaat begann, wurde wenigstens noch klotzig investiert. Teilweise mehr als 20 Prozent des Bundeshaushalts flossen in die Infrastruktur. In den letzten Jahren sank diese Quote unter neun Prozent, was kaum mehr die Abschreibungen deckt. Anders gesagt: Selbst der bloße Substanzerhalt wird nicht mehr möglich. Schlaglochpisten und bröckelnder Putz an öffentlichen Gebäuden sind die Folge. *K.B.*

Fluch der Geldentwertung

Radikalisierung als fatale Langfrist-Folge der Inflation von 1923

Seit es gesetzliche Zahlungsmittel gibt, obliegt dem Staat mittels der von ihm bestellten Notenbank die Aufgabe, die in Geldvermögen geronnenen Leistungen seines Volkes zu schützen. Das tut er, indem er das Geld knapp und damit den Geldwert stabil hält.

Was passiert, wenn er das nicht tut? Für gewöhnlich werden die Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre und ihre dramatischen Folgen als Ursache dafür gesehen, dass die Weimarer Republik das Vertrauen ihrer Bürger verspielte. Andere datieren den Riss indes auf 1923, das Jahr der Hyperinflation. Der Zeitgenosse und Schriftsteller Stefan Zweig (1881–1942) etwa resümierte: „Nichts hat das deutsche Volk so erbittert, so hasswütig, so hitlerbereit gemacht wie die Inflation.“

Der 1956 geborene britische Historiker Harold James schreibt in seiner 2004 erschienenen „Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“ zu den Folgen von 1923 in Deutschland: „Viele fühlten sich von den mächtigen Organisationen betrogen und glaubten, das System arbeite gegen den kleinen Mann ... Auf einer grundsätzlichen Ebene zerstörte die monetäre Unsicherheit alle verbliebenen Werte.“

Was war geschehen? Durch den Ersten Weltkrieg hatte das Reich rund 160 Milliarden Mark Schulden aufgetürmt. Ein Großteil davon lag in Kriegsanleihen, die das Volk der eigenen Regierung als Kredit gewährt hatte, letztlich aus patriotischer Überzeugung. Rudolf Havenstein, seit 1908 Reichsbankpräsident, aber sah nach Kriegsende die Versorgung der Wirtschaft mit frischem Geld als vordringlich an, nicht den Schuldendienst oder die Verhinderung von Inflation.

> Die Wirtschaft braucht Geld? Dann drucken wir es doch!

Die Mark erodierte atemberaubend schnell, wurde dann im November 1923 zum Kurs von einer Billion Mark zu einer „Rentenmark“ umgetauscht. Bis zuletzt galt der Grundsatz „Mark ist Mark“ und so schrumpfte die gesamte Anleiheschuld des Reiches von 160 Milliarden auf 16 Pfennig. Die Schuldner – keineswegs nur der Staat – sanierten sich auf Kosten der Gläubiger, also der Sparer, aber auch all derjenigen, deren Einkünfte nicht der Geldentwertung folgten, vor allem der Rentner. Gewinner waren damit auch in- und ausländische Spekulanten, vorausgesetzt sie hatten auf Kredit Sachgüter von den verarmten Deutschen gekauft.

Wenn heute von manchen Experten die Inflation als segensreicher Ausweg aus der Verschuldungskrise gewiesen wird, so erinnert dies an Havensteins Politik: Wirtschaft, Banken und Sozialkassen brauchen Geld, also drukken wir es doch einfach. Später überlassen wir es der Inflation, die Schulden zu entwerten.

In den Augen der Skeptiker wird hier die Axt an eine Wurzel des Vertrauens der Bürger in den Staat gelegt. Dann entledigten sich die öffentlichen Hände ihrer Schulden abermals auf Kosten der Sparer. Angesichts von Griechenland- und Eurokrise sowie der enormen Schulden, die längst auf den Staaten lasten, fürchten sie jedoch, dass es bereits zu spät sei. Für eine Umkehr fehle es den Regierungen sowohl am Willen als auch an der politischen Kraft. *H.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7933**

Schwarz-Grün in der Krise

Der Rücktritt des Architekten der Hamburger Koalition beunruhigt auch das politische Berlin

Vom Beginn einer „wunderbaren Freundschaft“ zwischen Christdemokraten und Grünen spricht in Hamburg niemand mehr. Nach zwei Jahren tiefer Konflikte warf jetzt der Lotse der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene angesichts abstürzender Staatsfinanzen und sinkender CDU-Umfragewerte entnervt das Handtuch.

Michael Freytag löste mit seinem plötzlichen Rücktritt vom CDU-Landesvorsitz und als Finanzsenator ein Beben aus, dessen Auswirkungen bis nach Berlin reichen. Spekulierte man dort gerade noch über schwarz-grüne Optionen in Nordrhein-Westfalen und kürzere Laufzeiten von Atomkraftwerken, fragen sich nun Unionspolitiker besorgt, was denn in Hamburg los sei. Nicht nur vom Ende der Ära des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust (CDU) ist die Rede, sondern vom Ende der schwarz-grünen Option.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf es die 500 CDU-Mitglieder am Montag voriger Woche, die sich zur „Halbzeit-Bilanz“ der schwarz-grünen Regierung in Hamburg im vornehmen Hotel Intercontinental an der Außenalster versammelt hatten. Zwar nagten die Querelen um das Finanzdesaster HSH Nordbank und die unbeliebte Schulreform schon lange an den Nerven der Mitglieder, doch niemand hatte zu diesem Zeitpunkt einen Rücktritt Freytags erwartet. Auch für das Führungspersonal kam die Entscheidung so überraschend, dass die Parteiversammlung unterbrochen werden musste.

Im Hinterzimmer kürte der Landesvorstand schließlich den Fraktionsvorsitzenden und Kreisvorsitzenden aus Wandsbek, Frank Schira, zum neuen Landesvorsitzenden. Zum möglichen Nachfolgekandidaten des Ersten Bürgermeisters wurde ein anderer Kreisvorsitzender, der jetzige Innensenator Christoph Ahlhaus, bestimmt.

Das hektische Revirement der Führungspositionen, das demokratische Gepflogenheiten weitgehend außer acht ließ, werteten politische Beobachter als ernstes Krisensymptom. Die Unterschiede in den politischen Vorstellungen zwischen Christdemokraten und Grünen haben sich in den letzten zwei Jahren als wesentlich schwerwiegender denn gedacht herausgestellt. Während die Grünen von der Koalition stark profitieren und nach einer letzten Umfrage von neun auf 16 Prozent gestiegen sind, fiel die CDU um elf Prozentpunkte in der Wählergunst.

Nach dem Abgang von Freytag, der bisher dem Ersten Bürgermeister den Rücken in der Partei weitgehend freihielt, steht nun Ole von Beust im Sperrfeuer seiner Parteigenossen und der Opposition.

Derweil versucht der Bürgermeister die Flucht nach vorne. In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ verteidigte er das schwarz-grüne Bündnis. Von den eigenen Parteimitgliedern wird er dagegen gefragt: „Bist Du ein Linker geworden, ein Sozi?“ Diesen Vorwurf erhebt direkt etwa die Hälfte der CDU-Mitglieder, die dem Bürgermeister bei der umstrittenen

> Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben?

Schulreform nicht mehr folgen will. In einem ersten Bürgerentscheid hatten sich Ende 2009 bereits 187 000 Wähler gegen das Projekt gewandt, was von Beust als persönliche Niederlage verbuchte. Jetzt versucht der Bürgermeister sogar den Schulterschluss mit der Partei „Die Linke“, um die sechsjährige Primarschule und die Verkürzung des Gymnasiums auf ebenfalls sechs Jahre durchzudrücken. Die langjährige bildungspolitische Sprecherin Ingeborg Knipper (CDU) kommentierte: „Es ist einfach nur peinlich, dass wir auf SPD und Linke angewiesen sind.“

Derweil geht ein erheblicher Teil der CDU-Basis zusammen mit FDP-Anhängern gegen die schwarz-grüne Schulpolitik weiter auf die Barrikaden. Insbesondere die Verkürzung des Gymnasiums auf sechs Jahre ist den Reformgegnern ein Dorn im Auge. Von Beust hatte im Wahlkampf noch hoch und heilig versprochen, das Gymnasium als erfolgreichste Schulform in Hamburg zu erhalten. SPD, Grüne und „Die Linke“ warben dagegen für eine neunjährige Einheitsschule. Im Juli nun wird es durch die Initiative „Wir wollen lernen“ einen Volksentscheid geben, den die CDU mit Bangen erwartet. Gelingt es den gut organisierten und finanzstarken Reformgegnern rund 250 000 Nein-Stimmen zusammenzubekommen, dürfte das schwarz-grüne Projekt begraben werden. Der christdemokratische Bildungsexperte Wolfgang Beuß unkte bereits: „Wenn wir den Volksentscheid verlieren, sind wir am Ende.“ Neben der Schulpolitik wird die desaströse Lage der Finanzen und bei der Stadtentwicklung für ein mögliches Scheitern der Koalition verantwortlich gemacht.

War die CDU vor allem wegen ihrer erfolgreichen Wirtschaftsförderung und der soliden Finanzpolitik wiedergewählt worden, so ist davon zur Halbzeit der schwarz-grünen Koalition kaum noch etwas zu erkennen. Die Hansestadt geht durch unverantwortliche Finanzspekulationen der HSH Nordbank und die weltweite Wirtschaftskrise von einer Hiobsbotschaft zur anderen. Die teuren Prestige-Projekte einer Stadtbahn oder der neuen „Elbphilharmonie“ tun ein Übriges für das Abstürzen der einst so soliden Landesfinanzen. Hieß es zu Beginn der Koalition noch optimistisch „Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben“, so sind heute nur noch rote Zahlen sichtbar.

Während der Bürgermeister noch über seine Seelenverwandtschaft mit den Grünen philosophiert, werden andernorts in Berlin und Düsseldorf Parteistrategen auf die Hamburger Erfahrungen aufmerksam. Die Gegensätze zwischen grünen Blütenträumen und den harten Realitäten des Wirtschaftslebens und gesunder Finanzpolitik scheinen unüberwindbar. *Hinrich E. Bues*


Foto: action press

Angezählt: Bricht nach dem Abgang von Michael Freytag (Mitte) nun sein Werk auseinander?



MELDUNGEN

30 Milliarden für Medikamente

Berlin – Verärgert reagierte die Union auf Pläne von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) zur Senkung von Arzneimittelpreisen. Rösler will, dass vor allem die Preise für neue, patentgeschützte Medikamente nicht mehr unkontrolliert vom Hersteller als Monopolist festgelegt werden. Können sich Krankenkassen und Pharmaunternehmen nicht auf angemessene Preise einigen, soll das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen eine Kosten-Nutzen-Bewertung vorlegen. Im Jahre 2009 gaben allein die gesetzlichen Kassen 30 Milliarden Euro für Medikamente aus. Was Kritiker prognostizierten, hat sich übrigens nun bestätigt: dass Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK) Profiteure des Gesundheitsfonds sind. Sie erhielten 771 Millionen Euro mehr als ihm als sie ausgaben. Barmer, Techniker und DAK schlossen hingegen mit einem Defizit ab. *Bel*

Menschliche Zeitbombe

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Jugendstrafen für zulässig erklärt. Der BGH stand bei seiner Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der sogenannten nachträglichen Sicherungsverwahrung eines zur Tatzeit 19-jährigen Sexualmörders unter Druck von außen. Erst im Dezember hatte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof geurteilt, dass die deutschen Vorschriften in diesem Bereich gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen würden. Dennoch folgte das Landgericht Regensburg bei seiner nun vom BGH zu überprüfenden Entscheidung über die Sicherungsverwahrung den Empfehlungen von Gutachtern, wonach die sexuellesadistische Störung des heute 31-jährigen Mörders ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe. *Bel*

Russki-Deutsch (58):

Kwas

Von Wolf Oschlies

Russen knacken ständig Sonnenblumenkerne. Kann man so stehen lassen. Russen trinken unausgesetzt Wodka. Falsch! Denn Russen trinken bei Kälte Tee und bei Hitze Kwas. Jetzt müssen wir noch herausfinden, was Kwas ist. Das meine ich ganz ernst, wenn selbst der von mir so hoch verehrte und vielfach zitierte deutsche Geograph Anton Friedrich Büsching (1724–1793) glatt versagt. Behauptet der doch 1770 in seiner „Erdbeschreibung“, Russen äßen „unappetitliche Fische und trinken dazu Quas, welches eine Art von Halbbier ist“. Halbbier ist Nonsens: Zu Bier braucht man Hopfen und alkoholische Gärung, was beides bei Kwas strikt abzulehnen ist.

Obwohl Kwas von dem Verb „kvasitj“ (einsäuern, gären lassen) stammt und in Wörterbüchern meist bündig als „gegorenes Getränk“ wiedergegeben wird. Kwas ist schon im Altkirchenslawischen benannt gewesen und wurde 989 erstmals erwähnt. Das Jahr ist wichtig, denn 988 ließ sich der Kiewer Großfürst Wladimir taufen, womit die Christianisierung Russlands begann, und seither sind Brot und Kwas die übliche Fastenspeise bei Russen. Kann also nicht ganz stimmen, wenn dem Heiligen Wladimir das Urteil nachgesagt wird: V Rossii ljudi veselye ot piti. – In Russland werden die Leute vom Saufen fröhlich.

Kwas wird aus Wasser, Roggen und Malz gegoren und als leicht säuerliches Erfrischungsgetränk genossen: 2007 wurden 860 Millionen Liter ausgeschenkt. Meist aus gelb angestrichenen Tankwagen, auf denen mit Großbuchstaben KBAC steht (wie Kwas in kyrillischer Schreibe aussieht). Der Lexikograph Uschakow bezeichnet den Kwas als „russkij napitok“ (russisches Getränk), aber so exklusiv ist das nicht gemeint. Auch in der Ukraine, dem Baltikum, dem Kaukasus gehört der Kwas zum Sommerleben dazu. Zudem ist er gesund, da er nur maximal 1,44 Prozent Alkohol und 0,48 Prozent Milchsäure enthält.

Durch Zugaben von Zucker oder Melasse kann man den Kohlensäuregehalt erhöhen – durch Verwendung von Minze, Johannisbeere und Rosinen den Geschmack variieren. Seit einigen Jahren gibt es sogar Kwaspulver oder Kwaskonzentrat, aber das ist eine Sünde gegen russische Kwas-Kultur.

Würde der Nation

Erfolgreicher Seminartag der SWG

Unter dem Motto „Wie geht unsere Politik mit Deutschland um? Freiheitlich, demokratisch, rechtsstaatlich?“ hat die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft zu ihrem jährlichen Seminartag geladen. Auf dem von SWG-Vize Manfred Backerra geleiteten Treffen mit knapp 200 Teilnehmern sprach Professor Konrad Löw über die Würde des Menschen und der deutschen Nation, Professor Karl Albrecht Schachtschneider plädierte „Für Freiheit, Demokratie und Rechtstaat gemäß Grundgesetz“ und Professor Harald Seubert sprach zum Thema „Einstehen für Deutschland nach innen und außen“.

> BpB desinformiert über die NS-Zeit

Der Jurist und Politologe Löw verwies auf den Fall eines seit zehn Jahren von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) verbreiteten Buches eines amerikanischen Historikers („Hingeschaut und weggesehen – Hitler und sein Volk“), in dem dieser laut Klappentext der BpB angeblich „beweist ... dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern ... weit aktiver als bisher bekannt war, mithalfen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit“. Löw kann nachweisen, dass diese Anschuldigungen „in ihrer Pauschalität nicht zutreffen“ und ihre Verbreitung durch die BpB somit ein Skandal ist. Kontakte mit vorgesetzten Dienststellen liefen letztlich ins Leere, sodass die Schrift von der BpB auch jetzt, unter einer bürgerlichen Bundesregierung, weiterhin verbreitet wird.

Der Staatsrechtler Schachtschneider (Erlangen-Nürnberg) fragte aus gegebenem Anlass, welches Ergebnis eine Volksabstimmung über die Einführung des Euro seinerzeit wohl erbracht hätte. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Sommer über den Lissabon-Vertrag habe die Aushöhlung der Macht des eigentlichen Souveräns, des Volkes, nur verzögert. Die Gefahr der Überspielung legitimer nationaler Interessen bestehe weiterhin.

Eine Zusammenfassung des mehrfach von Applaus unterbrochenen Vortrags des Philosophen und Ideengeschichtlers Harald Seubert gibt diese Zeitung auf Seite 8 wieder. Das Treffen endete mit dem Jahresempfang der SWG unter Leitung ihres Vorsitzenden, Professor Menno Aden. *L. S./PAZ*

Ein neuer für alle

Der elektronische Personalausweis kommt

Ab November gibt es neue, elektronische Personalausweise im Scheckkartenformat. Praktischer, mit Zahlungsfunktionen fürs Internet sowie (noch) wahlweisen Zusatzoptionen wie Fingerabdruck für mehr Sicherheit ausgestattet, soll der Ausweis den Sprung ins Zeitalter der elektronischen Dokumente ermöglichen. So enthalten Ausweise künftig auch sogenannte biometrische Daten, also Informationen über individuelle Merkmale der Ausweisinhaber.



Foto: pa

Neuer Perso: Hier ohne Chip

Der elektronische „Perso“ ergänzt dann den elektronischen Reisepass. Alte Ausweise bleiben bis zu ihrem Ablaufdatum gültig, doch wer einen Pass alter Art ohne Chip bevorzugt, muss bis Ende Oktober noch einen neuen Personalausweis beantragen.

Spätestens im Oktober 2020 kommt jedoch für alle der RFID-Chip – dann verlieren die letzten Ausweise alter Machart voraussichtlich ihre Gültigkeit. Das Technik-Kürzel RFID steht bei dem neuen Dokument für „Radio Frequency Identification“, eine per Radiofrequenz auslesbare, individuelle Datensammlung.

Wie teuer so ein neuer Ausweis inklusive neuer Geheimnummer wird, steht noch nicht fest. Der RFID-Chip gilt Kritikern jedoch als Einfallstor für Kriminelle. Die Daten werden über Funk gelesen – ein Missbrauch ist daher mit einem passenden Lesegerät schon im Vorübergehen möglich, das Opfer somit ohne Chance, den Spähvorgang rechtzeitig zu bemerken, bemängeln Datenschützer.

Neben bequemen Zahlungsmöglichkeiten für den Ausweisinhaber eröffnet die Identitätskarte nämlich auch staatlichen Stellen neue Möglichkeiten. Diese könnten Menschen künftig verborgen überwachen, so Befürchtungen von Datenschützern. Die Bundesregierung betont dagegen die internationale Vorreiterrolle Deutschlands bei der Einführung – auch in Sachen Datenschutz.

Was jeder Bürger mit seinen Daten auf dem neuen Ausweis machen kann, erfährt man telefonisch unter (0180) 1333333. *SV*

MELDUNGEN

Wirbel um Kandidatin

Wien – Bei der östereichischen Präsidentschaftswahl am 25. April verzichten zwar ÖVP und Grüne auf eigene Kandidaten. Dennoch wird Bundespräsident Heinz Fischer (SPÖ) nicht als einziger antreten, denn die FPÖ hat die langjährige Abgeordnete Barbara Rosenkranz nominiert. Prompt kamen heftige Angriffe. Vorgehalten wird der zehnfachen Mutter die publizistische Tätigkeit ihres Gatten, der Funktionär einer 1988 aufgelösten Rechtsaußenpartei war, sowie ihre Äußerung, dass ein 1992 in das NS-Verbotsgesetz von 1945 eingefügter Gummi-Paragraph das Recht auf Meinungsfreiheit verletze. Dargestellt wird das als Bestreben der FPÖ, das Gesetz abzuschaffen. *RGK*

Polizeiübergriff in Südtirol

Bozen – Die Übergriffe der italienischen Polizei im Juni 2009 nach einem Konzert in Obermais, einem Ortsteil von Meran, haben für die Carabinieri keine strafrechtlichen Konsequenzen. Damals hatte die Polizei wahllos auf jugendliche Konzertbesucher und dann auch auf unbeteiligte Passanten eingeschlagen, mehrere Jugendliche verhaftet und anschließend im Gewahrsam misshandelt, wobei es zu schweren Verletzungen gekommen ist. Offensichtlich wird dieses an die schlimmsten Jahre der italienischen Herrschaft erinnernde Vorgehen aus Rom gedeckt. Die Staatsanwaltschaft schlug jetzt die Ermittlungen nieder, obwohl zahlreiche Zeugenaussagen sowie Handy-Aufzeichnungen der Übergriffe vorliegen. Ermittelt wird hingegen gegen den Landtagsabgeordneten Sven Knoll von der sezessionistischen Partei „Süd-Tiroler Freiheit“, der den Skandal an die breite Öffentlichkeit getragen hatte – wegen Verleumdung der Polizei. *T. W.*

Einreise ohne Rückkehr

Bewohner des westlichen Balkans dürfen visafrei in den Schengen-Raum reisen – Viele bleiben gleich dort

Seit Dezember letzten Jahres dürfen sich die Bürger Serbiens, Montenegros und Mazedoniens ohne Visum für 90 Tage in den Schengen-Staaten aufhalten. Albanien und Bosnien-Herzegowina bekamen zunächst kein grünes Licht für die Visabefreiung, könnten aber ab Mitte 2010 nachziehen.

Zwar ist das große Reisefieber zur Enttäuschung der Tourismusveranstalter bisher nicht ausgebrochen – Hotels in italienischen und spanischen Urlaubsregionen werden kaum gebucht. Doch hat die neue Regelung eine regelrechte Völkerwanderung ausgelöst. Der Westen lockt vor allem die verarmte albanische Minderheit in Mazedonien und Südserbien. Das Innenministerium in Skopje registrierte während der vergangenen Wochen 150000 Personen, die ihre Heimat mit gepackten Koffern und einem neuen Reisepass, der nun biometrische Daten enthalten muss, verließen. Ganz Mazedonien hat nur knapp über zwei Millionen Einwohner. Schätzungen zufolge werden mehr als zwei Drittel der Ausgereisten nicht mehr zurückkehren, was ein schwerer Schlag für das Land wäre, da vor allem junge Leute das Weite suchen.

Auch aus dem südserbischen Presevo-Tal, eine ebenfalls mehrheitlich von Albanern besiedelte Gegend, sind nach inoffiziellen Angaben bereits 10000 Bürger ausgereist. Der Schweizer Migrationsexperte Gianni D'Amato nennt vor allem die prekären Lebensbedingungen und den Mangel an Arbeitsplätzen als Grund für die Auswanderung ganzer Familien: „Viele Menschen verlassen ihre Heimat, weil dort eine verbreitete Perspektivlosigkeit herrscht. Die Möglichkeit, sich dort ein eigenes Leben aufzubauen, ist für viele nicht gegeben.“

Beispiel Mazedonien: Das Land litt lange Zeit unter den Folgen des Sozialismus, wie der verbreiteten Korruption und dem zu großen Beamtenapparat. Nach Ansicht der EU-Kommission konnte die Regierung bis 2009 diese Probleme durch eine konsequente Reformpolitik beheben. Dennoch gehört Mazedonien mit einer Arbeitslosenquote von rund 34 Prozent und einem Durchschnittseinkommen von 280 Euro pro Monat zu den ärmsten Staaten Europas. Die Schwarzarbeit macht nach Expertenschätzungen fast die Hälfte der nationalen Wirtschaftsleistung aus. Während Landwirtschaft und Industrie straucheln, verspricht allein der Tourismus Wachstumschancen. Die „New York Times“ kürte die Stadt Ohrid am gleichnamigen See zu einem der schönsten Urlaubsziele 2010. Doch die ethnischen Konflikte zwischen den Mazedoniern und Albanern belasten das Land schwer. Mazedonien hatte nach dem Kosovokrieg 1999 etwa 380000 Flüchtlinge aufgenommen.



Foto: Getty

Auf und davon: Neue Reisefreiheit wird als Chance zur Einwanderung in die EU gesehen, auch wenn es illegal ist.

Beispiel Serbien: Seit der demokratischen Wende im Oktober 2000 versucht Serbien, die Folgen der politischen und wirtschaftlichen Isolation zu Zeiten des Milosevic-Regimes zu beseitigen und sich den EU-Standards anzupassen. Steuersenkungen, Reformmaßnahmen, die Bekämpfung der Korruption und der Abbau von Bürokratie führten 2009 zu einem leichten Wirtschaftsaufschwung. Doch leidet die Landwirtschaft als wichtigster Wirtschaftszweig unter klimatischen Schwankungen. Die Industrie ist veraltet und es fehlt an einer stabilen Infrastruktur. Das Nettogehalt liegt bei 400 Euro monatlich.

> Skopje registrierte 150000 Bürger, die ihr Land verließen

Beispiel Montenegro: Noch heute beschäftigen das Land der Schmuggel von Drogen, Zigaretten, Waffen und Menschen, gestohlene Fahrzeuge aus der EU sowie unaufgeklärte Auftragsmorde der organisierten Kriminalität an regierungskritischen Journalisten und Staatsanwälten. Die EU und internationale Organisationen prangern die ausgeprägte Korruption und den ineffizienten Staatsapparat an. Probleme bestehen ferner bei der Modernisierung und Privatisierung der ehemals staatlichen Großindustrie und der Energiewirtschaft. Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und Kaufkraft sind niedrig.

Aufgrund dieser Krisensituation suchten bereits vor der Neuregelung viele Menschen aus dem Balkan Arbeit in Westeuropa, obwohl das Touristenvisum die Erwerbstätigkeit ausdrücklich verbietet. Zu den beliebtesten Reisezielen der Mazedonier zählen neben der Schweiz und Belgien, Deutschland sowie die skandinavischen Länder. Die Menschen aus dem Balkan finden in diesen Staaten oft schon ein Netzwerk von Landsleuten oder Verwandten vor. Sie haben es daher einfacher, in den Arbeitsmarkt zu gelangen – wenn auch illegal. „Diese Einwanderung ist überhaupt nicht kontrollierbar. Weil die Mazedonier keine Chance auf eine legale Aufenthaltsbewilligung haben, müssen sie untertauchen und versuchen, schwarz zu arbeiten“, warnt der Schweizer liberale Politiker Philipp Müller. Doch manche wollen nicht in die Illegalität. So wurden bereits in Belgien und der Schweiz in den letzten Monaten vermehrt Asylanträge von Mazedoniern registriert. Waren es 2009 in der Schweiz insgesamt 62 Anträge, so waren es im Februar bereits 166 Asylsuchende aus dem Balkanstaat.

Riza Haljimi, Abgeordneter der albanischen Minderheit im serbischen Parlament, fordert als Lösung einen massiven Import von ausländischem Know-how und Kapital: „Wir müssen das stoppen, brauchen aber die Hilfe von Belgrad und der EU: Allein und ohne staatliche Investitionen können wir hier das Leben der Leute einfach nicht verbessern.“

Sophia E. Gerber

Versöhnung verbaut

»Israelisches Kulturerbe« sorgt für Proteste

Seit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu Ende Februar ankündigte, zwei religiöse Stätten im besetzten Westjordanland zum „israelischen Kulturerbe“ zu erklären, kommt es dort täglich zu heftigen Protesten und Ausschreitungen. Proteste kommen aber auch von außerhalb Palästinas, vor allem von arabischer und islamischer Seite sowie von der Unesco. Es geht um die Ibrahimi-Moschee in Hebron, wo in den sogenannten Patriarchengräbern die „Erzväter“ Abraham, Isaak und Jakob begraben sein sollen, und um das sogenannte Rachel-Grab bei Bethlehem in einer ehemaligen Moschee, die heute durch eine hohe Mauer umgeben und für Araber unzugänglich ist.

In Hebron gehen die Wogen besonders hoch. Ein „Dauerbrenner“ ist dort die Anwesenheit von etwa 400 jüdischen Siedlern mitten in der arabischen Altstadt, wo sie von einem Vielfachen an Soldaten geschützt werden. Die rund 160000 Palästinenser sind in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt, denn ihr Gebiet ist in mehrere von einander getrennte „Ghettos“ zersplittert. In der Ibrahimi-Moschee hatte 1994 der israelische Major Baruch Goldstein auf die Betenden von hinten das Feuer eröffnet, wobei er 29 Palästinenser ermordete und über 150 verletzte. Bei den folgenden Ausschreitungen wurden zahlreiche weitere Araber und einige Israelis getötet. Goldstein wird von der extremistischen Kach-Bewegung als Held verehrt.

Emotional noch brisanter ist aber, dass Abraham, arabisch Ibrahim, auch für Muslime ein Prophet ist, und dass ihn die Araber als ihren Stammvater betrachten, nämlich über dessen ersten Sohn Ismael, der laut Koran auf einer Reise nach Südarabien geboren, aber nicht vom Vater verstoßen, sondern bei der Rückkehr zusammen mit seiner Mutter auf Befehl Allahs dort zurückgelassen worden sei, wo sich heute Mekka befindet.

> Abraham ist auch für Muslime Stammvater

Mit der Kulturerbe-Erklärung unterstreicht Netanjahu jedenfalls, dass er trotz der Völkerrechtswidrigkeit, trotz der lokalen und internationalen Proteste und trotz der Bemühungen von Friedensvermittlern die Politik seiner Amtsvorgänger konsequent fortsetzen wird, in den besetzten Gebieten vollendete Tatsachen zu schaffen – materiell durch weiteren Ausbau der Siedlungen und eben auch ideologisch. *R. G. Kerschhofer*

Die Bombe tickt weiter

Nordirland kommt trotz Friedensschluss und Waffenabgabe nicht zur Ruhe

Nach der irischen Terrororganisation Irisch Republikanische Armee (IRA) hat Ende Februar auch die pro-britische Terrormiliz der protestantischen Ulster Defence Association (UDA) ihre Waffen abgegeben. Dennoch kommt der Norden Irlands nicht zur Ruhe, die Bevölkerung ist weiter gespalten. Splittergruppen der Terrororganisationen, die in Drogenhandel und andere kriminelle Geschäfte verstrickt sind, verüben weiter Attentate und stören so die Renaissance des Tourismus im landschaftlich schönen Norden der Insel. Ein Funke genügt, und eine neue Welle der Gewalt könnte die Folge sein, ungeachtet des so genannten Karfreitagsabkommens von 1998, das den Weg zu einer friedlichen Beendigung des Konflikts öffnete.

Der kanadische General John De Chastelain, Chef der unabhängigen Entwaffnungskommission in Belfast, hatte alle Hände voll zu tun, als Frankie Gallagher, Anführer des politischen Arms der UDA die Vernichtung der letzten Waffenbestände meldete. Die UDA wird immerhin für 400 Morde im Nordirland-Konflikt verantwortlich gemacht. Auch zwei andere Terrorgruppen, die Ulster Volunteer Force, Red Hand Commando und die Ulster Defence Association meldeten inzwischen ihre Entwaffnung, zwei Jahre nach der Vernichtung der Waffenarsenale von Seiten der gefürchteten IRA.

Die Kämpfer wollen damit einen seit den 60er Jahren tobenden Konflikt beenden – eine blutige Auseinandersetzung zwischen irischen Katholiken und britischen Protestanten, die von den 1,5 Millionen Bürgern der zum Vereinigten Königreich gehörenden nordirischen Grafschaften insgesamt 3700 Tote und zehntausende Verletzte gefordert hat. „Der Krieg gegen die britische Herrschaft muss weitergehen, bis wir die Freiheit erlangt haben“, postulierte noch 1986 IRA-Chef Martin MacGuinness. Doch nach 22 Monaten Marathonverhandlungen kam ein 56 Seiten starkes Friedensdokument zwischen der britischen und irischen Regierung zustande, das dauerhaft Ruhe zu versprechen schien und weltweit Vorbildcharakter für Konfliktherde auf dem gesamten Globus gewann. Kern ist eine weitgehend autonome Regionalregierung im Staatsverbund mit Großbritannien, in der die ehemaligen Todfeinde einträchtig beieinander sitzen. Eine 2000 erlassene Generalamnestie sorgte schließlich sogar für die Freilassung der inhaftierten Kämpfer.

„Die Hand der Geschichte“ auf seiner Schulter glaubte nach eigener Aussage der damalige britische Premier Tony Blair zu spüren – etwas verfrüht. Denn erst sieben Jahre später legte beispielsweise die IRA die Waffen nieder, andere und auch pro-britische Gruppierungen folgten sogar noch später dem Beispiel.

> Aktive Splittergruppen: Ende Februar detonierte Sprengsatz

Die Ruhe trog, denn 2009 kam es erneut zu zwei Anschlägen durch unbeugsame IRA-Untergruppen und neuerdings macht auch wieder die Splittergruppe „Wahre IRA“ durch Anschläge von sich reden. Sie wird für das bislang größte Attentat im August 1998 in Omagh verantwortlich gemacht, bei dem in Maschinengewehr-Salven 29 Menschen ums Leben kamen, ungeachtet des im selben Jahr besiegelten Friedensschlusses.

Jüngste Ereignisse belegen, dass die Ruhe trügerisch ist: Ende Februar 2010 detonierte in der Stadt Newry vor der Polizeiwache ein Sprengsatz; im Januar kam es zur Explosion einer Autobombe, bei der ein Polizist schwer verletzt wurde. Zudem wurde in den letzten Wochen immer wieder auf Polizeiwachen geschossen, bei einer Parade im nordirischen Londonderry flogen Steine und Molotow-Cocktails auf Polizisten.

Arbeitslosigkeit, Drogenmissbrauch und eine hohe Suizidrate bestimmen in den Problemvierteln nach wie vor das Bild. Galt jahrzehntelang der Süden der irischen Insel als Armenhaus, der Norden dank seiner Industrieansiedlungen als wohlhabend, so wandelte sich mit dem irischen Wirtschaftswunder („Keltischer Tiger“) die Situation grundlegend, der Norden sackte ökonomisch ab, eine neue Unzufriedenheit griff in den am meisten von Armut betroffenen katholischen Bezirken.

So macht sich auch unter den nordirischen Anhängern der Befreiungsarmee IRA wieder Unzufriedenheit über das Ende des Terrors breit, sie streben nach wie vor die kompromisslose Eingliederung Ulsters in die Irische Republik und den Abzug der Briten an, so ein Insider aus Dublin.

Auf der Webseite "The Blanket" des ehemaligen IRA-Kämpfers Anthony McIntyre hagelt es beißende Kritik am Doppelgespann Gerry Adams (britisch) und Martin McGuinness (irisch). Der Schmusekurs des ehemaligen IRA-Kommandeurs McGuiness passt so manch altem Kameraden nicht.

Joachim Feyerabend

Irgendwer zahlt schon

Auf politische Entscheidungen setzend kaufen Anleger weiter griechische Anleihen

Die deutsche Finanzbranche hält für etwa 42 Milliarden Euro griechische Staatsanleihen. Wie Athen oder aber die Euro-Partner diese Schulden zurückzahlen wollen, ist ungewiss.

„Nein, wir können ihnen keinen weiteren Kredit gewähren.“ Der Tonfall des Bankberaters lässt keinerlei Spielraum für weitere Diskussionen. Der vor ihm sitzende Unternehmer hat keine Sicherheiten mehr zu bieten, die wirtschaftliche Perspektive ist trübe, hohe Fixkosten engen die Bewegungsfreiheit ein, des weiteren hat er auch noch gelogen. Ein Blick in die Bücher zeigt mehr Kredite bei anderen Banken an als bisher angegeben. Alles in allem ist bereits jetzt eine deutliche Überschuldung auszumachen. Keine Bank, die ihr Geld wiedersehen will, würde diesem Unternehmen, das im Grunde schon insolvent ist, noch Geld leihen.

Doch Griechenland ist kein Unternehmen und daher haben Versicherungen, Fondsgesellschaften, Pensionsfonds und auch Banken Anfang März dem Land noch Anleihen für insgesamt fünf Milliarden Euro abgekauft. Der Zinssatz mit 6,25 Prozent und zugesagte Einsparungen im Staatshaushalt haben ausgereicht, dass Athen sogar 16 Milliarden Euro am Kapitalmarkt hätte platzieren können. Das lässt die Regierung von Staatschef Georgios Papandreou und alle anderen Länder der Euro-Zone, die über die gemeinsame Währung mit den Griechen in einem Boot sitzen, hoffen, dass weitere Anleihen ähnlich reißenden Absatz finden. Im April muss das Land Kredite in Höhe von zwölf Milliarden Euro und im Mai eine Anleihe im Umfang von acht Milliarden Euro zurückzahlen. Das ist nur möglich, indem neue Anleihen herausgegeben werden. Die aktuelle Fünf-Milliarden-Euro-Anleihe hat nun gezeigt, dass immer noch genug Anleger bereit sind, Griechenland ihr Geld zur Verfügung zu stellen. Dass der Zinssatz so „attraktiv“ ist, liegt am Ausfallrisiko, doch das scheinen die Käufer der griechischen Anleihen ausgeblendet zu haben. Dabei sind die Fragen, wie, wann und ob überhaupt Athen seine Krise bewältigen wird, noch absolut ungeklärt.

Doch die Gläubiger Griechenlands handeln keineswegs unvernünftig, denn selbst wenn Athen nicht zahlt, irgendwer aus der Euro-Währungsgemeinschaft wird schon einspringen. Da ein Konkurs eines Euro-Landes nicht vorgesehen ist, es also keine Insolvenzordnung für den Euro gibt, ist auch nirgendwo geregelt, inwieweit die Gläubiger – wie bei der Insolvenz eines Unternehmens – auf einen Teil ihrer Forderung verzichten müssen. „Auf mittlere Sicht ist das der Schlüssel zur Disziplinierung der Länder“, so der Oxford-Professor Clemens Fuest in einem Interview mit der „Welt“ über eine Insolvenzordnung. „Angesichts der Gefahr, bei Ausfällen mit haften zu müssen, würden sich die Gläubiger gut überlegen, wem sie Geld leihen und wem nicht“, so der Ökonom. Allerdings sei die Schaffung einer Euro-Insolvenzordnung nur eine langfristige Lösung und sicher kein kurzfristiger Ausweg aus dem Dilemma.

Insolvenzregelung oder Europäischer Währungsfonds?

Ein kurzfristiger Weg aus dem Euro-Griechenland-Problem zeichnet sich noch nicht ab. Denn eine Übernahme der griechischen Schulden durch die anderen Euro-Mitgliedsstaaten ist vertraglich untersagt. Eine gemeinschaftliche Euro-Anleihe, die den Griechen eine günstigere Refinanzierung über die Europäische Zentralbank ermöglicht, ist längst vom Tisch. Stabilere Länder wie Deutschland sind nicht bereit, Griechenlands Schulden über höhere Zinsen bei der eigenen Kreditaufnahme mitzufinanzieren. Da würden sie lieber direkt für einige Milliarden Euro durch staatliche Banken wie die KfW griechische Anleihen kaufen lassen, doch das ist genauso umstritten wie die Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF). Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist von der Idee, ein europäisches Pendant zum Internationalen Währungsfonds (IWF) zu gründen, angetan. Auch die Franzosen und die EU-Kommission hat er schon für diesen Plan begeistern können. Inwieweit dieser bei der Griechenlandkrise helfen soll, ist aber trotz heißer Diskussionen nicht geklärt. Zwar würde ein EWF es ermöglichen, dass Europa ohne Einfluss der USA und auch Chinas Ländern der Euro-Zone finanziell unter die Arme greifen und auch selbst die Art der Disziplinierungsmaßnahmen wählen kann, doch das allein spricht nicht für die Gründung eines EWF. Derzeit erhalten Ungarn, Lettland und Rumänien, aber noch kein Mitglieds-Land der Euro-Gemeinschaft Gelder aus dem US-dominierten IWF. Dieser ist für drakonische Maßnahmen bekannt. Schon in Asien überlegte man deswegen nach der Krise 1997/98 die Gründung eines asiatischen Währungsfonds, da die IWF-Auflagen die Wirtschaftskrise noch verschärft hätten. Heraus kam 2000 die Chiang-Mai-Initiative, ein gemeinsamer Währungsreserven-Topf, auf den die zehn Mitgliedsstaaten – unter ihnen China, Südkorea und Japan – im Notfall neben Mitteln aus dem IWF zurückgreifen können. Die Finanzierungsfrage sorgte dafür, dass am Ende nur der Kompromiss Chiang-Mai-Initiative möglich war. Auch in der Euro-Zone dürfte die Finanzierungsfrage ein wesentlicher Knackpunkt sein. Wer soll das Grundkapital von gewünschten 250 Milliarden Euro plus 500 Milliarden Euro Kreditlinie gerade in der jetzigen finanziellen Situation für den EWF zur Verfügung stellen? Fast alle Staaten der Euro-Zone reißen 2010 die Drei-Prozent-Stabilitätsregel bei der Neuverschuldung. Außerdem müssten für die Gründung eines EWF die EU-Verträge geändert werden, was ein kompliziertes und zeitraubendes Unterfangen ist. Auch stellt sich die Frage, wer EWF-Auflagen kontrolliert – etwa eine neu zu schaffende EU-Behörde. Und welche Anreize zur soliden Haushaltsführung haben Staaten wie Griechenland noch, wenn ein EWF Gelder verspricht? Da all diese Fragen nicht zeitnah geklärt werden können, kann ein EWF im Fall Griechenland nicht mehr helfen. Doch trotz dieser Ungereimtheiten vertrauen die Käufer der Griechenland-Anleihen offenbar weiter darauf, dass irgendwer schon zahlen wird.

Rebecca Bellano



Im Abwärtstrend: Ist die Griechenlandkrise nur der Beginn der Schwächung des Euros? Bild: Bildmaschine

KURZ NOTIERT

Grunderwerbssteuer als Einnahmequelle ausgebaut: Nach Hamburg, Berlin und Sachsen-Anhalt will nun auch Bremen die Grunderwerbssteuer für Immobilienkäufer von 3,5 auf 4,5 Prozent des Kaufpreises anheben. Damit erhöhen sich die Nebenkosten beim Hauskauf (bestehend aus Steuern, Maklercourtage, Grundbuch- und Notargebühren) von etwa 12 auf bis zu 13,4 Prozent des Immobilienwertes. In Großbritannien betragen diese Nebenkosten 4,6 Prozent, in Schweden 6,5 Prozent. *Bel*

Beipackzettel für Bankprodukte: Über Risiken und Nebenwirkungen von Finanzprodukten kann sich der Anleger künftig mit Hilfe eines vom Verbraucherschutzministerium angeordneten „Beipackzettels“ informieren. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken konnten sich für eine bessere Vergleichbarkeit bereits auf ein einheitliches Muster einigen. Die deutschen Privatbanken wollen derzeit noch eigene Wege gehen. *Bel*

Brutto-Löhne erstmals seit 1945 gesunken: Während der Verdienst von Arbeitnehmern vor Abzug von Steuern und Sozialabgaben bundesweit „nur“ um 0,4 Prozent zurückging, sank er in der von Kurzarbeit geprägten Industrie sogar um 3,6 Prozent. *Bel*

Konkurrenz für Boeing und Airbus: Die Commercial Aircraft Corp. of China Ltd (Comac) arbeitet in Konkurrenz zu den Großraumflugzeugen von Airbus und Boeing an einem eigenen Jumbojet. Wie das Unternehmen bekannt gab, wird derzeit das Design festgelegt. Das Unternehmen wurde erst 2008 mit einem Stammkapital von 2,9 Milliarden Dollar in Shanghai gegründet. Der Jet wird mit 150 Sitzen ausgestattet, soll 2014 zu Erprobungsflügen starten und von 2016 an den kommerziellen Service zunächst für den wachsenden chinesischen Markt aufnehmen. Als Vorbild dient die aus dem Boden gestampfte chinesische Werftindustrie, die innerhalb weniger Jahre zu den führenden Schiffsbauern der Welt aufrückte. *J. F.*

Lithium – Boliviens »Öl«

Die reichsten Vorkommen lagern in dem armen Andenstaat

Dem Elektroauto – so verkündeten die Hersteller unisono auf dem Genfer Salon – gehört die Zukunft; es soll Umwelt und Klima retten und zugleich vom Öl aus politisch unsicheren Regionen unabhängiger machen. Auf dem Weg dahin sind allerdings noch einige Stolpersteine beiseite zu räumen.

Wo soll eigentlich der Strom für die Elektroautos herkommen, zumal wenn man die Kernkraftwerke abschaltet? Und: Um an der Steckdose Strom „tanken“ zu können, braucht man leistungsfähige Batterien. Die sind derzeit noch zu schwer und zu teuer. Die Industrie setzt auf Lithium-Ionen-Akkus, die sich durch deutlich höhere Energiedichte gegenüber herkömmlichen Batterien auszeichnen.

Doch mit den Lithium-Ionen-Akkus hätte man ein Problem gelöst, aber gleich ein neues geschaffen. Das Leichtmetall Lithium, Nummer 3 im Periodensystem der Elemente, ist nämlich ungleich verteilt. Weltweit werden die Vorräte auf 13 Millionen Tonnen geschätzt. In reiner Form kommt der reaktionsfreudige Stoff nicht vor, er ist in Mineralien oder Salzen gebunden.

Die Gewinnung aus Mineralien ist zu aufwändig und teuer. Zukunftsträchtig ist hingegen die Gewinnung aus Salzlaugen, insbesondere aus Salzseen. Neuerdings fokussiert sich der Blick auf den Salar de Uyuni, mit 12000 Quadratkilometern der größte ausgetrocknete Salzsee der Welt, 4000 Meter hoch auf dem bolivianischen Altiplano. Hier und in anderen Salzwüsten des Andenstaates lagern nach US-amerikanischen Erkundungen etwa neun Millionen Tonnen Lithium, also drei Viertel der weltweiten Vorkommen. Und immerhin 5,5 Millionen Tonnen der bolivianischen Lithiumsalze gelten nach heutigen Maßstäben als abbauwürdig.

Batterien für Elektroautos nur von »Morales’ Gnaden«?

Damit gerät das von Armut und politischer Instabilität geprägte Land unverhofft in eine Schlüsselrolle. Präsident Evo Morales hat bereits in der ihm eigenen Lautstärke verkündet, er wolle eine erneute Ausplünderung wie einst im 16. Jahrhundert beim Silberraub der spanischen Konquistadoren mit allen Mitteln verhindern. Offenbar sieht Morales sein Land bereits als „Saudi-Arabien des Lithiums“. Förderlizenzen will er nur gegen angemessene Gewinnbeteiligung vergeben, ausländische Investoren sollen verpflichtet werden, Boliviens Straßen- und Stromnetz auszubauen. Und um die extrem hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, sollen die Batterien, für die man das bolivianische Lithium braucht, in neu zu errichtenden Fabriken im Lande produziert werden.

US-Konzerne wie FMC – mit Lizenzen in Argentinien und auch am bolivianischen Lithium stark interessiert – lehnen Morales’ Geschäftsmodell strikt ab. Hingegen macht die Automobilindustrie Druck. So bekräftigt das Management von Mitsubishi: „Ohne das Lithium aus Bolivien können wir unsere Autos nicht produzieren.“ Der japanische Konzern will natürlich seine serienreifen Elektro- und Hybridautos vermarkten – auch um den Preis der Abhängigkeit von umstrittenen Politikern à la Morales. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Nein zu »Versailler Vertrag«

Island-Referendum: Die Furcht vor dem finanziellen Genickbruch

Die US-Ratingagenturen, welche die Kreditwürdigkeit von Staaten benoten, reagierten umgehend auf den Ausgang des isländischen „Icesave“-Referendums: Die Agentur Moody’s hatte die Insel bislang mit der Note „Baa3“ bewertet, was nur noch eine Stufe über dem „Ramsch“-Niveau rangiert. Eine weitere Herabstufung würde Island also gänzlich aus dem Kreis akzeptabler Schuldner herausschleudern.

Das dürfte harte Folgen haben für ein Land, das dringend auf Kapital von außen angewiesen ist. Doch die Isländer scherte dies erst einmal wenig in ihrer Wut und Verzweiflung. Die Bank Icesave, eine Tochter der 2008 verstaatlichten Glitnir-Bank, sieht sich Forderungen britischer und niederländischer Anleger von zusammen 3,8 Milliarden Euro gegenüber. London und Den Haag hatten ihre Bürger mit eigenem Staatsgeld entschädigt und fordern nun von Reykjavik, ihnen den Schaden zu erstatten.

Ende 2009 kam es zu einer Einigung: Bis 2023 sollte alles beglichen werden, inzwischen sollte die Schuld mit 5,5 Prozent pro Jahr verzinst werden. Doch die Isländer machten unter der Führung ihres Präsidenten Olafur Grimsson mobil. Er verweigerte seine Unterschrift unter das Vertragswerk, womit er den Weg für die Volksabstimmung freimachte, in der 93 Prozent der Teilnehmer das Abkommen ablehnten, nicht einmal zwei Prozent stimmten mit Ja.

Auch deutsche Banken vermissen Milliarden

Wenig vermochten letzte Abmilderungen zu bewirken. Darin hieß es etwa, der Zinssatz könne ab einem Festzins von 2,75 Prozent variabel gestaltet werden. Doch es war zu spät. In Reykjavik wurde das Abkommen schon mit dem Versailler Vertrag verglichen, mit dem die Entente-Mächte ab 1919 wesentlich zm Scheitern der Weimarer Republik beigetragen hatten.

Der Icesave-Fall ist bei weitem nicht die einzige Leiche in Islands Finanzkeller: Die Deutsche Bank allein hält Forderungen gegen die ebenfalls 2008 verstaatlichte Kaupthing-Bank über 5,3 Milliarden Euro, die ohnehin angeschlagene Commerzbank bangt um eine halbe Milliarde Euro in Island ebenso wie die Deka-Bank. Wie kaum anders zu erwarten, haben sich überdies Landesbanken wie die HSH Nordbank, die WestLB und die BayernLB auf der Vulkaninsel verspekuliert.

Die Forderungen treffen auf ein Land mit nur 320000 Einwohnern, dessen Wirtschaft 2009 um sieben Prozent eingebrochen ist, dessen Staatsverschuldung in gut zwei Jahren von 29 auf weit über 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen ist und dessen Bewohner auch privat ums wirtschaftliche Überleben kämpfen. Viele haben beispielsweise Hauskredite in Euro, Dollar oder Pfund aufgenommen, weil dort die Zinsen niedriger waren. Nach dem dramatischen Einbruch der isländischen Krone sind ihnen die Kreditkosten davongeeilt.

Nun jedoch droht dem Land die Blockade dringend benötigter internationaler Kredite, auch eine EU- oder gar Euro-Mitgliedschaft rückt in weite Ferne. Die Begleichung aller ausländischen Forderungen indes würde Island das Genick brechen. *Hans Heckel*

Niedergang

Von Konrad Badenheuer

Bröckelnder Putz an Schulen und Schwimmbädern, Schlaglochpisten und verspätete Züge haben eine gemeinsame Ursache: Der Staat investiert seit Jahren zu wenig. Es ist eben nicht nur die zu hohe Verschuldung, die den Wohlstand der Deutschen gefährdet. Nicht weniger gefährlich sind die unsichtbaren Teile der deutschen Staatsverschuldung (insbesondere in Form von Renten- und Pensionsansprüchen) und eben der schleichende Verfall des staatlichen Realkapitalstocks.

Wahr ist, dass in den neuen Bundesländern in den letzten 20 Jahren vieles neu entstanden ist. Doch das Gesamtbild wird dadurch kaum besser, denn die demographische Krise im Osten hat viele dieser oft überdimensionierten Investitionen bereits jetzt entwertet.

Die letzte Folge dieses Wirtschaftens ist der schleichende Niedergang der Nation. Einiges spricht dafür, dass man in 20 Jahren nur mehr den Kopf schütteln wird über Gerichtsurteile, ob Kinder aus Hartz-IV-Familien einen Anspruch auf Markenklamotten haben oder 80-Jährige ein Anrecht auf neue Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft. Die Deutschen leben weit über ihre Verhältnisse, sie treiben geradezu Raubbau an der Zukunft. Politiker, die den Mut hätten, es ihnen zu sagen, wählen sie schon lange nicht mehr.

Faschismuskeule

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Nahezu zeitgleich wurde in München, der vormaligen „Hauptstadt der Bewegung“, zweimal mit der Faschismuskeule zugeschlagen – freilich mit höchst unterschiedlichem Effekt. Erst billigt das oberste bayerische Verwaltungsgericht die Umbenennung der Meiserstrasse (s. Seite 10) und macht sich so zum Büttel eifernder „Antifaschisten“, die den einstigen Landesbischof vom tapferen NS-Gegner posthum zum Antisemiten herabwürdigen.

Zwei Tage später, das traditionell-bayerische Politiker-„Derblecken“ (= Hochnehmen, Veralbern) zum Starkbieranstich am Nockherberg: Kabarettist Michael Lerchenberg greift tief in die Antifa-Mottenkiste, verunglimpft Hartz-IV-Kritiker Guido Westerwelle als potenziellen KZ-Betreiber und zieht sich mit seiner geschmacklosen Auschwitz-Anspielung den – berechtigten – Zorn der Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, zu. Kurz darauf muss er den prestigeträchtigen Job in der Paulaner-Kanzel aufgeben.

Da kommt Schadenfreude auf: Endlich trifft die Faschismuskeule einmal nicht das avisierte Opfer, sondern denjenigen, der sie geschwungen hat. Wenngleich der Verdacht bleibt, dass die Empörung vielleicht nur deshalb so groß war, weil Lerchenberg sich mit dem Liberalen Westerwelle das „falsche“ Opfer ausgeguckt hatte. Wäre er mit ähnlichen Unflätigkeiten auf einen Konservativen (einen „Rechten“ also) losgegangen, dürfte er wohl weiter sein kabarettistisches Unwesen treiben.

Wohin treibt die CDU?

Von Klaus Hornung

Es gibt wieder eine öffentliche Debatte darüber, dass die Parteien sich „zur Mitte hin“ öffnen wollen. Der Anlass ist bekannt: Die beiden langjährigen „Volksparteien“ haben bei der letzten Bundestagswahl ihr schlechtestes Ergebnis fast seit Gründung der Bundesrepublik eingefahren.

Vor allem die CDU-Vorsitzende Angela Merkel setzt den Akzent nicht mehr bei den Stammwählern, sondern vor allem darauf, dass die Partei sich auf Veränderungen in der Gesellschaft einstellen wolle. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen jedoch die Erwartung nicht, dadurch stabile Mehrheiten zu gewinnen. Schon in den 80er Jahren hatte der damalige Generalsekretär Heiner Geißler die Parole ausgegeben „Wahlen werden in der Mitte gewonnen“, tatsächlich war aber eine neue linke Mehrheit gemeint. Die Wähler folgten ihm nicht, und die CDU hätte ohne Helmut Kohls erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik schon lange vor 1998 ihre Mehrheit verloren.

Der Kurs zur Mitte ist also durchaus keine Erfolgsgarantie. Gleichwohl hat Angela Merkel auf der Suche nach Mehrheiten ihre Stammwählerschaft schon mehrfach vor den Kopf gestoßen, beginnend mit dem Ausschluss des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, der kaltschnäuzigen Trennung von Friedrich Merz und dem Hinauswurf von Jörg Schönbohm aus dem Parteipräsidium zugunsten von Friedbert Pflüger, der dann jedoch mit seinem Anpassungskurs an das Berliner „Großstadtmilieu“ erfolglos blieb.

> Die Parteiführung verwechselt Volk und Meinungsmacher

Die Bundeskanzlerin hat darüber hinaus in ihrer Politik keinen Zweifel an ihrem faktischen Linkskurs gelassen, den sie als „Modernisierung“ verkauft, etwa mit ihrer „Familienpolitik“ oder mit der gehorsamen Umsetzung der Vorgaben der Antidiskriminierungsrichtlinie aus Brüssel. Die CDU hat auch die linke Mulitikulti-Idiologie als Grundlage ihrer Integrationspolitik übernommen, die der Islamisierung Deutschlands Vorschub leistet. In der Frage des EU-Beitritts der Türkei lässt die Partei die Sache offen, ähnliches gilt für die deutsche Europapolitik. Schließlich haben beide Regierungen Merkel eine linke Geschichtspolitik übernommen, wie sie die Regierung Schröder-Fischer schon im Jahr 2000 mit ihrem Aufruf zum „Aufstand der Anständigen gegen Rechts“ proklamierte. Die CDU-Führung hat sich hier an ein „antifaschistisches“ Geschichtsbild angepasst.

Die Frage stellt sich, warum die CDU-Führung diesen Kurs nach links mit solcher Sturheit verfolgt, obwohl sie bei der letzten Bundestagswahl rund zwei Millionen Wähler verlor, ein Verlust, der auch nicht annähernd, wie erhofft, durch Zugewinne von Links ausgeglichen werden konnte. Was also treibt die CDU-Führung? Der Eindruck verstärkt sich, dass sie, reichlich leichtfertig, die Meinungen im Berliner Biotop, vor allem unter Journalisten und technokratischen „Beratern“, mit denen des Volkes verwechselt.



Politiker sind ständig von Jounalisten umgeben: Das politische Vorverständnis der mehrheitlich linksgerichteten Branche beeinflusst das Bild der Politiker vom Denken in der Bevölkerung. Falsche Schlüsse können die Folge sein.

Bild: ddp

Gastkommentar:

»Unzeitgemäße« Gedanken über den Patriotismus

Von Prof. Dr. Harald Seubert

Karl Jaspers, ein unverdächtiger Zeitzeuge, bemerkte in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Heuchelei vieler Deutscher, die darin bestehe, dass sie keine Deutschen mehr sein wollten. Dies eröffnet den Weg auf moralisch höheres Gelände. Jaspers erkannte darin das Gegenteil von wirklicher Besinnung und Umkehr. Dagegen weist Thomas Mann am Ende seines Epochenromans „Doktor Faustus“ darauf hin, dass Deutschland und die Deutschen nach der Katastrophe von 1945 der göttlichen Gnade bedürften. Diese Dimension ist trotz einiger Ansätze (genannt sei Günter Rohrmosers Buch „Deutschlands Tragödie“) bis heute nicht realisiert worden.

Jene Heuchelei war keineswegs ein Übergangsphänomen. Sie fand in der großen Inquisition, die um 1968 die junge Generation gegenüber ihren Eltern veranstaltete, eine neue Form. Schuldig waren die anderen. Man befragte sich nicht selbst. Das Gewissen schwieg. Immerhin hat Jürgen Habermas, Vordenker der Frankfurter Schule, 20 Jahre später geschrieben: „Als Nachgeborene, die nicht wissen können, wie sie sich unter den Bedingungen der Diktatur verhalten hätten, tun wir gut daran, uns in der moralischen Bewertung von Handlungen und Unterlassungen während der NS-Zeit zurückzuhalten.“ Solche Mahnungen scheinen weitgehend verhallt zu sein.

Die Fronten brachen bekanntlich noch einmal während des Historikerstreits von 1987 auf: Es ging um nichts weniger als die Frage, ob auch die NS-Zeit und ihre Verbrechen historischer Erkenntnis unterzogen oder als ein Mythos festgeschrieben werden sollten. Entscheidend ist dabei wohlgemerkt nicht der Abgleich von Opferzahlen, es geht nicht um Relativierung des unstrittigen Verbrechenscharakters des NS-Regimes. Doch ohne Vergleiche ist keine Erkenntnis eines historischen Ereignisses möglich. Der Mythos bleibt der rationalen Erforschung entzogen.

> Als Mythos bliebe das NS-Regime der rationalen Forschung entzogen

Dies sind Ursachen dafür, weshalb ein – in den meisten Kulturnationen selbstverständliches – Einstehen für das eigene Land, seine Traditionen und auf Potenziale in Deutschland noch immer auf größte Blokkaden stößt. Einstehen für Deutschland nach innen und außen wird heute auf den folgenden Feldern besonders akut:

1. Die Epochen der eigenen Geschichte und Geistesgeschichte sind in ihrem Eigenrecht zu begreifen und nicht aus der Arroganz der Nachlebenden. Jede Epoche ist, wie Herder sagt, wie eine Hieroglyphe Gottes auf seinem Gang durch die Zeit.

Deutsche Geschichte führt weder linear auf Hitler hin, noch ist sie eine mehr oder minder hilflose, tastende Vorgeschichte von Demokratie und „westernization“. Eine herausragende Bedeutung kommt dabei der eigenen Freiheitsgeschichte der „Teutschen Libertäten“ und des „gelinden Regimentes“ im Alten Reich zu. Sie zeigt das Profil einer föderalen Gleichgewichtsordnung, das Ideal der Einheit bei größtmöglicher Verschiedenheit.

Ein bleibendes Potenzial ist und bleibt auch die preußische Staatsidee: der Zusammenhang von Toleranz und Maß, von aufgeklärtem Geist und Religion. Selbst die DDR kam in den 80er Jahren auf jene Traditionen zurück. Dagegen sehen wir heute einen beliebigen, wurzellosen One-World-Illusionismus, der jungen Menschen keine Orientierung und keine Leitgestalten geben kann.

Aus dem Geist der preußischen Tradition formulierte der alte Immanuel Kant, dass Patriotismus und Universalismus untrennbar zusammengehörten, dass man nicht Weltbürger sein könne, ohne zuerst Bürger des eigenen Landes zu sein und seinen Nutzen nach Kräften zu befördern.

Geschichte kann nicht unmittelbar legitimieren. Sie gibt aber Maßstäbe und Normen, ohne die man auch den Forderungen des Tages nicht genügen kann.

2. Von orientierender Bedeutung ist auch die deutsche Sprache. Sie ist anschaulich und plastisch. Ihre Prägung durch Luthers Bibelübersetzung gab ihr die Nähe zum gesprochenen Wort. Martin Opitz, der schlesische Meister der Barock-Dichtung, fügte eine Geschmeidigkeit hinzu, die ihr Gleichberechtigung mit den romanischen Sprachen im Wettstreit als Dichtungs- und Literatursprache sichern sollte. Aus der Konkretion heraus fand sie tiefe Prägungen für Philosophie und Religion: Worte wie Grund und Ursache, oder „das Unvordenkliche“. In der Weimarer Klassik und der Romantik gewann sie eine virtuose Leichtigkeit, bei höchster expressiver Prägnanz. Man lese preußische Generalstabsberichte oder Reden Bismarcks, um zu sehen, wie virtuos die Sprache auch in Funktionseliten gehandhabt wurde.

Die Verschämtheit, mit der man die eigene Sprache übergeht – und dies nicht nur in EU-Behörden, sondern im eigenen Land – ist grotesk und für eine Kulturnation ohne Beispiel. Längst gebraucht man nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der akademischen Welt ohne Not ein künstliches Englisch, ein verdeckendes Plastik-Neusprech. Doch ebenso schwer wiegt die Simplifizierung, die Abschleifung dieser Sprache im öffentlichen Gebrauch.

> Eine geklärte Liebe zum eigenen Land als Teil einer zweiten Aufklärung

3. Vor dem Hintergrund solcher fehlenden Achtung gegenüber der eigenen Kultur muss es nicht verwundern, wenn wir an zentralen Fragen der Gegenwart scheitern und wenn Politik zu einem geistlosen Umverteilungsmechanismus erstarrt. Die deutsche Einheit hat im nationalen Gedächtnis nicht den Ort, den sie haben müsste: War dies doch eine friedliche Revolution, nicht zuletzt aus christlichem Geist, die sich deutlich von der Blutspur abhebt, die die neuzeitlichen Revolutionen seit der Französischen spielen. Die Prägung des kommunistischen Systems ist noch immer viel deutlicher zu spüren als etwa in Polen.

Bedingungen von Zuwanderung und Integration sind auf dem schwankenden Grund fehlender Selbstachtung und -kenntnis nicht zu definieren, ebenso wenig wie nationale Interessen. Die Fragenkataloge und „Einbürgerungstests“ waren vor allem eine intellektuelle Bankrotterklärung derer, die sie entwarfen. Sie prüften die Bejahung einer permissiven, wertfreien Gesellschaft – weil sie nicht zu sagen wussten, was Deutsche Identität sei. Dasselbe Muster zeigt sich bei dem viel beschworenen „Sommermärchen“ der Fußball-WM 2006. So freundlich-heiter die deutschen Fähnchen – neben türkischen und italienischen – anmuten mögen, die Formel jenes Patriotismus war denkbar dünn.

Die globalisierte Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts ist ein höchst unsicherer Ort. Die Antwort auf die grundlegende Frage, wie eine Ordnung der Freiheit zu stiften ist, hat sie nicht gefunden, ja sie sucht nicht einmal danach. Kurzfristigkeit, das Leben als Vabanquespiel – mit den desaströsen Folgen der Finanzkrise sind Ausdruck einer Wurzellosigkeit, einer grenzenlosen Emanzipation. Sie reduziert den Menschen auf einen – zunehmend unmündiger werdenden – Produzenten und Konsumenten. Höchster Maßstab aber ist Modernität, jener lineare Fortschritt, von dem Walter Benjamin einmal schrieb, auch wenn sich Trümmer und Leichenberge hinter ihm aufhäuften, treibe ihn ein Sturm weiter.

Einer geklärten Liebe zum eigenen Land, die sich auch dem Schmerz um seine Verfehlungen stellt und die frei von Fanatismus ist, ist in dieser Situation keine vorgestrige Position, sondern Teil einer zweiten, sittlichen Aufklärung, derer wir dringend bedürfen.

*Der Autor (*1967) lehrt Philosophie an den Universitäten Posen und Bamberg.*

Wien feiert Gustav Mahler

Zuerst geschmäht, dann bejubelt – Mit dem Komponisten und Dirigenten begann eine neue Ära

In diesem Jahr wird der 150. Geburtstag, im kommenden der 100. Todestag des berühmten österreichischen Komponisten und Dirigenten Gustav Mahler gefeiert, der zehn Jahre lang die Wiener Oper leitete. Der Künstler gilt als Genie des Fin de Siècle und Wegbereiter der Neuen Musik.

Vor Anfeindungen scheinen gerade große Künstler nicht gefeit. Und so hatte auch Gustav Mahler Wien am 9. Dezember 1907 im Zorn verlassen. Nicht jedoch ohne eine hohe Pension und einen Vertrag mit der Met in der Tasche zu haben. Am 15. Oktober 1907 hatte er mit „Fidelio“ seine letzte Vorstellung an der Wiener Hofoper dirigiert, deren Leitung er zehn Jahre zuvor übernommen hatte. Zunehmende Differenzen und üble Pressekampagnen hatten schließlich zur Beendigung seiner Amtszeit geführt.

Unter den Freunden, die ihn zum Abschied zum Bahnhof begleiteten, war Arnold Schönberg. Er hinterließ folgenden Kommentar: „Wir haben die Pflicht, dem größten Genie unserer Zeit freundschaftliches Geleit zu geben, wenn dieses sich anschickt, die gehässigste und korrupteste Stadt der Welt zu verlassen, die ihm nichts als Pein und Schikane bereitet hat. Gustav Mahler geht; in Wien bleiben die Neider und Dilettanten zurück.“

»Ihm nichts als Pein und Schikane bereitet«

Wien um 1900 war das kulturelle Zentrum Mitteleuropas, die Hauptstadt eines 51 Millionen Einwohner und 15 Nationalitäten umfassenden Reiches. Es war die Zeit der so genannten Wiener Moderne (rund 1890 bis 1910), in der das Kultur- und Geistesleben der Stadt in Architektur, Musik, Literatur und Malerei eine fulminante Blüte erlebte, die Zeit der Kaffeehausliteraten, der Wiener Secession und der eleganten Salons.

Die Aufbruchsstimmung des Fin de Siècle brachte auch für die Wiener Hofoper eine neue Ära. Als deren Erster Kapellmeister und Direktor führte Gustav Mahler eine bahnbrechende Opernreform durch: Er übernahm Wagners neues Konzept der Oper als Gesamtkunstwerk, ließ Musik, Bühnenbild, Licht und Spiel zu einem stimmigen Ganzen zusammenwachsen und stellte ein Ensemble zusammen, das diese Ideen mittrug. In seinen Inszenierungen agierten die Sänger erstmals als Schauspieler. Mahler veranlasste weiter die Verdunklung des Zuschauerraums schon während der Ouvertüre und gewährte Zuspätkommenden nur mehr in der Pause Einlass. Damit machte er dem bis dahin üblichen Kommen und Gehen, Essen, Trinken und Plaudern während der Vorstellung ein Ende.

Die Oper erlebte dank dieser Innovation eine unvergessene Blütezeit. Der Gustav-Mahler-Saal rechts vom Stiegenhaus erinnert bis heute an jene Jahre, ebenso wie eine ausdrucksstarke Büste des Maestros von Auguste Rodin. Schließlich prägte Wiens Oper außer Gustav Mahler nur noch Herbert von Karajan wie keinem anderen. Im Staatsopernmuseum, gleich neben der Oper, sind allein ihnen zwei Meter Bücher voller detaillierter Informationen gewidmet.

Im Haus der Musik besitzt Mahler in der Etage der Großen Meister einen eigenen Raum – gleich neben Haydn, Mozart, Beethoven, Schubert, Strauss und den Begründern der Neuen Wiener Schule: Schönberg, Berg und von Webern. Gestaltet wurde der Raum vom Großneffen Gustav Mahlers, Peter Mahler. Lesemaschinen behandeln das Werk Mahlers und seine Dirigate in seiner Zeit als Hofoperndirektor. Von Arnulf Rainer stammt die „Totenmaskenübermalung Gustav Mahler“, von Hanns Kunitzberger die Mahler-Büste im Innenhof. Reiche Quellen für Musikfreunde sind auch das Archiv des Arnold Schönberg Centers, eine Top-Adresse für Musikkenner, die Internationale Gustav Mahler Gesellschaft Wien, die 1955 auf Initiative der Wiener Philharmoniker gegründet wurde, oder das Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde im Musikverein.


Gustav Mahler (Gemälde von Anton Wagner) Bild: Internet

Schließlich feiert das Theatermuseum, zusammen mit seiner Wiedereröffnung im renovierten Palais Lobkowitz nahe der Hofburg, vom 11. März bis 3. Oktober 2010 den 150. Geburtstag des Komponisten und Dirigenten mit der Ausstellung „Gustav Mahler und Wien“. Im Mittelpunkt steht nicht nur die Biografie des Musikers, sondern vielmehr die Rolle, die Wien für ihn gespielt hat. Umgekehrt wird gezeigt, welchen Einfluss Mahler auf Wien hatte und hat, von seiner Zeit als Hofoperndirektor bis heute.

Gustav Mahler wurde am 7. Juli 1860 in Kalischt (Böhmen) geboren, als zweites von 14 Kindern einer jüdischen Familie. Mit 15 Jahren schickte man den Hochbegabten nach Wien, damit er am Konservatorium Komposition und Klavier studiere. Nach erfolgreichem Abschluss begann ab 1880 schnell eine europaweite Karriere. Gastdirigate führten den jungen Künstler unter anderem durch Deutschland, Holland, Italien, Frankreich und Russland. Er wurde Kapellmeister in vielen Städten, in Kassel, Leipzig und Prag, in Budapest war er Operndirektor, im Stadttheater Hamburg von 1891 bis 1897 Theaterkapellmeister, bevor ihn Kaiser Franz Joseph I. wieder nach Wien holte. Seine letzten Lebensjahre verbrachte Mahler als Pendler zwischen den Kontinenten. Ab 1908 Gastdirigent an der Metropolitan Opera und Leiter der Philharmonic Society in New York, zog es ihn immer wieder nach Europa. Am 12. September 1910 fand die Uraufführung eines seiner Hauptwerke, der 8. Symphonie, unter seiner Leitung in München statt. Sie wurde ein überwältigender Erfolg.

Zurück in New York diagnostizierte man 1911 eine bakterielle Herzentzündung, gegen welche die Ärzte beiderseits des Atlantiks hilflos waren. Mahler starb im 51. Lebensjahr am 18. Mai 1911 in Wien. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Grinzinger Friedhof, ebenso wie seine Tochter Maria und seine Frau Alma.

Obwohl in der Romantik verwurzelt, war Mahlers Werk doch neuartig. Es ist eine Synthese aus der Symphonie der Wiener Klassik, dem romantischen Lied und dem Volkslied. Auch bei der Instrumentierung wagte er neue farbige Wege, etwa durch den Einsatz von Kuhglocken oder einer Mandoline. Damit beeinflusste Mahler nicht zuletzt die Komponisten der Neuen Musik wie zum Beispiel Schönberg und von Webern, aber auch Filmkomponisten wie Ennio Morricone und John Williams.

Die Komponisten der Neuen Musik beeinflusst

In Wien sind Mahlers Werke ständig im Programm. Weltklasseorchester spielen seine Symphonien im Musikverein. Höhepunkt 2010 ist die Aufführung der 5. Symphonie durch die Wiener Philharmoniker unter Leitung von Daniele Gatti an fünf Abenden im Mai. Im Konzerthaus, wo seit 1945 eine Gedenktafel an Mahler erinnert, ist im ersten Halbjahr 2010 das Arnhem Philharmonic Orchestra mit der Symphonie Nr. 10 zu Gast. Ingrid Kaiserfeld singt dort Lieder von Alma Mahler und Bertrand de Billy dirigiert Mahlers „Symphonie der Tausend“, bei der unter anderem Johan Botha, Boaz Daniel und die Wiener Sängerknaben zu hören sind.

Wiens jüngstes Opernhaus, das Theater an der Wien, zeigt am 28. und 29. März einen hochkarätigen Tanzabend: Zum Ballett „3 Adieux“ von Anne Teresa De Keersmaker und Jérôme Bel spielt das Ictus Ensemble Teile aus Mahlers „Lied von der Erde“, Gesangssolistin ist Sara Fulgoni.

Einen übersichtlichen Kalender der weltweiten Aufführungen von Mahler-Werken bietet die Internationale Gustav Mahler Gesellschaft auf ihrer Seite www.gustav-mahler.org – mit über 1000 Terminen. *Helga Schnehagen*

IN KÜRZE

Meisterwerke aus dem Städel

Die Ausstellung „100 Meisterwerke aus dem Städel Museum“, die bis 24. Mai in der Fondation de l' Hermitage in Lausanne zu sehen ist, zeigt den Reichtum des im Umbau begriffenen Frankfurter Museums. Das Spektrum der Arbeiten aus dem Sammlungsbereich des 19. Jahrhunderts reicht von Johann Heinrich Wilhelm Tischbeins „Goethe in der römischen Campagna“ über Camille Corots und Gustave Courbets Landschaftsdarstellungen bis hin zu dem in seiner Qualität außergewöhnlichen Ensemble impressionistischer und symbolistischer Gemälde.

Die Arbeiten von Edgar Degas, Édouard Manet, Claude Monet und Pierre-Auguste Renoir zählen zu den Ikonen des französischen Impressionismus. In Deutschland beeinflusste diese Bewegung Max Liebermann, Lovis Corinth und Max Slevogt, die ebenso mit zentralen Werken vertreten sind. Von Künstlern wie Gustave Moreau, Franz von Stuck oder Odilon Redon, die eindeutig dem Symbolismus zuzurechnen sind, befinden sich ebenfalls wichtige Gemälde in der Ausstellung.

Höhepunkte aus zwei Jahrhunderten

Zu den Höhepunkten aus dem 20. Jahrhundert zählen Franz Marcs „Liegender Hund im Schnee“, Pablo Picassos "Fernande Olivier" sowie die expressionistischen Gemälde der "Brücke"-Künstler. Eindrucksvoll vertreten sind außerdem die Künstlergruppe des "Blauen Reiters" sowie das Bauhaus mit Lyonel Feininger und mehreren Werken von Paul Klee. Den Abschluss bildet ein aus zehn Gemälden und einer Skulptur bestehendes Konvolut von Arbeiten Max Beckmanns, das in seiner Qualität einmalig ist und das Städel als geschlossenes Ensemble nun erstmals verlässt. Die weiteren Stationen der Ausstellungstournee sind die National Gallery of Victoria, Melbourne (vom 19. Juni bis 10. Oktober) und das Museum of New Zealand Te Papa Tongarewa, Wellington (vom 5. November bis 27. Februar 2011). *PAZ*

»Wegbereiter moderner Formgebung«

Künstlerkolonie Mathildenhöhe in Darmstadt widmet dem Architekten und Gestalter Joseph Maria Olbrich eine Retrospektive

Habe Ehrfurcht vor dem Alten, und Mut, das Neue zu wagen. Bleibe treu der eigenen Natur und treu den Menschen, die du liebst.“ Diese Inschrift liest man auf dem 48 Meter hohen „Hochzeitsturm“, dem Wahrzeichen Darmstadts. Der wie eine ausgestreckte Hand aufragende Turm krönt die Mathildenhöhe, mit 180 Metern über NN die höchste Erhebung der Innenstadt. Der Architekt Joseph Maria Olbrich gestaltete den 1908 fertiggestellten Backsteinturm im Auftrag der Stadt als Geschenk zur Erinnerung an die Eheschließung des Großherzogs Ernst Ludwig mit Prinzessin Eleonore zu Solms-Hohensolms-Lich. Die fünf abschließenden Bögen des Daches, die an eine ausgestreckte Hand erinnern, führten dazu, dass der Turm im Volksmund bald „Fünffingerturm“ genannt wurde. Über Jahrzehnte war der Hochzeitsturm für Besucher geschlossen. Erst ein 1982 gegründeter Förderkreis kümmerte sich um den Turm. Nach jahrelanger Restaurierung konnte dieser 1993 schließlich für Besucher geöffnet werden. Sein Schöpfer Joseph Maria Olbrich, 1867 in Troppau (Sudetenland) geboren, hatte sich mit dem aufsehenerregenden Entwurf für das Gebäude der Wiener Secession 1898 einen Namen gemacht und wurde in Darmstadt zu einem Impulsgeber und Initiator der Künstlerkolonie Mathildenhöhe.

Nur zehn Jahre Zeit für vielseitiges Werk

Dort ist jetzt eine Ausstellung zu Leben und Werk des vielseitigen Architekten zu sehen. Von Nikolaus Pevsner, Kunsthistoriker und Kenner der Architekturgeschichte, wird der Erbauer des Wiener Secessionsgebäudes als „Wegbereiter moderner Formgebung“ bezeichnet.

Zehn Jahre nach diesem spektakulären Bau spannen Olbrichs letzte Arbeiten – insbesondere das Ensemble von Ausstellungsgebäude und Hochzeitsturm auf der Mathildenhöhe – markant den Bogen zum architektonischen Expressionismus. Dazwischen lag ein Jahrzehnt fruchtbaren Schaffens, in dem sich Olbrich als Universalkünstler erwies.


Joseph Maria Olbrich: Wiener Secessionsgebäude (1897/1898, Seitenansicht) Bild: Matthias Hermann

Ganz dem Konzept des Gesamtkunstwerks verschrieben, entwarf er neben einem breiten Spektrum an Bauaufgaben zugleich Innenausstattungen, Gärten, eine Vielfalt an Gebrauchs- und Schmuckgegenständen sowie graphische Präsentationen. Der Tausendsassa Olbrich gestaltet Künstlervillen und Ateliergebäude ebenso wie einfache Gebrauchsgegenstände. Möbelstücke, Musikinstrumente, Keramikgeschirre und sogar Briefkästen entstanden in seinem Atelier.

Markanter Bogen zum Expressionismus

1906 erhielt er seinen letzten, den größten Auftrag: Er sollte das Warenhaus der Leonhard Tietz AG (später Kaufhof) in Düsseldorf entwerfen. Die erste Bauausstellung wurde 1901 auf der Mathildenhöhe Darmstadt nach Olbrichs Plänen realisiert. Damit wurde er für Architekten wie den Königsberger Bruno Taut, den Allensteiner Erich Mendelsohn und den Franzosen Le Corbusier zum Vorbild.

Die Retrospektive „Joseph Maria Olbrich 1867–1908. Architekt und Gestalter der frühen Moderne“ präsentiert diesen großen Erneuerer der Architektur und Lebensgestaltung um 1900 erstmals seit 27 Jahren wieder umfassend und zeigt neben Meilensteinen der Architekturgeschichte das erstaunliche Gesamtwerk. Olbrich starb 1908 im Alter von nur 40 Jahren in Düsseldorf. *Silke Osman*

Die Ausstellung „Joseph Maria Olbrich 1867–1908. Architekt und Gestalter der frühen Moderne“ in der Mathildenhöhe Darmstadt ist bis zum 24. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 8 / 6 Euro.

Volkswagen wird Volksaktien-Gesellschaft

Nachdem es im Anschluss an die verheerenden Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland erst einmal darum gegangen war, die Schaffung neuen Kapitals zu fördern, gingen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und auch Bundesschatzminister Hermann Lindrath vor einem halben Jahrhundert daran, der dabei entstandenen Vermögenskonzentration in den Händen weniger im Rahmen der Möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft wenigstens etwas entgegenzuwirken. Außer durch die steuerliche Förderung von Belegschaftsaktien sollte dazu die Emission sogenannter Volksaktien dienen. Hierzu wurden Industriebetriebe im Staatsbesitz in Aktiengesellschaften umgewandelt und deren Aktien zumindest teilweise breit gestreut. Zur Hebung der Aktionärsquote wurden die Volksaktien nicht institutionellen Anlegern angeboten, sondern an Kleinanleger verkauft, und das zu günstigen Kursen, damit auch der einfache Mann aus dem Volke Aktionär und damit Kapitaleigentümer werden konnte.

Den Anfang machte die Preussag im Jahre 1959. Kapitalanteile im Umfang von 120 Millionen D-Mark wurden unter etwa 220000 neuen Aktionären gestreut, die jeweils maximal fünf Stück zu 100 Mark Nennwert erwerben konnten. Die Nachfrage war so groß, dass sich die Bundesregierung entschloss, das ursprünglich geplante Volumen aufzustocken. 77 Prozent des Kapitals wurden schließlich abgegeben, der Bund behielt nur einen Anteil von etwas über 22 Prozent. Den Höhe- und Schlusspunkt der Erhardtschen Privatisierung stellte die mehrheitliche Privatisierung

Vor 50 Jahren fiel der Beschluss des Bundestages

der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (Veba) dar, die ein Jahr vor dem Ende von Erhardts Kanzlerschaft alle Rekorde brach. Mehr als zwei Millionen Privatanleger kauften 1965 die Aktien zu einem Preis von 210 Mark. So breit ist danach keine andere Aktie in Deutschland mehr gestreut worden. Verheiratete mit einem Jahreseinkommen unter 16000 Mark bekamen eine Sonderzuteilung, ansonsten durfte jeder Zeichner nur zwei Aktien erwerben.

Zwischen diesen beiden Eckpunkten wurde vor 50 Jahren mit dem Volkswagenwerk ein drittes großes Unternehmen in öffentlicher Hand in eine Volksaktien-Gesellschaft umgewandelt. Am 17. März 1960 fasste der Deutsche Bundestag den Beschluss, das Volkswagenwerk mehrheitlich zu privatisieren. Nach der Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft blieb je ein Fünftel des Aktienkapitals beim Bund und beim Land Niedersachsen. Die übrigen 60 Prozent wurden breit gestreut. Um eine Konzentration des Kapitals zu vermeiden, gab es eine Obergrenze bis zu der Einzelne VW-Aktien erwerben konnten. Der Emissionskurs lag im Sommer 1960 bei 350 Mark für Gutverdiener und bei 280 Mark für weniger Betuchte. Der Erlös betrug umgerechnet rund eine halbe Milliarde Euro. Doch es gab einen Wermutstropfen: 1960/61 waren deutsche Aktien historisch teuer, wer damals kaufte, hatte gut 20 Jahre lang zwar Dividenden, aber bis 1982 kaum Kursgewinne. Damit fuhr er aber immer noch viel besser als derjenige, der 1996 oder gar im Jahr 2000 die „neue Volksaktie“ der Telekom erwarb und damit böse Verluste machte. *H.L./I.H.*

Votum für Einheit und D-Mark

Vor 20 Jahren triumphierte in der untergehenden DDR die CDU – Einzige freie Wahl zur Volkskammer

Vor 20 Jahren fand die einzige demokratische Volkskammerwahl der DDR statt. Der hohe Wahlsieg der CDU von Bundeskanzler Helmut Kohl beziehungsweise ihrer DDR-Schwesterpartei schuf die innenpolitischen Voraussetzungen für eine schnelle Einführung der D-Mark in Mitteldeutschland und die Vereinigung des Gebietes mit der „alten“ Bundesrepublik.

Als am Abend des 18. März 1990 die Sieger der ersten demokratischen Volkskammerwahlen in der DDR vor die Kameras traten, war die Überraschung perfekt. Anstatt des vielfach vorhergesagten erdrutschartigen Sieges der Sozialdemokraten hatte sich das von der CDU der DDR, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA) gebildete Wahlbündnis „Allianz für Deutschland“ mit 48,0 Prozent der Stimmen deutlich durchgesetzt. SPD (21,9 Prozent), PDS (16,4 Prozent) und Bund Freier Demokraten (5,3 Prozent) sahen sich dagegen auf die Plätze verwiesen. Bezeichnend war auch das katastrophale Abschneiden der im „Bündnis 90“ vereinten Bürgerbewegungen, die nur 2,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnten.

Vorausgegangen war ein äußerst kurzer Wahlkampf, der wegen der vom „Runden Tisch“ und der Regierung Modrow beschlossenen Vorverlegung der Wahlen nur sieben Wochen dauerte. 19 Parteien und fünf Listenverbindungen, die weitere 14 Parteien repräsentierten, bewarben sich um die Gunst von rund 12,2 Millionen Wahlberechtigten.

Die besten organisatorischen Voraussetzungen besaß die PDS, da ihr der alte Parteiapparat der SED zur Verfügung stand. Zudem konnte sie auf umfangreiche finanzielle Mittel für den Wahlkampf zurückgreifen.

Die Bürgerrechtsbewegungen in der DDR, die den Umsturz und das Ende des Kommunismus erst ermöglicht hatten, litten dagegen unter massiven Motivationsproblemen und auch konzeptionellen Schwächen. Das Fehlen von gut funktionierenden Parteiorganisationen und von starken Partnern in der Bundesrepublik Deutschland verhinderte nachhaltig einen erfolgreichen Wahlkampf.

Die SPD hatte vor ihrer Zwangsvereinigung mit der KPD vor allem in den Freistaaten Sachsen und Thüringen über eine bedeutende Anhängerschaft verfügt. Nach ihrer Neugründung im Oktober 1989 wurde sie nachhaltig von den westdeutschen Sozialdemokraten unterstützt. Die Sozialdemokraten verfügten über ein bewährtes Programm und konnten sich auf die lange Tradition der deutschen Arbeiterbewegung berufen.

Am 12. Februar 1990 hatten die Liberalen den „Bund Freier Demokraten“ gegründet. Dieses Bündnis von F.D.P., Deutscher Forumpartei (DFP) sowie der ehemaligen Blockpartei LDPD trat mit einer gemeinsamen Liste an. Es erhielt von den bundesdeutschen Liberalen massive Wahlkampfhilfe. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verstand es, vor allem in seiner thüringischen Heimat die Massen zu mobilisieren.



Sieger der Volkskammerwahl: Der Bundeskanzler und sein Kandidat in Ost-Berlin Bild: pa

Sieben Tage früher als die Liberalen schlossen sich die CDU der DDR, die DSU und der DA zur „Allianz für Deutschland“ zusammen. Das Bonner Konrad-Adenauer-Haus hatte lange gezögert, bevor es die ehemalige Blockpartei CDU als Schwesterpartei anerkannte. Erst die Vorziehung der Volkskammerwahlen auf den 18. März und die positiven Meinungsumfragen für die sozialdemokratische Partei zwischen Rügen und Erzgebirge leiteten ein Umdenken ein. Flächendeckend wurden nun bundesdeutsche Christdemokraten in den DDR-Wahlkampf eingebunden. Die bayerische CSU unterstützte, argwöhnisch von der CDU (West) beobachtet, die DSU.

Mit ihrem Einsatz für die Schwesterparteien östlich der Elbe konnten die bundesdeutschen Parteien den organisatorischen Vorsprung der PDS mehr als Wett machen. Als entscheidender Punkt erwiesen sich allerdings die Parteiprogramme. Recht bald zeigte sich nämlich, dass die Menschen in der DDR vorrangig an der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und an der Angleichung der wirtschaftlichen Lebensverhältnisse in Ost und West interessiert waren. In diesem Zusammenhang war die Reserviertheit in weiten Teilen der SPD gegenüber dem Neuerstehen eines deutschen Nationalstaates für den Volkskammerwahlkampf eher kontraproduktiv.

Im Anschluss an seinen überragenden Wahlsieg bildete CDU-Spitzenkandidat Lothar de Maizière die erste frei gewählte und gleichzeitig letzte Regierung der DDR. Sie setzte sich aus Vertretern der Allianz für Deutschland, der Sozialdemokraten und des Bundes Freier Demokraten zusammen. Am 12. April 1990 konnte der neue Ministerpräsident der DDR mit 265 Stimmen bei 108 Gegenstimmen und neun Enthaltungen gewählt werden. Im Anschluss daran wurde sein Kabinett von den Abgeordneten en bloc bestätigt. Die stellvertretende Regierungssprecherin hieß fortan Angela Merkel.

Das Ergebnis der Volkskammerwahlen ist als klarer Auftrag an die demokratische Regierung zu werten, die Wiedervereinigung Deutschlands vorzubereiten oder, wie Lothar de Maizière es ausgedrückt hat, „zügig die eigene Überflüssigkeit zu schaffen“. Fünf entscheidende Schritte waren auf diesem Weg zu gehen: Den Kommunen musste die Handlungsfähigkeit zurückgegeben werden, die Länder waren neu zu bilden, die Wirtschaftsfreiheit mit der Einführung der D-Mark zu gewährleisten und ein Einigungsvertrag mit Regelung der Eigentumsfragen abzuschließen.

Der letzte Schritt bestand schließlich darin, die notwendige Zustimmung der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zu erhalten. Erst nach dem Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 konnte die formelle Einheit als Ausdruck des deutschen Selbstbestimmungsrechts vollzogen werden. Die Volkskammerwahl vom 18. März hatte den Weg dazu geebnet. *We*

Mindestens 126 Juden das Leben gerettet

Heute kann jeder zum Antisemiten werden – Der bedrückende Streit um Landesbischof Hans Meiser

Noch residiert Bayerns Evangelisch-Lutherische Kirche in der Meiserstraße zu München. Doch das wird sich bald ändern: Die neuen Schilder „Katharina-von-Bora-Straße“ sind schon vorgeprägt. Der Wechsel wurde von eifernden „Antifaschisten“ erzwungen; der Eifer der Landeskirche, sich dagegen zur Wehr zu setzen, hielt sich in engen Grenzen.

Benannt war die Straße nach Landesbischof Hans Meiser (1881–1956), den der damalige SPD-Oberbürgermeister Thomas Wimmer damit als Gegner des NS-Regimes ehren wollte. Dessen Nachfolger Christian Ude, ebenfalls SPD, sieht das ganz anders: Meiser habe „in menschenverachtender Weise einen religiös begründeten Antisemitismus vertreten“, begründete er in einer Ratssitzung im Juli 2007 die „Entnennung“ der Meiserstraße.

Landesbischof Johannes Friedrich protestierte zwar gegen diese „Zumutung“ und die dahinter vermutete „political correctness“. Damit war der Widerstand der Landeskirche aber auch erschöpft. Gegen den Akt der rot-grünen Ratsmehrheit raffte sich lediglich der Enkel des entehrten Bischofs, Christian Meiser, zur Klage auf – leider, wie gemeldet, ohne Erfolg.

Die Angriffe auf Hans Meiser stützen sich im Wesentlichen auf einen Aufsatz im „Evangelischen Gemeindeblatt für Nürnberg“ im Jahre 1926. Zuvor hatte das NS-Kampfblatt „Stürmer“ sich ereifert, dass auf einer kirchlichen Veranstaltung ein „getaufter Jude“ über christliche Berufsethik reden durf-

Gestapo-Haft, Amtsenthebung und Hitlers Wutanfall – der Linken ist das heute alles egal

te. Meiser, damals Leiter des Nürnberger Predigerseminars, wies die „Stürmer“-Hetze energisch zurück, indem er zwar – dem Zeitgeist folgend – einen angeblich unangemessenen Einfluss der Juden kritisierte, sich aber entschieden davon distanzierte, dass „Juden bloß um ihrer Rasse willen ... als minderwertige Menschen angesehen werden“. Meiser weiter: „Der Kampf gegen das Judentum hat unter uns solche Formen angenommen, dass alle ernsten Christen förmlich genötigt sind, sich schützend vor die Juden zu stellen.“

Anders als heutige Vergangenheitsbewältiger waren die Nationalsozialisten durchaus in der Lage, Meisers Aufsatz richtig einzuschätzen. Der Geistliche, 1933 zum Landesbischof gewählt, war fortan als Gegner der NS-Ideologie registriert. Sein „Gefahrenpotenzial“ wurde so hoch eingestuft, dass Hitler ihn zum Gespräch vorlud. Meiser, stets um diplomatische Wortwahl bemüht, warnte den Führer, es bleibe der Kirche „nichts anderes übrig, als seine allergetreueste Opposition zu werden“. Das Treffen endete mit einem Wutanfall Hitlers: „Feinde des Vaterlandes, Verräter des Volkes sind Sie.“

Die Folgen bekam Meiser bald zu spüren. Reichsbischof Ludwig Müller erklärte ihn für abgesetzt

Münchens OB Ude (SPD) wirft ihm menschenverachtenden Antisemitismus vor

und ließ ihn von der Gestapo verhaften. Nach massiven Protesten Tausender bayerischer Christen – ein in der NS-Zeit nahezu einmaliger Vorgang – wurden die Maßnahmen nach 14 Tagen aufgehoben. Meiser blieb im Amt und seine bayerische Landeskirche unabhängig.

Wie der Bischof das schaffte, beschreibt der ehemalige Münchner Dekan Martin Bogdahn: „Meiser bringt häufig zuerst dem Zeitgeist ein gewisses Verständnis entgegen, um dann unter dem Deckmantel dieses Entgegenkommens Bedenken, Warnungen oder auch Widerspruch vorzutragen.“ So richtete der angebliche „Antisemit“ eine kirchliche Hilfsstelle ein, die nachweislich mindestens 126 (getaufte) Juden das Leben rettete.

Für die Ehre dieses Bischofs will die heutige Landeskirche nicht mehr kämpfen. Widerstandslos nimmt sie die Umbenennung in Katharina-von-Bora-Straße hin. Ob die von Dauer sein wird, ist angesichts des Enthüllungseifers selbsternannter Antifaschisten fraglich. Die Namensgeberin war schließlich Martin Luthers Ehefrau, und von dem ist folgendes Zitat überliefert: „Ein solch verzweifeltes, durchböstes, durchgiftetes, durchteufeltes Ding ist's um diese Juden ... Wenn ich könnte, wo würde ich ihn (den Juden) niederstrecken und in meinem Zorn mit dem Schwert durchbohren.“ Vielleicht sollte man in vorauseilendem Antifaschismus alle deutschen Straßen nur noch nach Blumen, Tieren, Städten oder Berggipfeln benennen – es muss ja nicht gerade der Obersalzberg sein. *H.-J. Mahlitz*

Das Massaker von Swinemünde

Noch kurz vor Kriegsende wurde die von Flüchtlingen volle Stadt Ziel eines US-Bombenangriffs

Am 12. März 1945 wurde die pommersche Hafenstadt Swinemünde – nordwestlich von Stettin gelegen – Opfer eines Angriffs der achten US-Bomberflotte. Bei diesem Tagesangriff, der mittags gegen 12 Uhr begann und nur rund 60 Minuten andauerte, setzten die Amerikaner 642 Bomber ein.

Zielpunkte für die Bombardierung Swinemündes waren der Hafen, der Bahnhof und die Kurparkanlagen. Das Ostseebad war an jenem Tag im März 1945 voller Halbinsel Usedom, an deren östlichem Ende Swinemünde liegt, bestens informiert. Peenemünde, ebenfalls auf Usedom gelegen, wegen der dortigen Raketenversuchsanstalt für die Alliierten ein wichtiges militärisches Ziel, wurde immer wieder durch Luftaufklärer ausgespäht. Diese Aufklärung erstreckte sich auf die ganze Insel. Peenemünde wurde in den Jahren 1942 bis 1944 wiederholt bombardiert.

Erster Zielpunkt der Bomber beim Tagesangriff am 12. März 1945 war der Hafen. Sechs große Handelsschiffe, die seit Januar als Flüchtlingsschiffe im Pendelverkehr zwischen Pillau und Danzig nach Swinemünde oder Kiel eingesetzt waren, sanken. Einige der Schiffe hatten die „Menschenfracht“ noch an Bord. Das Schiff „Andros“ war am 5. März in Pillau mit 2000 Menschen in Richtung Dänemark in See gestochen. Stürmische See behinderte die Überfahrt. Unplanmäßig legte die „Andros“ am Morgen des 12. März in Swinemünde an. Das Schiff kam in den Bombenhagel, brach auseinander und ging mitsamt seiner „Menschenfracht“ zugrunde. Im Kurpark von Swinemünde warteten Tausende auf ihren Weitertransport nach Westen. Die Markierer der Bomberverbände hatte den Park genau gekennzeichnet. „Der Bombenteppich fiel besonders eng, so dass es kein Entrinnen gab. Die Lage im Kurpark war den Amerikanern bekannt, weshalb sie reichlich ‚Baumkrepierer‘ geladen hatten, Bomben mit Berührungszündern, die detonierten, sobald sie mit Ästen in Berührung kamen“, schreibt Jörg Friedrich („Der Brand“, 2004, S. 172). Die Flüchtlinge im Kurpark Swinemünde waren am 12. März 1945 wehr- und schutzlos.

Gezielt wurden die ostdeutschen Flüchtlinge im Kurpark getötet

Flüchtlinge aus Ostpreußen, Danzig, Westpreußen und Hinterpommern. Die meisten kamen über See und hatten Schreckliches durchgemacht. Mit dem Landgang in Swinemünde war zwar die Flucht noch nicht zu Ende, die Menschen meinten jedoch, das Schlimmste überstanden zu haben. Sie waren der Roten Armee der Sowjets entronnen.

Der Bombenkrieg der Westalliierten gegen die Städte in West- und Mitteldeutschland war den Menschen des Ostens nur unzureichend bekannt. Diesbezüglich eigene Erfahrungen hatten die allermeisten nicht.

Die Amerikaner und Briten waren über die Infrastruktur der



„Die Frierende“: Skulptur Rudolf Leptiens auf dem Golm Bild: pa

Die Amerikaner wussten um die Folgen der Bombardierung Swinemündes. Der Angriff war ein Verbrechen, bei dem rund 23 000 Menschen zu Tode kamen. Das Massaker von Swinemünde steht in den Annalen der achten US-Flotte nicht als Massaker verzeichnet, ebenso nicht in den Annalen der Zeitgeschichte. Die US Air Force verbuchte es als Verkehrsangriff auf Rangierbahnhöfe („Der Brand“, 2004, S. 176). Für die Toten von Swinemünde wurde auf dem Golm – ein Höhenzug westlich von Swinemünde gelegen – eine würdige Gedenkstätte geschaffen. Das dort jährlich am 12. März stattfindende Totengedenken erzeugt bis heute bei vielen Unmut, weil die historische Wahrheit – wie in diesem Bericht geschildert – unausgesprochen bleibt.

Wilhelm v. Gottberg

Begegnungsstätte der Jugend

Vor fünf Jahren, am 12. März 2005, eröffnete der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) in 400 Metern Entfernung von der Kriegsgräberstätte Golm in Kamminke eine Jugendbegegnungsstätte, die das Anliegen der von 1992 bis 2005 existierenden Interessengemeinschaft Gedenkstätte Golm weiterverfolgt.

Sie steht vor allem für Schulprojekte und internationale Jugendbegegnungen offen. Auch Vereine und Institutionen wie Kirchen, die Bundeswehr, Universitäten oder die Bundespolizei nutzen die Begegnungsstätte im Rahmen ihrer Jugend- und Erwachsenenbildung. Durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Golm haben Jugendliche die Möglichkeit, direkt vor Ort Geschichte zu erfahren und den Golm als Lernort zu nutzen. An den Gräbern der Opfer von Krieg und Gewalt sollen junge Menschen begreifen, wie kostbar der Frieden ist, und motiviert werden, Verantwortung für eine friedliche Zukunft zu übernehmen.

Die Jugendbegegnungsstätte bietet nach Voranmeldung auch Führungen an sowie Literatur zur Kriegsgräberstätte. Der Volksbund sammelt dort Materialien zur Geschichte der Kriegsgräberstätte. Auch werden Angehörige betreut und bei Interesse in die pädagogische Arbeit einbezogen. *PAZ*

Kontakt: Jugendbegegnungsstätte Golm, Dorfstraße 33, 17419 Kamminke, Telefon (038376) 2900, E-Mail: info@jbs-golm.de, Internet: www.jbs-golm.de

Mehrere Tausend Opfer fanden ihre letzte Ruhestätte auf der Kriegsgräberstätte Golm

Nach dem Bombenangriff wurden mehrere Tausend Opfer mit Pferdegespannen und Lastkraftwagen zum Golm, der höchsten Erhebung auf der Insel Usedom, gebracht, wo bereits im Sommer des Vorjahres ein Soldatenfriedhof eingerichtet worden war. Etwa 500 identifizierte tote Zivilisten setzte man links vom heutigen Eingang der Kriegsgräberstätte bei, der weitaus größere Teil musste anonym in Gemeinschaftsgräbern bestattet werden.

Nur einzelne Angehörige kümmerten sich in den ersten Nachkriegsjahren um die Gräber, da die meisten Überlebenden als Flüchtlinge weiter nach Westen gezogen waren.

Seit 1950 bemühten sich Vertreter der evangelischen Kirche um den in der Zwischenzeit stark verwilderten Friedhof und rangen mit regionalen staatlichen Stellen der DDR um eine angemessene Form des Gedenkens auf dem Golm sowie eine würdige Gestaltung der Anlage. Die 1952/53 von dem Bansiner Bildhauer Rudolf Leptien angefertigte Skulptur „Die Frierende“ durfte nicht aufgestellt werden, weil die künstlerische Aussage nicht der Linie der Partei entsprach. Erst 1984 fand die Skulptur des schon 1953 nach Westberlin geflohenen Künstlers durch eine spontane private Initiative ihren Platz auf dem Golm. „Unbekannte Täter“, so die offizielle Verlautbarung, sägten im Frühjahr 1954 ein kurz zuvor auf kirchliche Initiative installiertes 13 Meter hohes Holzkreuz ab und zerstörten es.

Ende der 1960er Jahre ließ der Rat des Kreises Wolgast die gesamte Kriegsgräberstätte mit den vier Gräberfeldern als weiträumige Rasenfläche ohne christliche Symbolik einheitlich neu gestalten. Zwischenzeitlich auf Betreiben des Demminer Superintendenten Herbert Achterberg aufgestellte Granitkreuze und Namensteine ließ man 1969 beseitigen, die verbliebenen Einzelgräber einebnen und die Abgrenzungen zwischen den vier Friedhöfen entfernen. Für die Stelle, an der einst das Kreuz gestanden hatte, gestaltete der Rostocker Künstler Wolfgang Eckardt im staatlichen Auftrag einen zweigeteilten Rundbau aus Beton als zentralen Punkt der Anlage und „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“. Der Bau setzt bewusst einen Kontrast in der lieblichen Landschaft und will ausdrücken, dass alle Kriegstoten – Soldaten und Zivilisten – hier auf dem Golm vereint sind. Das Denkmal mit dem mühsamen Aufstieg über zwölf Betonstufen, die für die Jahre der NS-Herrschaft stehen, blieb unvollendet. Ein auf der Innenseite geplantes Relief kam nicht zur Ausführung.

Die am 12. März 1992 von einigen Kamminkern und dem Zirchower Pastorenehepaar Simon gegründete Interessengemeinschaft Gedenkstätte Golm e. V. setzte frühere Gestaltungsideen anlässlich des 50. Jahrestages der Zerstörung Swinemündes um. Am Wegeaufgang weist nun ein fünf Meter hohes Holzkreuz auf die Gedenkstätte hin und mahnt in Sichtweite der polnischen Grenze zur Versöhnung über Gräber und Grenzen hinweg. Symbolkreuzgruppen aus Granit und Holz und Bronzetafeln mit inzwischen fast 2000 Namen erinnern an die Genannten, aber ebenso an die vielen unbekannten Toten, die hier und unter den Trümmern der Stadt Swinemünde ihr Grab fanden.

Am 1. März 2000 ist die größte Kriegsgräberstätte des Landes Mecklenburg-Vorpommern in die Trägerschaft des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) übergegangen, der damit die Pflege und Erhaltung dieses Friedhofes übernommen hat. Eine Dauerausstellung ist im 2001 errichteten Informationsgebäude zu sehen. Jährlich führt der Volksbund am 12. März und am Volkstrauertag Gedenkstunden auf dem Golm durch. *PAZ*

Er wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte

Friedrich Christoph von Saldern weigerte sich wie Johann Friedrich Adolph von der Marwitz, Hubertusburg zu plündern

Das Ehrgefühl des preußischen Offizierskorps war unter Friedrich dem Großen derart ausgeprägt, dass die Beschreibung „Wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre brachte“ mit Friedrich Christoph von Saldern und Johann Friedrich Adolph von der Marwitz (1723–1781) gleich auf zwei friderizianische Generäle gemünzt ist. Die Frage, wem von beiden diese Beschreibung als erstes galt, hat auch eine Untersuchung aus dem Jahre 2008 nicht endgültig beantworten können. Doch wahrscheinlich gebührt Saldern der Vorzug. Denn die Quelle, die dieses geflügelte Wort mit Bezug auf ihn überliefert, der Autor der 1793 in Berlin erschienenen Biographie „Characterzüge des Preußischen General-Lieutnants von Saldern mit practischen Bemerkungen über seine militairische Thaten und über sein Privatleben. Mit einem Titelkupfer“ Feldprediger Carl Daniel Küster, ist zeitlich näher dem Geschehen, der verweigerten Plünderung von Schloss Hubertusburg im Jahre 1761.

Saldern wurde am 2. Juni 1719 in Carmzow (Kreis Prenzlau) geboren. 1735 trat er als Fähnrich in das Infanterieregiment No. 8 des Fürsten Christian August von Anhalt-Zerbst (1690–1747) ein, des Vaters der späteren Zarin Katharina II. (1729–1796). Wegen seiner beeindruckenden Körperlänge von um die zwei Meter wurde er 1739 als Sekondeleutnant in die Garde (No. 6) von König Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), also zu den „Langen Kerls“ versetzt. Bei der Aufteilung und Neugruppierung des Regiments durch Friedrich II. im Jahre 1740 kam er als Premierleutnant zum 2. Bataillon des Garderegiments (No. 15) des jungen Königs. Er kämpfte für Preußen im Ersten Schlesischen Krieg (1740–1742), wurde Kompaniechef und nahm im Zweiten Schlesischen Krieg (1744–1745) unter anderem an der erfolgreichen Belagerung Prags (1744) sowie den Schlachten von Hohenfriedberg (1745) und Soor (1745) teil. Häufig war er als Werbeoffizier in Süddeutschland und in der Schweiz unterwegs.

Friedrich der Große hat Salderns Weigerung schließlich akzeptiert

Am 1. Juni 1748 heiratete Saldern das Fräulein Sophie Antoinette Katharina von Tettau (1720–1759), eine Hofdame von Königin Elisabeth Christine (1715–1797). Später war Saldern noch zweimal verheiratet: ab 5. Januar 1763 mit Wilhelmine von Borcke (1742–1766) und ab 22. November 1767 mit Helene Wilhelmine von Borcke (1743–1831). Saldern hatte zwei Kinder, die vor ihm starben.

Im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) war er Teilnehmer der wichtigsten Schlachten. Für seine militärischen Verdienste erhielt er nach der Schlacht bei Leuthen (1757) den „Pour le mérite“ und avancierte 1758 wegen seiner soldatischen Leistungen während des Krieges vom Oberstleutnant direkt zum Generalmajor. Nach den Schlachten bei Liegnitz (1760) und Torgau (1760), an denen er erfolgreich mitwirkte, erhielt er das Infanterie-Regiment No. 6.

Im Januar 1761 geschah das Ereignis, dessentwegen hier über ihn berichtet wird: Der König gab ihm den Befehl, als Vergeltung für die Plünderung seines Schlosses Charlottenburg durch Russen, Österreicher und Sachsen im Jahre 1760, bei der er seine schöne Antikensammlung verlor, das sächsische Schloss Hubertusburg bei Dresden auszuräumen. Friedrich soll gesagt haben: „Ich will nichts davon haben; ich werde das daraus gelöste Geld dem Lazarett assignieren und ihn nicht vergessen.“ Saldern weigerte sich jedoch mit der Begründung, dieser Befehl gereiche einem preußischen General zur Unehre und möge von dem Kommandanten eines Frei-Regiments ausgeführt werden. Das Ereignis zeugt von dem damals bereits ausgeprägten Ehrgefühl der preußischen militärischen Führer – aber auch davon, dass der König diese Haltung (zumindest längerfristig) akzeptiert hat, da er ebenso wie Saldern auch Marwitz, der den Befehl ebenfalls erhalten und dessen Ausführung gleichfalls verweigert hatte, nach dem Krieg seine Gunst bezeugt hat: Der zwischenzeitlich zum Oberst beförderte Marwitz erhielt 1764 das Kommando über das Regiment Gens d'armes.

Saldern erhielt das Regiment No. 5 und den »Hohen Orden vom Schwarzen Adler«

Und Saldern, der nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges bei der Armee blieb, wurde noch im Jahre des Friedensschlusses von Hubertusburg Gouverneur von Magdeburg und Inspekteur der in der Stadt und der Altmark stationierten Infanterie-Regimenter. 1766 wurde er zum Generalleutnant befördert und erhielt das Regiment No. 5, das der Herzog Ferdinand von Braunschweig (1721–1792) bis zu seiner Demission innegehabt hatte. Außerdem wurde ihm der "Hohe Orden vom Schwarzen Adler" verliehen. Wegen seines mittlerweile hohen Alters nahm Saldern am Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/1779) nicht mehr teil. Statt dessen wurde er mit der Aufgabe betraut, Rekruten aus den Reihen der an England verkauften Landeskinder kleinerer Territorialstaaten bei ihrem Durchmarsch durch oder Transport über preußisches Gebiet, abzuwerben. Saldern starb am 14. März 1785 in Magdeburg.

Jürgen Ziechmann

Ohne Kernkraft geht es nicht

Zu: „Merkels Rammbock“ (Nr. 7)

„Kernkraft als Brückentechnologie“ ist das neue Schlagwort in der Energiepolitik. Mit der Kernkraft soll eine Brücke geschlagen werden bis in 20 bis 30 Jahren die Stromversorgung durch erneuerbare Energien, also Solar- und Windkraft, erfolgen kann. Was aber steht wirklich am anderen Ende der Brücke, am anderen Ufer? Auch in Zukunft wird nachts keine Sonne scheinen, auch in der Sahara nicht, und bei Windstille stehen auch die Windräder still. Es gibt keinen Tank, in dem man elektrische Energie speichern kann. Ein solcher ist ein Wunschtraum schon seit 100 Jahren. Für die Zeit, in der keine erneuerbare Energie verfügbar ist, benötigt man konventionelle Kraftwerke mit genau der gleichen Leistung, die dauernd in Bereitschaft sein müssen. Eine enorme Geldverschwendung, die den erneuerbaren Energien zugerechnet werden muss. Da es auch künftig Nacht und Windstille geben wird, sind Kernkraftwerke auch in 20 oder 30 Jahren erforderlich.

Für die Brücke gibt es kein anderes Ufer. Wie in anderen Ländern ist auch bei uns die Akzeptanz der Kernkraft gefragt.

Dr. Gustav Krüger, Herrenberg

PAZ ist eine der besten Zeitungen

Zu: *PAZ*

Mit großer Begeisterung und Freude las ich die *Preußische Allgemeine Zeitung* im Probeabo. Eine der besten Zeitungen, welche ich neben der „JF“ je gelesen hatte. Nicht dem üblichen Mainstream, siehe „SZ“ und „FAZ“ als auch der „Welt“ verhaftet. Diese hatte ich zeitweise für einige Monate gelesen, weiß also, wovon ich rede.

Sicher ist die „SZ“ im Wirtschaftsteil, ebenso im Wissenschaftsteil gut aufgestellt, aber Politik und Leserbriefe, da wird doch stark auf den gesellschaftlichen zurzeit gültigen Zeitgeist eingegangen. Völlig korrekte und unzensierte Berichterstattung, gerade auch über historische Dinge wie die Bombardierung von Dresden im Februar 1945, wird nicht in dem objektiven Maße gemacht wie in Ihrer Zeitung.

Sie können sich sicher sein, dass ich im Bekanntenkreise die „Werbetrommel“ rühren werde und auch an einen Bezug Ihrer Zeitung denke, wenn ich auch in der Nähe von Mainz wohne, weit weg von Ostpreußen. Mainz wurde übrigens am 27. Februar 1945 von den angloamerikanischen Bombern zu fast 80 Prozent zerstört. Meine Mutter war damals dabei und erzählte mir oft davon.

Claus Muth, Nackenheim

Danke für *PAZ*

Betr.: Freude über *PAZ* in Brasilien

Eine Änderung meiner Bezugsadresse in Brasilien möchte ich zum Anlass nehmen, danke zu sagen für Ihre großartige Zeitung und besonders danke für die gewählte Sprache. Das schätzen wir ganz besonders im Ausland.

Marliese Suttor, Cascavel-Paraná, Brasilien

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Aufgabe in der Politik würde zu Käßmann passen

Zu: „Erschrocken über Käßmann“ (Nr. 8)

Bei der ehemaligen Bischöfin klaffen Worte und Taten stark auseinander. Sie wandte sich gegen „mangelndes Verantwortungsbewusstsein, insbesondere wenn Alkohol und Drogen im Spiel sind“, engagierte sich für Alkoholverzicht in der Fastenzeit – nur sie selbst hält sich nicht daran. Als sie mit 1,54 Promille, also scharf unter der wichtigen 1,6 Promille-Marke, am Steuer des nicht gerade bescheidenen Dienstwagens VW „Phaeton“ erwischt wurde, war sie trotzdem recht standfest. Sind das Zeichen eines gut trainierten Alkoholkonsumenten?

Das Echo auf ihr Versagen gibt zu denken. Eilig wird ihr trotzdem das Vertrauen ausgesprochen. Es wird von einem „Recht auf Fehlverhalten“ gesprochen, von einem „starken Rücktritt“ und man findet sie gerade wegen ihres Versagens so „menschlich“. Nein, Frau Käßmann hat mit ihrem Verhalten dem Einsatz für christliche Wertvorstellungen und Verhaltensweisen einen Bärendienst erwiesen.

Dienstrechtliche Konsequenzen für Käßmann wegen ihres Alkoholvergehens wird es auch nicht geben. Diesbezügliche Bestimmungen sind 2008 gestrichen worden. Es ist aber auch nicht so lange her, dass in Deutschland Personen wegen völlig unbedeutendem Fehlverhalten (Stichwort Pfandbeleg oder Maultaschen) fristlos entlassen wurden. Was „gravierendes“ Fehlverhalten ist, stufen eben die ein, die an den Machthebeln sitzen.

Bleibt noch die Frage: Ist Frau Käßmann eigentlich „gut lutherisch“? Wenn man Luthers Zwei-Reiche-Lehre beachtet, die streng zwischen weltlichem und Bereich des Glaubens trennt, muss man „Nein“ sagen. Die Angebote, sich einer Tätigkeit in der Politik zuzuwenden, kommen ihrem Engagement weitaus mehr entgegen als eine von ihr angestrebte publikumswirksame Tätigkeit im Rahmen der Lutherischen Kirche.

Dr. Eberhard Gresch, Dresden

Vorgabe für Professor Müller?

Zu: „Wie Dresden zerstört wurde“ (Nr. 5)

Wie Hans-Joachim von Leesen in seinem Artikel über die Zerstörung von Dresden richtig schreibt, ist die Zahl der Toten bis heute ein Politikum. Der Trend, mit zunehmendem Zeitabstand zu diesem schrecklichen Ereignis aus Gründen der „politischen Korrektheit“ die Opferzahlen immer weiter herunterzurechnen, ist ungebrochen.

Prof. Rolf-Dieter Müller vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt ist sicher ein ausgewiesener Experte auf seinem Gebiet, der aber offenbar hinter den Kulissen von der Politik Vorgaben bekommen hat, welche maximale Opferzahl er öffentlich nennen darf.

Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist ein Artikel von Ulrike Meinhof in der Zeitschrift „konkret“ (Nr. 3, 1965), in dem sie schreibt: „Über 200 000 Menschen sind in den Flammen von Dresden umgekommen.“ Dieser Text – welch Ironie der Geschichte – kursiert ausschließlich auf rechtsgerichteten Seiten. Da dieser Aufsatz aber unbedingt einem breiteren Publikum (wieder) bekannt werden sollte, bitte ich Sie zu prüfen, ob er nicht auch in der *PAZ* publiziert werden kann.

Norbert Schlaier, Schwäbisch Hall

Nur weiter so im Kriechgang!

Zu: „Das ‚Zentrum‘ wird größer“ (Nr. 7)

Deutsche haben an fernen Höfen gewirkt, das ist bekannt. Dass ein deutscher Außenminister polnische Interessen vertritt, aber auch. Man denke nur an Hans-Dietrich Genscher, „HDG“, der sogar für seine Verdienste mit dem höchsten polnischen Orden, den ein Ausländer bekommen kann, ausgezeichnet wurde. Eifert der Herr, der jetzt Außenminister ist, seinem großen Vorbild nach?

Was hat der deutsche Außenminister gegen die deutschen Heimatvertriebenen und die Präsidentin des BdV? Wer hat Frau Steinbach in Schutz genommen nach den bösen polnischen Attakken? Niemand erhob seine Stimme, bloß nicht den Nachbarn vergraulen. Nur weiter so im Kriechgang! Das Mahnmal gegen Vertreibungen ist das Werk von Frau Steinbach und seit Jahrzehnten überfällig. Es ist eine Schande für Deutschland, dass FDP, SPD und Grüne sich dagegen wehren.

Der Kompromiss, der jetzt gefunden wurde, bedeutet zwar, dass Frau Steinbach nicht dem Stiftungsrat angehören wird, aber der BdV hat größeren Einfluss erhalten.

Zitat aus der Hoffnungsrede von Ernst Moritz Arndt, geschrieben 1810: „Wie vieles heißt man uns hassen, was wir damals noch liebten! Wie vieles verachten, was wir damals noch ehrten! Wie vieles als nichtig ansehen, was uns damals herrlich deuchte! Uns ziemt das Geständnis, das die fürchterliche Zeit, die alles in Trümmern übereinander geworfen und vielfach verwundet und zerschmettert hat. Uns ziemt nach so viel Unglück und Unheil der Stolz der Wahrheit, die Freiheit und Mündigkeit des Geistes. Wir wären unwürdig zu leben, wenn wir für das Alte, die alte Zeit, die alten Verhältnisse, die alten Menschen keine Tränen hätten. Wer sich selbst verlässt, der wird verlassen. Das Volk, das an sich selbst verzweifelt, an dem verzweifelt die Welt und die Geschichte schweigt auf ewig von ihm. Wie wir uns achten, werden wir geachtet werden.“

Diese Zeilen eines klugen Mannes sind noch heute hoch aktuell, nur Westerwelle und viele andere wissen nichts davon. Herr Westerwelle, Sie sind untragbar.

Jürgen Haßelhuhn, Aachen

Nicht Böttger, sondern Tschirnhaus war es

Zu: „Schaff Gold, Böttger!“ (Nr. 3)

Die Porzellanerfindung in Europa war kein Zufallsprodukt, sondern kam im Dezember 1707 durch jahrelange Forschungsarbeit des Gelehrten E.W. von Tschirnhaus (1651–1708) zustande. Tschirnhaus wurde daraufhin 1708 vom König zum Geheimen Rat und Direktor der zu gründenden Manufaktur ernannt und August der Starke verfügte, „... daß wir dem Herrn von Tschirnhausen 2561 Thaler haben auszahlen lassen ...“

Böttger wurde erst Ende September 1707 in der Porzellanforschung bei v. Tschirnhaus tätig. Böttger bestätigte drei Tage nach Tschirnhaus' plötzlichem Tod in einem Brief, dass Tschirnhaus die Herstellung eines Porzellanbechers gelungen sei. Trotzdem gab er sich später als Erfinder aus.

In den urkundlichen Quellen im Staatsarchiv zu Dresden liest man folgendes: 1719 schreibt der Generalsekretär der Meißner Manufaktur, „daß die Porzellanerfindung nicht von Böttger, sondern von dem seeligen Herrn von Tschirnhausen herkommt und dessen schriftliche Wissenschaft ihm durch den Inspektor Steinbrück zugebracht worden sey“.

Und in der Tat hat Steinbrück 1718 in einer Abfassung mit eigenen Worten zugegeben, den handschriftlichen Nachlass von Tschirnhaus benutzt beziehungsweise sich von den Manuskripten Abschriften gemacht zu haben. Ferner berichtet er, dass er über die Art, wie Böttger das Porzellan erfunden habe, nicht ganz im Klaren sei.

Übrigens wurde Böttger nicht nach getaner Arbeit aus der Haft entlassen, das geschah erst 1714 – vier Jahre nach der Gründung der Meissener Manufaktur. Verschiedene Lexika, Universitäten und andere Institutionen haben Korrekturen vorgenommen. Auch das Sächsische Staatsinstitut hat die Schulbücher korrigiert und nennt nun Tschirnhaus als Porzellanerfinder.

Peter Mohrenthal schrieb 1731 in Dresden: „Ganß Sachsen wird so leicht den Herrn von Tschirnhaus nicht vergessen, und sein Ruhm wird ewig bestehen, so lange nehmlich, als die Porcellain-Fabrique in Meißen, welche nächst der Chinesischen, ihres gleichen in der Welt nicht hat, ...“ Nach 300 Jahren hat sich die historische Wahrheit ihren Weg gebahnt.

Christof von Tschirnhaus, Lübeck

Römer betrieben Armenpflege: Das Wort »Dekadenz« wurde ungenau übersetzt

Zu: „Bei uns in Rom“ (Nr. 7)

Kaum, dass das grause Wort von der spätrömischen Dekadenz erklang, fielen Optimaten (betuchte Vornehme) und Popularen (Volksfreunde) wie tolle Hunde übereinander her. Das Knurren und Kläffen war vor allem deswegen so laut, weil im deutschen Wort „Dekadenz“ eine moralische Wertung enthalten ist. Im französischen „décadence“, abgeleitet von mittellateinisch „decadentia“ aus lateinisch de = von und cadere = fallen, von dem unser Lehnwort abstammt, fehlt diese Wertung. Montesquieu, im Augenblick gern zitierter Gewährsmann für die Dekadenz der alten Römer, gebraucht das Wort immer ganz neutral, was für den Sprachgebrauch seiner Landsleute bis heute gilt. In Germanien aber, wo man seit Filmen wie „Toll trieben es die alten Römer“ über deren Leben ganz genau Bescheid weiß, malt sich jeder bei Nennung dieses Begriffs hübsche Fress- und Sexorgien aus. Die gab es in der Tat bei einem Teil der dünnen Oberschicht und einigen Neureichen wie dem Trimalchio im Roman des Titus Petronius Arbiter, eines Hofmannes Neros. Deren dekadentes Treiben währte freilich nicht lange und hörte in den politischen, finanziellen und militärischen Krisen des späten Rom (192–476 n. Chr.) von selbst auf. Mit der Herrschaft der severischen Kaiser im 3. Jahrhundert erfolgt die Vernichtung der Privilegien des reichen Bürgertums und der Privilegierten selber. Nur für die Römer in Rom dauert trotzdem die Gewährung von kostenlosem Brot und kostenlosem Vergnügen noch an.

Damit sind wir beim Stichwort „anstrengungsloser Wohlstand“. Seit Ende der Republik erhielt ein Teil der „plebs“ anfangs verbilligtes und dann kostenloses Getreide zu seiner Ernährung. Caesar führte die Zahl der Bezugsberechtigten um die Hälfte auf 150 000 Personen zurück. Kaiser Severus Alexander (208–235 n. Chr.) ließ zusätzlich zum Brot kostenloses Öl ausgeben. Solches bedeutete aber mitnichten Schaffung von Wohlstand, sondern war Armenpflege. Ein römischer Proletarier lebte, billig bekleidet, dürftig ernährt, medizinisch kaum versorgt, zur Miete in einer feuergefährdeten Bruchbude ohne sanitäre Einrichtungen, inmitten einer lauten und überfüllten Großstadt. Aber trotz seiner prekären Existenz fühlte er sich als Römer.

Alfred Frerk, Geldern

Streit um Opferzahlen: Ein Vergleich Dresdens mit Stalingrad

Zu: „Wie Dresden zerstört wurde“ (Nr. 5)

„Großbrände, die sich über eine Fläche von 15 Quadratkilometer vereinigten“ und „Inzwischen ... (Opferzahl) bei mindestens 18 000 und höchstens 25 000“. Dividiert man die Opferziffern durch die Fläche, ergibt sich ein Toter auf 600 bis 833 Quadratmetern. Diese Vorstellung und die auf dem Bild erkennbare Leichendichte scheinen nicht gerade die Grundlage dieser Schlussfolgerung zu belegen.

Andere Rechnung: Bei den Städten Dresden und Swinemünde ist vergleichbar, dass sich deren „Bewohner“ infolge der durchziehenden Flüchtlinge etwa verdoppelt hatten und letztere in großer Zahl im Freien, also dem Inferno schutzlos ausgesetzt, campierten – in Dresden auf den Elbwiesen, in Swinemünde im Kurpark. In Swinemünde beträgt die Bandbreite der Opferzahlen 4000 bis 23 000 (Wikipedia; die Literaturverweise lassen vermuten, dass eine zu Dresden analoge Manipulation stattgefunden hat und von der größeren Zahl auszugehen ist). Dividiert man die Opferziffern durch die Zahl der Menschen, so ergeben sich in Swinemünde 38 Prozent (mit der „offiziellen“ Zahl 6,6 Prozent) und in Dresden 1,4 bis zwei Prozent der Anwesenden – und das, obwohl nicht einmal die Menschen in den Bunkern infolge Sauerstoffmangels eine Überlebenschance hatten.

> 100 000 Tote durch deutsche Bomben auf Stalingrad?

Noch grotesker ist der Vergleich mit der deutschen Bombardierung Stalingrads; aber da die Opferzahl dort auf das deutsche Konto geht, kann sie nicht groß genug sein. In der „FAZ“ moniert Leser Dr. Kober die „nach konservativen Schätzungen 40 000, wahrscheinlich aber bis zu 100 000“ Menschenleben und weist sinngemäß darauf hin, dass die von Feldflughäfen in Südrussland startende deutsche „Bomberflotte“ dazu wohl kaum in der Lage war. Wie sollte wohl auch eine Luftwaffe, deren Flugzeuge für eine Flächenbombardierung nicht einmal konzipiert waren, mit einer im Verhältnis zu den Alliierten marginalen Transportkapazität solche Bombenlasten transportiert haben? Bei der Versorgung der Truppe scheint Vergleichbares jedenfalls nicht funktioniert zu haben. Auch habe ich von einem durch die Bombardierung ausgelösten Feuersturm, dem eine große Zahl von Toten zuzuschreiben ist, bislang nichts vernommen.

Die Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das seine Geschichte zu seinen Ungunsten fälscht und verbiegt. (Nicht nur die Polen sehen ihre Geschichte ganz anders und machen noch Politik und Geschäft daraus.) Das bringt den Deutschen nicht nur Verachtung, sondern auch Misstrauen ein, weil sich das Ausland auf den Fortbestand dieser widernatürlichen Haltung nicht verlassen will – man denke nur an Churchills böses Wort von den Deutschen als „Hunnen“, die man entweder zu Füßen oder aber an der Gurgel habe.

Grob unseriös ist das deklamatorische Operieren mit Zahlen, die schon elementarsten Plausibilitätsüberlegungen nicht standhalten. Für dieses – und nicht nur dieses – Beispiel gilt: Political Correctness ist das Gegenteil von Historical Correctness.

Dr.-Ing. Hans-J. Kucharski, Mülheim

Ein reines Kompromisszentrum

Zu: „Respektabel“ und „Das Zentrum wird größer“ (Nr. 7)

Ist selbst verhaltene Freude über das Erreichte beim Zentrum nicht verfrüht? Dass erwartet wird, im Kompromisszentrum beflissen Verständnis für die Vertreibung und die übliche, devot-unaufrichtige Versöhnungshaltung zu zeigen, wissen wir schon. Auch die weiteren Ausstellungsbereiche sind verbiegbar. Die Ostsiedlung könnte nach polnischer Beratung als Kolonialismus dargestellt werden, der Lastenausgleich wird dem Eigenlob der BRD dienen und wir werden mit Schmeicheleien für unseren Beitrag beim Aufbau in Restdeutschland befriedigt.

Wird man nach der noch ausstehenden Satzung unseren sechs Vertretern Spielraum lassen, Einhalt zu gebieten, wenn die Vertreibung als verständlich begründet oder zum Kollateralschaden verniedlicht wird? Werden sie durchsetzen können, dass die Geschichte nicht durch eine Lücke zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Münchner Abkommen von 1938 geklittert wird? Werden nicht dem in seinen politischen Horizonten verbliebenen früheren Beamten des DDR-Kultusministeriums Wolfgang Thierse und Konsorten im Rat eher Spielräume eingeräumt, „politisch korrekt“ zu fälschen?

Wer sich da noch auf das Wort von Politikern, außer vielleicht einigen bayerischen, verlässt, muss schon sehr optimistisch sein. So ließ uns die Kanzlerin mehrfach hängen, nachdem sie uns noch kurz vor der Wahl in einer *PAZ*-Anzeige ihr offenes Ohr empfahl. Man muss natürlich über Ereignisse etwas mehr wissen, als man bald nach 1945 in deutschen Schulen und Medien, besonders in denen der DDR, gehört hat.

Horst Dietrich, Wiesbaden

Das Ostpreußenblatt

Nr. 10 – 13. März 2010

MELDUNGEN

Boos sprach mit Oppositionschef

Königsberg – Gebietsgouverneur Georgi Boos hat sich nun doch mit dem Oppositionsführer Konstantin Doroschok zu einem Gespräch getroffen. Zweimal hatte der regionale Regierungschef den Termin vorher verschoben. Am 30. Januar hatten in der Gebietshauptstadt über 10 000 Demonstranten neben wirtschaftlichen und politischen Dingen auch den Rücktritt von Boos gefordert. Während des Gesprächs erklärte sich der Gouverneur bereit, sich detaillierter und konsequenter als bisher „für die Bedürfnisse der Gebietsbevölkerung einzusetzen“. Auf die Rücktrittsforderung kam Boos dabei nicht zu sprechen. Nach Meinung vieler Bürger ist diesen Versprechungen aber kein Glaube zu schenken. Die Regierung wolle lediglich Zeit gewinnen, um den Oppositionellen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auf der Webseite www.newkaliningrad.ru finden sich viele Kommentare, in denen für eine weitere Protestkundgebung am 20. März plädiert wird.

Der Gebietsregierung werden gravierende Fehler vorgeworfen, darunter die Verfünffachung der KfZ-Steuer, die Schließung zahlreicher Dorfschulen, eine mangelhafte Reform des Gesundheitswesens, den Rückzug des Staates aus der Finanzierung der Kindergärten sowie die Veruntreuung von Staatsgeldern. Nach Meinung des Chefredakteurs der regierungskritischen Zeitung „Dwornik“ (Straßenfeger), Arseni Machlow, ist in der Oblast eine Zeitbombe der von Wladimir Putin errichteten „Machtvertikale“ hochgegangen. Die Protestaktionen in Königsberg sind um ein Vielfaches stärker als die Demonstrationen in den anderen Städten der Russischen Föderation. Wird hier die alte Königsberger Tradition des oppositionellen Denkens gegenüber der Zentralmacht wieder lebendig? *E. S.*

Eislaufbahn Ostsee

Rauschen – Winterhart war man in Ostpreußen immer, aber eine Hundekälte oder russisch gleichbedeutend „sobatschi cholod“ wie derzeit hat es zuletzt 1985/86 gegeben. Was tut man bei 25 Grad Frost und meterhohen Eisschollen an der Ostsee? Man ruft von Rauschen (Svetlogorsk) in Königsberg an und bittet die Journalisten, sich das Spektakel anzuschauen: Die Ostsee kilometerweit zugefroren und in ein „katok“ verwandelt, eine Eislaufbahn. Am Strand ein endloser Eis-Korso begeisterter Menschen, weit draußen Kinder, die auch hektisches Miliz-Pfeifen nicht vom Eis holt. Anderswo, etwa in Pillau (Baltisk), hat man andere Pflichten: Dutzende Schwäne sind hier im Eis festgefroren, mussten vorsichtig losgemacht, in heimischen Badewannen aufgewärmt, dann aufgepäppelt und wieder ausgesetzt werden. Bürgermeister Nikolaj Sacharow, überlegt schon, wie er den Schwänen ein eisfreies Bassin mit „Vollpension“ einrichten kann. *W. O.*

Neue Demonstration in Insterburg

Opposition fordert Rücktritt des Bürgermeisters, aber auch Veränderungen in Oblast und Gesamtstaat

Am 28. Februar gingen in Insterburg zirka 5000 Menschen auf die Straße, um gegen die Regierung zu demonstrieren. Offizielle Stellen sprechen zwar von 2000 Demonstranten, doch selbst das wäre für die mit 38 000 Einwohnern drittgrößte Stadt im Königsberger Gebiet beachtlich.

Etwa jeder zehnte Einwohner beteiligte sich demnach an der Demo, die damit verhältnismäßig größer als die letzte, aufsehenerregende am 30. Januar in Königsberg war, an der sich „nur“ jeder 30. Einwohner beteiligt hatte.

Die Protestkundgebung in Insterburg hatte die örtliche Abteilung der Organisation „Sprawetliwost“ (Gerechtigkeit) organisiert. Die Teilnehmer versammelten sich im Stadtzentrum, kamen

Resolutionen an Boos und Medwedew

ohne Transparente, doch die Redner sprachen auch ohne Anschauungsmaterial deutliche Worte: In den vergangenen zwei Jahren habe sich die soziale und wirtschaftliche Lage im Kreis Insterburg ständig verschlechtert. Die Stadt stehe wirtschaftlich vor dem Bankrott, die Korruption habe inzwischen alle Korridore der Regierung erreicht.

Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitsplätze rückläufig, die Arbeitslosigkeit steigt. Deshalb sind junge Menschen gezwungen, in Königsberg und anderen Orten des Gebiets Arbeit zu suchen. Es gibt Wartelisten für Kindergärten, ohne Angabe von Gründen werden Ämter und Behörden geschlossen oder in andere Städte verlegt, was für Tausende Insterburger den Alltag noch mühsamer macht. Als die Abgeordneten der städtischen Regierung höhere Tarife für die Wohnnebenkosten einführten, war dies für die Einwohner Schock und Ärgernis zugleich.

Für manche ältere Menschen führt dieses dazu, dass sie ihre gesamte Rente für Nebenkosten aufbrauchen. Die Schließung medizinischer Einrichtungen hat zur Folge, dass es im gesamten Kreis Insterburg keine Fachärzte mehr gibt, so dass kranke Menschen ins 100 Kilometer entfernte Königsberg fahren müssen, um sich im dortigen Gebietskrankenhaus in lange Schlangen einzureihen.

Die Demonstranten schickten Resolutionen an die Stadt-, Kreis-, Gebiets- und Föderationsregierungen. Ihre Forderungen an die Föderationsregierung formulierten sie sogar in einem Brief an Präsident Dmitrij Medwedew.

Einstimmig wurde auf der Protestkundgebung eine Entschließung beschlossen. In ihr wird der Gouverneur aufgefordert, den Abzug des Militärhospitals aus Insterburg in andere Städte des Gebiets aufzuhalten sowie die Auflösung aller Vertretungen der Föderations- und Gebietsregierung zurückzunehmen. Außerdem soll bis Ende dieses Monats eine Regierungskommission den Haushalt und den Umgang mit öffentlichen Geldern der Kreis- und Stadtverwaltung prüfen.

Ebenso forderten die Demonstranten Bürgermeister Wladimir Chlimankow auf, bis Monatsende zurückzutreten, weil er die mit seiner Stellung übernommenen Pflichten vor dem Volk nicht erfüllt habe. Wegen der Machtbeschneidung der Stadtregierung solle die Zahl der Kreisverwaltungsbeamten auf 50 reduziert werden, dabei sollen alle Auswärtigen entlassen werden. Chlimankow war, bevor er Bürgermeister wurde, Generaldirektor beim Unternehmen „Kaliningrad-Gasifizierung“, und doch sind die meisten der zu 80 Prozent noch aus der Vorkriegszeit stammenden Wohnhäuser noch nicht ans Gasnetz angeschlossen.



Demonstrationen gegen vielfältige Missstände im Königsberger Gebiet: Nach Protesten in der Gebietshauptstadt bekunden nun auch die Insterburger ihren Unmut. Bild: Tschernyschew

Von der Stadtregierung forderten die Demonstranten die Senkung der Wohnnebenkosten, aus den Tarifen sollen alle Ausgaben herausgerechnet werden, die nicht direkt mit der Bereitstellung von Leistungen zusammenhängen, Einstellungen in städtische Dienste sollen nicht mehr über „Beziehungen“ laufen, sondern in einem offenen Wettbewerb. Außerdem forderten die Demonstranten, allen Bürgern mit weniger als umgerechnet 250 Euro Einkommen im Monat Zuschüsse zu den Wohnnebenkosten aus dem städtischen Budget auszuzahlen.

Jurij Tschernyschew

»Das alte Königsberg und Preußen«

Ausstellung in der Kunstgalerie entführt Russen in eine ihnen unbekannte Metropole

In der Königsberger Kunstgalerie läuft eine Ausstellung mit dem Titel „Unbekanntes Königsberg“. Die Exponate wurden von den Sammlern Denis Dunajewskij und Maxim Popow zur Verfügung gestellt. Alle ausgestellten Stücke hatten die beiden schon vor langer Zeit in Antiquariaten erworben und eingetauscht. Die Geschichte Königsbergs wurde schon zur Schulzeit ihr Hobby.

Die Ausstellung zeigt verschiedenartige Exponate vom 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Sie alle stehen unter der Überschrift „Das alte Königsberg und Ostpreußen“. Unter anderem werden ein Faksimile einer Illustrierten, Kupferstiche, Skulpturen, ein Porzellanservice aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, antiquarische Bücher, Alltagsgegenstände und vieles mehr gezeigt. Ein Großteil der ausgestellten 100 Exponate sind grafische Arbeiten. Die meisten zeigen


Beliebtes Motiv: „Immanuel Kant in seinem Arbeitszimmer“ Bild: Tschernyschew

Königsberger Ansichten aus dem 19. Jahrhundert. Damals waren Kupferstiche sehr verbreitet. Sie dienten zur Illustration von Zeitungen, Zeitschriften und natürlich auch von Büchern.

Zu den seltenen Arbeiten gehören Zeichnungen Königsberger Künstler zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In der Ausstellung werden Arbeiten der Königsberger Künstlerakademie vorgestellt. Sie stellen Architekturdenkmäler, die Natur und das Alltagsleben Ostpreußens dar. Es handelt sich um Arbeiten von Heinrich Wolff, Helene Hoffmann, Maria Seek und Friedrich Reusch.

Das wichtigste Exponat der Ausstellung ist das Kupferstich-Porträt „Immanuel Kant in seinem Arbeitszimmer“ aus dem Jahre 1909 des Professors an der Königsberger Kunsthochschule Heinrich Wolff. Dieses Stück hatten die Sammler auf einer Auktion in der Bundesrepublik Deutschland erworben. Es ist ein ungewöhnliches Porträt, da der Originalrahmen und sogar das Etikett auf der Rückseite erhalten sind.

Über 50 Arbeiten Romanas Borisovas’

Ein Großteil der ausgestellten Werke ist dem Thema Königsberg als Hafenstadt gewidmet. Eine Karte von Königsberg aus dem Jahre 1641 gilt als eine der ältesten. Ein großer Zyklus der Werke zeugt von der Krönung Wilhelm I. Ein weiteres Thema ist die Gründung der Universität Albertina.

Gleichzeitig findet in der Kunstgalerie noch eine weitere Ausstellung des Künstlers und Seglers aus Memel (Klaipeda) Romanas Borisovas statt. In „Geschichte in Aquarellen“ werden über 50 seiner Arbeiten gezeigt, deren Hauptthema die „Architekturdenkmäler Ostpreußens“ sind. Auf den Bildern sieht der Betrachter Kirchen, Schlösser, private Gutshäuser in dem heutigen Zustand. *J. T.*

Die Ausstellung ist noch bis Ende März in der Kunstgalerie Königsberg, Moskowskij prospekt 62, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

»Eis gebrochen«

Finissage von »Daheim an der Donau«

Baden-Württembergs Landesbeauftragter für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler, Innenminister Heribert Rech, hat die deutsch-serbische Wanderausstellung „Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina" an ihrer ersten Station in Neusatz (Novi Sad) vergangenes Jahr eröffnet (die *PAZ* berichtete) – und sie nun an ihrer letzten Station, der Vertretung des Musterländles in Brüssel, auch wieder geschlossen. Der Minister nutzte seine Rede bei der Finissage, Bilanz zu ziehen. Sie fiel positiv aus.

Das öffentliche Interesse an der Darstellung der Geschichte der Donauschwaben in der Batschka, im serbischen Banat und in Syrmien war beachtlich. 15 000 Besucher haben die Ausstellung im Museum der Vojvodina der serbischen Donaustadt Neusatz gesehen. Und im Donauschwäbischen Museum der schwäbischen Donaustadt Ulm war sie mit 3000 Besuchern eine der erfolgreichsten Ausstellungen in der Geschichte des Museums.

Von Neusatz über Ulm nach Brüssel

„Das Eis ist gebrochen" – dieses positive Bild des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Donauschwaben bei seiner Rede anlässlich der Ausstellungseröffnung in Ulm machte sich Rech zu eigen. In diesem Zusammenhang begrüßte der Minister die Annäherung zwischen Serbien und der Europäischen Union. Unter Hinweis auf Napoleons Wort „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft" bekräftigte der Minister seine Bemühungen, in den kommenden Jahren im Rahmen eines Schülerwettbewerbs einen Jugendaustausch zwischen der Vojvodina und Baden-Württemberg zu ermöglichen. *Manuel Ruoff*

Wieder zweisprachig

Der Unterricht an der Grundschule in Ratibor-Studen ist wieder bilingual

Ohne Hartnäckigkeit geht in der Politik wenig – auch und gerade in der Minderheitenpolitik. Der Fall des im Januar abrupt abgebrochenen und seit dem 1. März wieder aufgenommenen zweisprachigen deutsch-polnischen Unterrichts an der Grundschule in Ratibor-Studen ist in dieser Beziehung besonders aufschlussreich.

Die Motive des am 15. Januar von Direktor Jan Goldman wegen „Unvereinbarkeit mit den rechtlichen Vorschriften" verkündeten sofortigen Wechsels zu rein polnischsprachigem Unterricht liegen noch immer im Dunkeln. Eine schriftliche Begründung gibt es bis heute nicht. Wohlwollende Erklärungen laufen darauf hinaus, dass es sich um einen aus innerpolnischen Bürokratismen resultierenden Schnellschuss gehandelt habe und/oder tatsächliche Unstimmigkeiten zwischen der Rechtslage und der Schulsituation im von vielen Deutschen bewohnten Ratiborer Stadtteil Studen ursächlich seien. Die polnische Bildungsverordnung aus dem Jahr 2007 sieht nämlich nur den erweiterten sogenannten „muttersprachlichen" Deutschunterricht mit wenigen zusätzlichen Deutschstunden zum ansonsten polnischsprachigen Lehrprogramm vor, eigene Minderheitenschulen oder aber drittens das Angebot durchgehender Bilingualität, das – abgesehen von den Ausnahmen Polnisch und polnische Geschichte – alle Fächer erfassen muss. Letzteres war an der Studener Grundschule bisher jedoch nicht gegeben.

Die Motive des Schuldirektors liegen im Dunkeln

In der Nachbarwoiwodschaft Oppeln hatte es im Herbst 2009 in Salzforst (Solarnia) einen ähnlich gelagerten Vorfall gegeben, der mit der gütlichen Einigung endete, den bilingualen Unterricht auf alle Fächer auszudehnen. Vielleicht beabsichtigte Schuldirektor Goldmann mit seinem spektakulären Vorgehen eine Anpassung an die im Oppelner Schlesien bereits durchgesetzten und mit (bis dato für Studen nicht gewährten) finanziellen Zuschlägen verbundenen Standards.

Gegen diese „freundliche" Interpretation spricht das Fehlen einer entsprechenden schriftlichen Begründung. Statt dessen gab es einen großen Kladderadatsch mit Elternversammlung, Protestbriefen, erheblichem Ärger mit dem örtlichen „Deutschen Freundschaftskreis im Bezirk Schlesien" (DFK) und Intervention des in Oppeln ansässigen bundesdeutschen Konsuls Ludwig Neudorfer, der durch die intensive Öffentlichkeitsarbeit der „AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen" auf den Vorfall aufmerksam gemacht wurde. Möglicherweise ging es polnischen Stellen in Ratibor oder Kattowitz um eine gezielte Einschüchterung der deutschen Minderheit in dem so wichtigen Bereich der Schulpolitik.

Wie auch immer: Für die Deutschen in Ratibor endete der Vorfall mit einem beachtlichen Erfolg, denn der zweisprachige Schulbetrieb wurde nicht nur wieder aufgenommen, sondern die zum 1. März vorgelegten neuen Stundenpläne enthalten neben dem fünfstündigen Deutschunterricht pro Woche ein bilinguales Angebot aller Fächer mit Ausnahme von Polnisch und Geschichte und folgen damit den Bestimmungen der Warschauer Bildungsverordnung von 2007. Ohne die gezeigte Hartnäckigkeit der Proteste vieler Beteiligter hätte es aber auch ganz anders ausgehen können. *Martin Schmidt*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

als ich nach Krieg und Flucht ein neues Arbeitsleben in einer norddeutschen Redaktion begann, hing über jedem Schreibtisch die Karikatur eines Mannes, die jeden Schönheitschirurgen geradezu entzückt hätte, weil ihm eine sichere Pfründe für lange Jahre sicher gewesen wäre – hätte sich der Abgebildete unter sein Messer begeben. Trotzdem strahlte dieses von der Natur so sträflich vernachlässigte Männerantlitz eine tröstliche Zufriedenheit und Heiterkeit aus, wohl aufgrund einer Erkenntnis, die der darunter stehende Spruch erklärte: Nobody is perfect! (Niemand ist perfekt!) Sie tröstete doch sehr über manchen Fehler hinweg, den man im stressigen Reporterleben an einer Tageszeitung schon begehen konnte. Ich wünschte, diese Karikatur würde noch immer über meinem Schreibtisch hängen – sie hätte mir auch heute noch Trost gespendet, denn ich war anscheinend für einige Leser nicht „perfect" gewesen, als ich in Folge 8 unserer Kolumne mit einer wunderschönen Radierung schmückte, die ein Stadtpanorama zeigte und mit der Frage versah: „Wer kennt diese ostdeutsche Stadt?" Die Erklärungen kamen prompt und in Fülle, und es wurde auch wieder der Zeigefinger gehoben, ob ich nicht gewusst hätte, dass es Breslau sei und das Bild den berühmten Blick auf die Dominsel zeige, ob ich meine Leser testen wolle, ob in unserer Redaktion wirklich niemand einen Schimmer hätte, na, und so weiter und nicht immer heiter.

Dabei hatte ich es so gut gemeint, als ich diese handkolorierte Radierung wählte, denn nach den letzten Veröffentlichungen – vor allem Fotos von gesuchten Personen – wollte ich unsere Kolumne mit einem Bild illustrieren, das besonders unsere älteren Leser erfreuen sollte, weil es eine geradezu anrührende Beschaulichkeit ausstrahlt. So empfand ich es jedenfalls, als ich es von einem Leser erhielt mit der Bezeichnung „Radierung einer Stadt aus Ostpreußen, handkoloriert, gerahmt", und mit der knappen Frage: „Wer kann mir sagen, wo es ist?" Also so „perfect" war ich jedenfalls, dass ich sofort erkannte, dass es keine ostpreußische Stadt sein konnte, aber doch eine Stadt aus dem alten deutschen Osten, zweifellos hatte ich das Motiv schon gesehen. Aber wann und wo? Die treuen Leserinnen und Leser unserer Ostpreußischen Familie wissen, welch eine Fülle von zumeist schwerwiegenden Fragen in jeder Woche zu bearbeiten sind – die meisten auf dem direkten Wege –, und dass sehr viel Zeit für das Recherchieren dieser Fälle benötigt wird. Also lautete Motiv Nr. 2: Familie hilf!



Diese Postkartenansicht von der Dominsel in Breslau zeigt fast deckungsgleich das Panorama, das der Künstler für seine Radierung ausgewählt hat, die wir in Folge 8 veröffentlichten. (Sammlung Czallner) Bild: privat

Sie hat also geholfen, und ganz besonders möchte ich da unseren Lesern **Peter Perrey** und **Heinz Czallner** danken, die mir – ohne erhobenen Zeigefinger – eine klare Erklärung abgaben: „Das Bild zeigt Breslau. Die beiden Türme rechts sind die des Breslauer Doms. Direkt davor ist die Bischöfliche Residenz zu sehen. Die Kirche links mit der spitzen Turmhaube ist die Kreuzkirche. Das Gebäude ist so hoch, weil es zwei Kirchen übereinander beherbergt. Bei dem Gewässer handelt es sich um die Oder, die von rechts nach links durch das Bild fließt. Der Maler hat hier einen recht berühmten Blick gewählt. Sein Standort war die Promenade am südlichen Oderufer zwischen der Sandbrücke und dem Schiffsanleger." Diesen Blick zeigen auch drei Ansichtskarten, die Herr Czallner uns übersandte und von denen wir eine heute zeigen wollen. Als kleines Dankeschön für alle Schreiber – besonders für die schlesischen! – und als Hommage an die „größte Stadt des Deutschen Ostens", die ich sträflicherweise nicht erkannt hatte. Obgleich ich da einmal in meiner – nun so fernen Jugend – sehr schöne Stunden erlebt habe. Aber da war es bitterkalter Winter gewesen, und ich habe mit Sicherheit nicht an der Promenade gestanden, um den beschaulichen Blick zu genießen.

Leider hat die Sache noch ein Nachspiel. Der Fragesteller gab als Anschrift für die Beantwortung den Namen der Besitzerin des Bildes an, wovon diese nichts wusste. Sie war natürlich unangenehm überrascht, als sie plötzlich Anrufe und E-Mails mit Erklärungen zu der ihr durchaus wohlbekannten Stadt erhielt, zumal sie die *PAZ* nicht kannte. Das hat sich nun geändert, und es wurde in einem versöhnlichen Gespräch der Irrtum aufgeklärt. Das veranlasst mich aber, erneut auf ein Kardinalproblem unserer Wochenkolumne einzugehen. Da unsere *PAZ* auch im Internet zu lesen ist, muss zu jeder Veröffentlichung, also bei der Befragung unserer Leserschaft, eine zustimmende Erklärung des Adressaten vorgelegt werden. Da dies nicht immer der Fall ist, weil viele Fragenden dies für unnötig halten, müssen wir nachfassen, was eine erhebliche Verzögerung bedeutet, vor allem, wenn keine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse angegeben ist, die Nachfrage also auf postalischem Wege erfolgen muss. Bei Online-Anfragen fehlen wiederum Postanschrift und Telefonnummer, diese Angaben sind aber wichtig für mögliche ältere Informanten, die sich nur brieflich oder telefonisch melden können.

Das hat unser Leser **Andreas Braun** aus Meißen geradezu vorbildlich getan. Mit der Bitte, seine Suchfrage in einer der nächsten *PAZ*-Ausgaben in unserer Kolumne zu veröffentlichen, übermittelte er zugleich sein Einverständnis für die Bekanntgabe von Adresse und Telefonnummer. Auch seine Angaben waren präzise, wenn auch sehr knapp, aber deshalb wendet er sich ja an unsere Ostpreußische Familie. Aufgrund der Erzählungen seines 1917 in Schillupönen, Kreis Stallupönen geborenen Vaters **Willy** Braun nimmt er an, dass die Familie Salzburger Abstammung ist. Seitdem er im Internet auf die Webseite des Salzburger Vereins gestoßen ist, beschäftigt er sich intensiver mit seiner Familiengeschichte. Leider brachten seine Nachforschungen bisher wenig ein. Die wichtigsten Ergebnisse: Im Gebiet des Kirchspiels Enzuhnen kommt der Name Braun zwischen 1800 und 1874 bei Hochzeiten und Taufen öfters vor. Leider ist aus dem Gebiet des zuständigen Standesamtes Enzuhnen, später Rodebach, kein Archivmaterial vorhanden. Herrn Brauns Suche konzentriert sich auf seinen Großvater, den Landarbeiter **Johann** Braun, * 3. November 1891 in Schillupönen, später Stolzenau, dort auch wohnhaft bis zur Flucht, dann vermisst. Er war verheiratet mit **Magdalene** geborene **S(ch)lawitzky**, * 25. Oktober 1885 in Kalvari, Litauen. Johann Braun war evangelisch, seine Frau katholischer Konfession. Außer dem Vater des Suchenden, Willy, hatte das Ehepaar noch einen weiteren Sohn **Emil** und eine Tochter **Helene**, später verehelichte **Lobinski**. Magdalene Braun verstarb nach der Rükkkehr aus russischer Gefangenschaft am 4. Juli 1946 in Lommatzsch/Sachsen. Die Hauptfrage von Andreas Braun lautet nun: Wer weiß etwas über die Familien Braun, Schlawitzky oder Lobinski? Vielleicht – so hofft er – gibt es Nachforschungen von Landsleuten, an die er anknüpfen kann. Für jeden Hinweis wäre er dankbar, will auch gerne seine verfügbaren Unterlagen interessierten Lesern zur Verfügung stellen. (Andreas Braun, Kurt-Hein-Straße 2 in 01662 Meißen, Telefon/Fax 03521/728043.)

In dem Ende des vergangenen Jahres veröffentlichen Suchwunsch des Franzosen **Camille Stein** nach seinen westpreußischen Vorfahren, der ja so schnell und glücklich erfüllt wurde, tauchte der Name Janowski auf. Der stieß bei Herrn **Horst Janowski** aus Neubrandenburg auf verständliches Interesse, denn er bemüht sich schon lange, etwas über seine Großeltern zu erfahren, bisher leider vergeblich. Auch seine väterliche Linie führt zurück nach Westpreußen. Sein Vater **Gustav Richard** Janowski wurde am 30. April 1892 in Ruden, Kreis Marienwerder, Standesamt Sodlinen, geboren. Bis 1945 wohnte er in Elbing, Dietrich-Eckart-Straße 11. Die Eltern von Gustav Janowski sollen ein Restgut gehabt haben, das sich wahrscheinlich in oder bei Ruden befand. Dieser Teil Westpreußens kam nach dem Ersten Weltkrieg zu Ostpreußen. Die Familie war evangelisch. Vielleicht führt diese kleine Suchanzeige ja auch zu einem ähnlichen Erfolg wie im Fall Stein. (Horst Janowski, Treptower Straße 6 in 17033 Neubrandenburg, Telefon 0395/5824554.)

Unser Landsmann **Knut Walter Perkuhn**, ein eifriger und engagierter Leser unserer Ostpreußischen Familie, hat wieder ein Anliegen und verbindet es mit einem älteren Suchwunsch, der leider zu keinem Erfolg geführt hat. Zur aktuellen Frage: Es geht um einen in der *PAZ* Folge 6 vom 13. Februar veröffentlichen Glückwunsch zum 90. Geburtstag. Diesen konnte Frau **Edith Leidig**, geborene **Perkuhn**, aus Kuckerneese begehen. Sofort wurde Herr Perkuhn hellhörig, denn er bemüht sich, die Familiengeschichte dieser alten Prussensippe so genau wie möglich zu erforschen, und schrieb sofort an die angegebene Adresse der Jubilarin in 40764 Langenfeld. Leider kam die Post mit dem Vermerk „unzustellbar" zurück. Herr Perkuhn nimmt an, dass die alte Dame wohl inzwischen in ein Seniorenheim gezogen ist, und bittet deshalb die Verwandten oder Bekannten, die diesen Glückwunsch veranlasst haben, ihm die neue Anschrift der Jubilarin zu übermitteln. Aber vielleicht erfährt sie selber von der Suche und meldet sich bei ihrem Namensvetter. Für Knut Walter Perkuhn ist diese hoch betagte Ostpreußin deshalb so wichtig, weil er – und damit kommen wir zur Frage 2 – schon lange eine Verbindung zu Namensträgern aus der Elchniederung sucht. Auch die Ostpreußische Familie hat da leider nicht gespurt, obgleich wir schon zweimal nach der Familie **Rudolf** Perkuhn gesucht haben, die zu Beginn der 30er Jahre einen Hof in Skuldeinen bewirtschaftete. Und dieser Ort liegt ja dicht bei Kuckerneese, dem früheren Kaukehmen. Es könnte sogar sein, dass die Jubilarin aus dieser Familie stammt. Manchmal kommt man eben auch über einen Umweg zum Ziel. Das wünschen wir jedenfalls dem unermüdlichen Familienforscher, der den Namen des alten Prussengottes Pärkunos trägt. Wohlgemerkt ohne „h" – und dazu muss ich nun eine eigene kleine Geschichte beisteuern, die gerade in diese Märztage passt. Ich war noch sehr jung und hatte eine Erzählung geschrieben, in der eine „Hanne Perkuhn" die Hauptrolle spielt. Agnes Miegel hatte sie gelesen, und als ich die Dichterin am 9. März in ihrer Wohnung in der Königsberger Hornstraße besuchte, um ihr mit einem Strauß lila Tulpen – ihren Lieblingsblumen – zum Geburtstag zu gratulieren, meinte sie: „Ihre Geschichte ist gut, ich habe sie gerne gelesen, aber Perkuhn schreibt sich ohne h!" Erinnerungen, die man nie vergisst, auch wenn inzwischen 70 Jahre vergangen sind! Ob mit oder ohne h: Unser Landsmann würde sich über eine Antwort freuen. (Knut Walter Perkuhn, Bergstraße 25 in 29565 Wriedel/Brockhöfe, Telefon 05829/1668.)

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Die Suchfrage von Herrn **Ulrich Ehorn** ist so kurz und knapp gehalten, dass ich sie im Wortlaut wiedergeben kann: „Bei Nachforschungen über meine eigenen Familienangehörigen aus Ostpreußen bin ich auf die Geschwister **Elsbeth** und **Karl Lange** aus Thulpörschken, Kreis Wehlau aufmerksam gemacht worden. Deren Bemühungen, die seit dem Kriege vermisste Mitbewohnerin **Hannelore Weichhaus**, * 1934 in Thulpörschken, ausfindig zu machen, sind leider vergeblich geblieben. Da es sich bei den Geschwistern Lange um bereits betagte Menschen handelt, bitte ich Sie in deren Namen, ihnen bei der Suche nach Hannelore Weichhaus behilflich zu sein." Was wir hiermit gerne tun mit der Hoffnung, dass sich jemand aus dem zur Gemeinde Bartenhof im Kirchspiel Kremitten gelegenen kleinen Ort am Pregel an die Gesuchte erinnert und etwas über ihr Schikksal berichten kann. (Ulrich Ehorn, Clayallee 232 in 14195 Berlin, Telefon 030/8329541.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Boldt, Herbert, aus Ebenrode, jetzt Berliner Allee 21, 40212 Düsseldorf, am 15. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Pultke, Gerda, geb. **Böhm**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Von-der-Recke-Straße 58, 44809 Bochum, am 14. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Romeike, Pauline, geb. **Riewe**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hans-Böckler-Platz 1, 22880 Wedel, am 17. März

Schneider, Gertrud, geb. **Bernoth**, aus Lyck, jetzt Mergelteichstraße 31, 44225 Dortmund, am 16. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Gawlick, Martha, geb. **Suck**, aus Upalten, Kreis Lötzen, jetzt Bahnhofstraße 34, bei Trajkowit, 04680 Colditz, am 5. März

Lukas, Ruth, geb. **Thiem**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, jetzt Bunte Kuh 3, 59174 Kamen-Methler, am 19. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Abramzik, Elfriede, geb. **Rudnik**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Eisenbahnstraße 23, 64584 Biebesheim, am 20. März

Gorski, Gertrud, geb. **Schaefer**, aus Borken, Kreis Treuburg, jetzt Stettiner Straße 13, 40668 Meerbusch, am 21. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bloch, Martha, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, jetzt Weilerbachstraße 29, 73037 Göppingen, am 17. März

Brozio, Anni, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Ludwig-Jahn-Straße 38, 23611 Bad Schwartau, am 20. März

Junkereit, Emil, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, jetzt Holzschuherring 44, 91058 Erlangen, am 21. März

Meins, Frieda, geb. **Dormeyer**, aus Stradauen, Kreis Lyck, jetzt Mönkhofer Weg 60a, 23562 Lübeck, am 16. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Galensa, Herta, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Carl-Goerdeler-Straße 13, 28327 Bremen, am 18. März

Rupp, Anna, geb. **Rowek**, aus Groß Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Erikaweg 8, 40723 Hilden, am 1. März

Wenzek, Käte, geb. **Wichmann**, aus Lyck, Danziger Straße, jetzt Brunkenwinkel 24, 29664 Walsrode, am 15. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Altkrüger, Gertrud, geb. **Korpies**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, jetzt Donaustraße 21, 30519 Hannover, am 20. März

Eickels, Hedwig,von, geb. **Podien**, aus Hoheneiche, Kreis Elchniederung, jetzt Klosterstraße 4, 50126 Bergheim, am 21. März

Enseleit, Erich, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, jetzt 2756 West Avenue, 14108-121 Newfane, N.Y., USA, am 20. März

Jester, Herta, geb. **Krause**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, jetzt Schulstraße 9, 65594 Runkel, am 19. März

Niski, Elfriede, geb. **Danielzick**, aus Erben, Kreis Ortelsburg, jetzt Bonnerstraße 4, 42697 Solingen, am 18. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baronas, Kurt, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hebbelstraße 3, 25551 Hohenlockstedt, am 22. März

Buchholz, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 28, jetzt Dreieichring 44, 63067 Offenbach, am 17. März

Hombosch, Ottilie, geb. **Wanda**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Stossdorfer Straße 2, 53773 Hennef, am 21. März

Lenz, Johanna, geb. **Grygo**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Münsterstraße 21, 44534 Lünen, am 18. März

Nagel, Erika, geb. **Fischer**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hesterberg 26, 24837 Schleswig, am 13. März

Stiebler, Christel, geb. **Dyck**, aus Laschmieden, Kreis Lyck, jetzt Am Ufer 2, 59427 Unna, am 15. März

Szislo, Liesbeth, geb. **Czerwonka**, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Osningstraße 1, 49124 Georgsmarienhütte, am 19. März

Weiss, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Lötzen und Kruglanken, jetzt Heekweg 50, 48161 Münster, am 3. März

Zerbin, Hildegard, geb. **Schmidt**, aus Ebenrode, jetzt An der Bahnbrücke 2, 18311 Ribnitz-Damgarten, am 15. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baum, Margarete, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Wellenkamp 3, 31224 Peine, am 21. März

Böhmer, Doris, geb. **Putzki**, aus Wehlau, Krumme Grube, jetzt Stromtal 10, 14822 Brück, am 20. März

Brunko, Lina, geb. **Lacinski**, aus Nussdorf, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 16, 16259 Wollenberg, am 21. März

Fierke, Eva, geb. **Klein**, aus Königsberg, Wilmannstraße 3, jetzt Scarborough/Ontario, 2365 Kennedy RD,#1906, Kanada, am 19. März

Gawlista, Ottilie, geb. **Wawrzyn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, jetzt Nordring 20, 44787 Bochum, am 15. März

Hagemann, Ingeburg, geb. **Tunat**, aus Ebenrode, jetzt Wiesenweg 1, 25462 Rellingen, am 20. März

Jesziorowski, Martha, geb. **Kulinna**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Weißenburg-Straße 2, 45663 Recklinghausen, am 6. März

Kondritz, Friedel, geb. **Mill**, aus Birkenau, Am Sportplatz 2, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Gärtnergrund 21, 18195 Tessin, am 19. März

Lemke, Christel, geb. **Rapiau**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt bei Vera Kreis, Berufsbetreuung, Solinger Straße 32a, 34497 Korbach, am 16. März

Lolies, Oskar, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Gundelhardtstraße 39, 65779 Kelkheim, am 19. März

Martens, Lina, geb. **Amberger**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Wokenbarg 2, 22949 Ammersbek, am 18. März

Menzel, Joachim, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt Reinhold-Schneider-Straße 31, 51109 Köln/Rhein, am 17. März

Rahmel, Meta, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Paul-Sorge-Straße 208a, 22455 Hamburg, am 17. März

Sembritzki, Wilhelm, aus Sargensee, Kreis Treuburg, jetzt Biesenstraße 7, 47137 Duisburg, am 19. März

Woeste, Erika, geb. **Doerks**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Snittershofstieg 6, 21077 Hamburg, am 19. März

Wohlgemuth, Ernst, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Richard-Wagner-Straße 41, 63263 Neu-Isenburg, am 1. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bierwald, Alfred, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Salbker Straße 12, 39120 Magdeburg, am 17. März

Bode, Hertha, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Kieselgrund 9, 30455 Hannover, am 15. März

Dietrich, Hedwig, aus Sareiken, Kreis Lyck, jetzt Dominikusstraße 20a, 56073 Koblenz, am 16. März

Dirks, Gertrud, geb. **Kruschewski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt In der Roten Erde 7a, 37075 Göttingen, am 16. März

Dulkies, Urusla, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt An der Klosterkoppel 6, 25436 Uetersen, am 21. März

Geyer, Georg, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Birkeshöhstraße 39, 58540 Meinerzhagen, am 15. März

Gläser, Lisbeth, geb. **Tempel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Waldstraße 4, 56645 Nickenich, am 21. März

Gressik, Willi, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, jetzt Lipper Hellweg 221, 33605 Bielefeld, am 7. März

Knackstädt, Ruth, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Goethestraße 18, 63329 Egelsbach, am 15. März

Kondratzki, Bruno, aus Neidenburg, jetzt Im Langen Kamp 10, 31707 Bad Eilsen, am 15. März

Kreuz, Gertrud, aus Bartendorf, Kreis Lyck, jetzt Bergstraße 4, 02692 Obergurig, am 20. März

Kukies, Günther, aus Schnippen, Kreis Lyck, jetzt Albenhausenstraße 16, 45889 Gelsenkirchen, am 16. März

Kunst, Martha, geb. **Rehberg**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 1, jetzt Wiedenthal 3, 23881 Breitenfelde/Mölln, am 19. März

Meier, Irma, aus Neidenburg, jetzt Grover Straße 64, 31552 Rodenberg, am 21. März

Niederée, Magdalena, geb. **Montkowski**, aus Preußisch Eylau, jetzt Rheinstraße 4, 53545 Linz/Rhein, am 6. März

Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, jetzt Lohmühlenweg 19, 24211 Preetz, am 10. März

Rattay, Karl-Joachim, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, jetzt Meierreiweg 1, 25779 Norderheistedt, am 16. März

Rieger, Elly, geb. **Schöntaube**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Hornisgrindestraße 24, 77855 Achern, am 15. März

Schäfer, Irmgard, geb. **Neike**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Mudersbacher Straße 12, 35644 Hohenahr 3, am 15. März

Schimpf, Anneliese, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Kantor-Schultz-Straße 35, 29451 Dannenberg, am 16. März

Sender, Kurt, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Wiesengrund 4, 25485 Hemdingen, am 17. März

Simon, Waltraut, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt Untere Straße 5, 51688 Wipperfürth, am 21. März

Stange, Hildegard, geb. **Rossmannek**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, jetzt Rübezahlstraße 2, 58455 Witten, am 18. März

Tschoppe, Herbert, aus Königsberg, Altroßgarten, Predigerstraße 39a, jetzt Nordmarkstraße 26, 25980 Westerland/Sylt, am 6. März

Vogel, Helga, geb. **Jankowski**, aus Graiwen, Kreis Lötzen, jetzt Rathausstraße 34/110, 82008 Unterhaching, am 15. März

Wendt, Hans-Heinrich, aus Hoya, Kreis Wehlau, jetzt Oberbogen, 27318 Hilgermissen, am 20. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Appel, Horst, aus Damerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 2, 78087 Mönchweiler, am 15. März

Brandt, Lieselotte, geb. **Markewitz**, aus Lyck, von Ludendorffstraße 2, jetzt Färberstraße 7, 24534 Neumünster, am 19. März

Bauer, Eva, geb. **Behr**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Georg-Kreuzberg-Straße 15, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, am 15. März

Bengsch, Edith, geb. **Leguttky**, aus Otterwangen, Kreis Wehlau, jetzt Oranienstraße 68, 10969 Berlin, am 21. März

Beutler, Erwin, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Oststraße 12, 48429 Rheine, am 17. März

Böckenhauer, Ruth, geb. **Lisowski**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 19, 15757 Löpten, am 16. März

Börner, Edeltraud, geb. **Hoff**, aus Stobingen, Ripheim, Kreis Wehlau, jetzt Gartenweg 1, 85126 Münchsmünster, am 21. März

Brauer, Elisabeth, aus Almen, Kreis Ebenrode, jetzt Wohlersallee 22, 22767 Hamburg, am 21. März

David, Hedwig, geb. **Ziegler**, aus Lyck, jetzt Siegfriedstraße 13, 23562 Lübeck, am 17. März

Freynhagen, Jürgen, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Grevesmühlenstraße 32, 13059 Berlin, am 21. März

Friedebold, Helga, geb. **Müller**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Elbeweg 8, 32425 Minden, am 19. März

Geiger, Hans, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Wimpasing, 83377 Vachendorf, am 15. März

Grabosch, Horst, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Badener Weg 18, 93059 Regensburg, am 15. März

Grasse, Manfred, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Michelstadter Weg 3, 13587 Berlin, am 16. März

Grzeschkowitz, Rosemarie, geb. **Sell**, aus Ortelsburg, jetzt Kirschenkamp 15, 24145 Kiel, am 21. März

Guthmann, Waltraud, geb. **Keimel**, aus Groß Trakehnen, Neu Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Linsenhof 58, 98617 Helmershausen, am 19. März

Heinz, Irmgard, geb. **Beyer**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Zum Hof 11, 51570 Windeck, am 17. März

Hoffmann, Horst, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Ostenwalder Straße 38, 48477 Hörstel, am 21. März

Holstein, Inge, geb. **Atzpodien**, aus Tilsit, jetzt Richthofenstraße 14, 24768 Rendsburg, am 16. März

Hoppstock, Christel, geb. **Klimmek**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Kopernikusstraße 3, 38855 Wernigerode, am 5. März

Hunold, Edeltraut, geb. **Hennig**, aus Ortelsburg, jetzt Bruno-Brockhoff-Straße 2f, 16816 Neuruppin, am 17. März

Kirstein, Gerhard, aus Lyck, Arno-Kallweit-Straße 19, jetzt Dresdenstraße 146, 38124 Braunschweig, am 19. März

Köhler, Ilse, geb. **Arbandt**, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, jetzt Goethestraße 7, 36460 Merkers, am 18. März

Kokon, Reinhold, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Fümmelser Straße 74, 38304 Wolfenbüttel, am 18. März

Korb, Elfriede, geb. **Wierzeiko**, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, jetzt Züricher Straße 97, 28325 Bremen, am 3. März

Kusch, Eva-Maria, geb. **Kraska**, aus Wehlau und Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 50, jetzt Beim Herbstenhof 15/2, 72076 Tübingen, am 21. März

Lippick, Adolf, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Galgenbergstraße 14, 66482 Zweibrücken, am 21. März

Nagorny, Gerda, geb. **Nagorny**, aus Gailau, Kreis Lyck, jetzt Sommerritzer Straße 33, 04626 Schmölln, am 16. März

Naumann, Sieglinde, geb. **Hinkel**, aus Treuburg, jetzt Alte Marktstraße 13, 44801 Bochum, am 16. März

Niedanowski, Johann, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Schloßstraße 1, 79295 Sulzburg, am 21. März

Perlowski, Klaus, aus Lyck, Steinstraße 37, jetzt Obere Fuhr 40, 45136 Essen, am 20. März

Polster, Elfriede, geb. **Zacharias**, aus Lyck, Steinstraße, jetzt Papenstraße 2c, 18439 Stralsund, am 20. März

Prösch, Meta, geb. **Pawlitzki**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Körschower Straße 15, 19243 Wittenburg, am 20. März

Radtke, Erwin, aus Motitten, Kreis Mohrungen, jetzt Butenkamer 19, 46325 Borken, am 18. März

Ramisch, Ilse, geb. **Peczkowski**, aus Gorau, Kreis Neidenburg, jetzt Albert-Förster-Straße 7, 03042 Cottbus, am 20. März

Scharmacher, Helmut, aus Gardwingen, Kreis Samland, jetzt Blumenstraße 43, 45219 Essen, am 17. März

Schlasze, Christel, geb. **Waschk**, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Roermonder-Bahn 107, 41844 Wegberg, am 18. März

Steinmann, Johanna, geb. **Osenger**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Borlinghauser Straße 10, 59557 Lippstadt, am 16. März

Sylla, Helmut, aus Rodental, Kreis Lötzen, jetzt Trakehner Hof Neu-Rodental, Kraunskamp 2, 30938 Großburgwedel, am 11. März

Utke, Ursula, geb. Schulz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Böcklerstraße 1, 58099 Hagen, am 18. März

Unterberg, Anneliese, geb. **Glaeske**, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Herzberger Straße 48, 37520 Osterode/Harz, am 14. März

Urbschat, Maria, geb. **Dargus**, aus Wehlau, Grabenstraße, jetzt Klawitterstraße 7, 28279 Bremen, am 18. März

Wallraven, Leo, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Wiesengrund 11, 56323 Waldesch, am 17. März

Wascher, Ruth, geb. **Bilitzka**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Waldenbucher Straße 19, 71032 Böblingen, am 17. März

Wysotzki, Irmgard, geb. **Jendral**, aus Neidenburg, jetzt Andersenstr. 7, 30177 Hannover, am 18. März



Waltemathe, August, und Frau Magdalene, geb. **Link**, aus Kiesfelde, Kreis Schloßberg, jetzt An der Bahn 28, 24613 Aukrug, am 12. März

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Vorstand tagte im Rotenburger Kreishaus – Dieser Winter hat uns etwas an die strengen Winter in Ostpreußen und an die Flucht vor der Roten Armee vor 65 Jahren im Januar/Februar 1945 bei Eis und Schnee und Minustemperaturen von über 20 Grad Celsius erinnert. Wenige Tage vor der 52. Heimatpolitischen Tagung in Rotenburg (Wümme) am 27./28. Februar 2010 waren die Straßen aber wieder eisfrei. Die Tagung war wieder gut besucht und wer nicht dabei war, hat etwas versäumt. Im zeitlichen Zusammenhang traf sich der Vorstand zu seiner ersten Vorstandssitzung im Jahr 2010 im Rotenburger Kreishaus. Die Sitzung begann pünktlich um 10.15 Uhr am 27. Februar 2010, zu der Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski alle Vorstandsmitglieder begrüßen konnte. Als Gastgeber begrüßte Kreisoberamtsrat Gerd Fricke vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Sitzungsteilnehmer mit herzlichen Worten. Durch den langen Winter kann leider der vorgesehene Fertigstellungstermin zum 31. Dezember 2010 für den Um- beziehungsweise Erweiterungsbau Am Weicheler Damm in Rotenburg nicht eingehalten werden. Unsere Geschäftsstelle muss also voraussichtlich bis Mitte März 2011 am gegenwärtigen Standort (Kaufhaus Vögele) in der Rotenburger Innenstadt verbleiben. Am Weicheler Damm wird das dortige Sitzungszimmer den Namen „Angerburg“ erhalten, so Kreisoberamtsrat Gerd Fricke. Eingehend besprochen wurde das Programm für die 56. Angerburger Tage am 11./12. September 2010. Die niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, Mechthild Ross Luttmann wird in der Feierstunde am Sonntag, 12. September 2010, 11 Uhr, in der Aula des Rotenburger Ratsgymnasiums die Gastrede halten. Am Abend vorher wird der international bekannte Fotograf Helfried Weyer seine und unsere Heimat Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ auf einer Großleinwand zeigen. Das wird ein weiterer Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage werden. Am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche auf dem Kreishausgelände soll vor der Kreistagssitzung am 11. September, 9 Uhr, unserer Verstorbenen gedacht und ein Kranz niedergelegt werden. auch dazu bitten wir um eine rege Beteiligung. Eine Kaffeefahrt ist auch wieder geplant. Abfahrt um 13.30 Uhr beim Hotel am Pferdemarkt. Voraussetzung ist jedoch eine Mindestteilnehmerzahl von 25. Der Termin für die 53. Heimatpolitische Tagung im nächsten Jahr wurde auf den 26./27. Februar 2011 festgelegt und Entscheidungen über die Referenten getroffen. Auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen im nächsten Jahr am 28./29. Mai 2011 auf dem Gelände der Messe in Erfurt wird sich unsere Kreisgemeinschaft wieder angemessen präsentieren. Der Vorstand bittet um rege Beteiligung an allen Veranstaltungen und Berücksichtigung der genannten Termine bei ihren Reisebeziehungsweise Urlaubsplanungen. Susanne Hagen berichtete über die redaktionelle Arbeit am Angerburger Heimatbrief, der Pfingsten die Leser im In- und Ausland erreichen soll. Unsere Schatzmeisterin Brigitte Junker informierte die Sitzungsteilnehmer über den Jahresabschluss für das Jahr 2009. Es konnte ein kleiner Überschuss erwirtschaftet werden. außerdem wurden organisatorische und personelle Angelegenheiten besprochen. Nach einer teilweise anregenden Diskussion konnte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski die Sitzung zum vorgesehenen Zeitpunkt beenden und dankte allen Sitzungsteilnehmern für ihre konstruktive Beteiligung. Die nächste Vorstandsitzung ist auf den 10. September 2010 terminiert.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

„Kant – der Europäer“ – Eine besondere Ausstellung (Kant – der Europäer) zeigt das Museum Stadt Königsberg in Duisburg. Die Ausstellung ist Teil des Programms „Kulturhauptstadt Europas: Essen/Ruhrgebiet“, steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten Prof. Lammert und wird am 24. April 2010 in der Salvatorkirche in Duisburg eröffnet. Der von Prof. Dietzsch betreute wissenschaftliche Begleitband steht unter dem gleichen Titel wie die Ausstellung, die bis Januar 2011 zu sehen ist.



LÖTZEN

kom. Kreisvertreter: Siegfried Koyro, Hachmeisterstraße 20, 31139 Hildesheim, Telefon / Fax: (05121) 924096, Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Ergebnis der Kreistagswahl 2010 (Zusammenfassung) – Der Abschluss der Prüfung ergab folgendes: Anzahl der eingesandten Wahlkarten 804, davon eine ungültig, keine Stimmenthaltung, gültige Wahlkarten 803. Gesamtzahl der Stimmen: 7639. Aufgrund der pro Kandidaten abgegebenen Stimmen ergibt sich die folgende Platzfolge: Kawlath, Nora (604); Trinker, Paul (603), Eichler, Ute (585); Erdt, Hans-Werner (583); Rimmek, Werner (535); Eichler, Dieter (532); Fago, Helga (512); Reck, Klaus (492); Koyro, Siegfried (455); Pott, Peter (418); Broszio, Ernst Georg (400); McKenna, Karin (325); Kickstein, Manfred (312); Sawatzki, Bernd (295); Panienka, Frank-D. (275); Rothkamm, Heinz (262); Schön, Gerhard (246), Peldszus, Peter (205). Damit sind die Kandidaten von Platz ein bis zwölf in den Kreistag gewählt. Gemäß Nr. 1 Buchstabe h der Kreisordnung gelten alle weiteren auf den Wahlkarten benannten Kandidaten (Platz 13 bis 18) als Ersatzmann beziehungsweise -frau gewählt.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Der Kreisausschuss tagte – Am 19. und 20. Februar 2010 tagte der Kreisausschuss zusammen mit dem Arbeitskreis „Mittlere Generation“ im Ostheim in Bad Pyrmont. Als Nachfolger für Günter Saczinski wurde Lothar Jegull (Sarken) und für Willi Komossa wurde Günter Zeisig (Kölmersdorf) in den Kreistag gewählt. Die Aufgaben innerhalb des Kreisausschusses wurden teilweise neu verteilt. Die Protokollführung übernahm Dieter Czudnochowski (Morgengrund). Bärbel Wiesensee (Mostolten) wurde zur Archiv- und Kulturwartin gewählt. Einen breiten Raum in der Beratung nahm das diesjährige Kreistreffen, das am 28. und 29. August in der Patenstadt Hagen/Westfalen stattfindet, ein. Es wurden Programm-Änderungen beschlossen, die im diesjährigen Hagen-Lycker Brief veröffentlicht werden, der Ende Mai erscheinen wird. Im Anschluss an die Kreisausschusssitzung tagte der Arbeitskreis „Mittlere Generation“. Der Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Dr. Manuel Ruoff, hielt einen interessanten Vortrag über die Landsmannschaft Ostpreußen und die *PAZ*. Der Arbeitskreis beschloss, Ende September das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu besichtigen. Nähere Einzelheiten bei Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: rgraef@freenet.de. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon (04122) 55079.

Das Heimatkreis-Treffen 2010 – findet am 18. und 19. September in Bad Nenndorf statt. Am Freitag, 17. September tagt der Kreistag in Bad Nenndorf. Nähere Einzelheiten findet man in der MHN 120, die kurz vor Ostern erscheinen wird.

Neue Archivräume – Seit dem 7. Januar hat die Kreisgemeinschaft neue Archivräume. Das Alte Archiv liegt nur 1000 Meter vom Neuen Archiv in Gießen, Rodheimerstraße 33. Um eine schnelle Neueinrichtung mit effektiven Arbeitsmöglichkeiten zu ermöglichen, sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft eingeladen, vom 9. bis 13. Mai an der Archivwoche teilzunehmen. Es sind Bücherregale zu installieren und Bilder aufzuhängen. Weiterhin sind Akten und Bücher einzuordnen und viele Bilder und Dokumente einzuscannen. Wer möchte, kann nur an einem Tag oder an mehreren nach Gießen kommen. Anmeldung bitte beim Kreisvertreter (siehe oben). Wir (Frank Panke und Wolfgang Warnat) würden über eine große Beteiligung freuen, denn Arbeit ist genug da.

Reise nach Ostpreußen – Es sind noch Plätze frei: elf Tage, HP vom 26. Juni bis 6. Juli 2010, Doppelzimmer 799 Euro, Einzelzimmer 879 Euro, Fahrten im klimatisierten Nichtraucher-Komfortreisebus mit WC, Getränkeservice, und Imbiss-Möglichkeiten, auf Wunsch mit Beinliegen gegen einen Aufpreis 100 Euro pro Person, dadurch haben Sie 40 Prozent mehr Beinfreiheit. Zustiegsmöglichkeiten an Raststätten an der BAB2 und in Berlin-Michendorf. Reiseleitung: Wolf-Rüdiger v. Halfern, Zwischenübernachtung in Stettin im Vier-Sterne-Hotel Radisson SAS. Anschließend Weiterfahrt nach Maldeuten in das Gutshaus Zöpel. Alle Zimmer sind mit Dusche / WC und Fernseher. Hier ist der Ausgangspunkt für sämtliche Ausflugsfahrten. Tagesfahrten mit Stadtführungen: Danzig, Elbing, Frauenburg, Heilige Linde, Allenstein, Hohenstein zum Freilichtmuseum, und eine Schifffahrt auf dem Oberlandkanal, von Elbing nach Buchwalde über alle Rollberge, anschließend fahren wir zur Marienburg, die wir mit einer Führung besichtigen. Reiseinfo und Buchungen bitte bei: Wolf-Rüdiger v. Halfern, Luxemburger Allee 48, 45481 Mülheim an der Ruhr, Telefon (0208) 470353, Mobiltelefon (0177) 4137100, E-Mail: vonhalfern@web.de

Tagung der Kreisgemeinschaft – Die Kreisgemeinschaft Mohrungen tagte im Konferenzraum der Landsmannschaft Ostpreußen in Hamburg Mit der Kreisgemeinschaft Mohrungen (KGM) tagte zum ersten Mal eine Kreisgemeinschaft im neuen Gebäude der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in der Buchtstraße. Nachdem der Kreisausschuss der KGM 2009 im Ostheim (Bad Pyrmont) getagt hatte, wurde diesmal eine Sitzung in Hamburg anberaumt, weil die meisten der zehn Mitglieder in der Nähe von Hamburg zuhause sind. Am weitesten hatte es der neue Schatzmeister Frank Panke aus Berching, einer Stadt in Bayern. Mit Hilfe der LO hatte die stellvertretende Kreisvertreterin Ingrid Tkacz die Tagung so organisiert, dass die Teilnehmer im Hotel Mare und Hotel Miramar in der Armgartstraße schlafen konnten. Am Freitag, 4. Februar, fand der erste Teil der Sitzung im Hotel Mare statt, um dann am Samstag im neuen Gebäude der LO in der Buchtstraße, die nur um die Ecke liegt, fortgesetzt zu werden.

Um 9.30 Uhr nahmen die Mitglieder des Kreisausschusses im Konferenzraum Platz, um ihre Sitzung fortzusetzen. Die Tagesordnung enthielt 17 Punkte, von denen man am Vortag bereits neun abgehandelt hatte. Am Anfang standen die Ehrungen. Gisela Harder wurde für ihre jahrzehntelangen Verdienste mit der Silbernen Ehrennadel der LO und dem Großen Ehrenzeichen in Gold der KGM ausgezeichnet. Wolfgang Warnat erhielt das Ehrenzeichen in Silber als Anerkennung für seine Arbeit als langjähriger Schatzmeister, Archivleiter und aktiver Kreisvertreter. Frau Krahn und Frau Tkacz berichteten von zwei Ereignissen, die im alten Kreis Mohrungen, der im polnischen Teil von Ostpreußen liegt, stattgefunden haben. In Altstadt (Stare Miasto), konnte die Übergabe und Weihe einer Orgel erfolgen, die von einem Dresdner Orgelbauer in eine sonst noch vollständig erhaltene Kirche eingebaut wurde. Dies war möglich geworden, weil der Enkel des ehemaligen Pfarrers, der heute in USA lebt, durch eine Großspende viele andere veranlasst hatte, ebenfalls für eine neue Orgel in dieser ‚wunderschönen Kirche zu spenden. Die ehemalige Herderschule in Morag/Mohrungen heißt heute „Leon-Kruczkowski-Lyzeum“. Mehrere Versuche, dieser Schule wieder den alten Namen zu geben, waren gescheitert, aber man war mit den polnischen Behörden zu folgender Lösung gekommen: Zum Andenken an Johann Gottfried Herder, der in Mohrungen 1744 geboren wurde, heißt die Aula jetzt Herderaula, was durch eine deutsche und polnische Gedenktafel an der Eingangstür dokumentiert wird. Um 11 Uhr begrüßte der Referent für Heimatpolitik und Bruderhilfe der LO, Peter Wenzel, die Teilnehmer dieser Sitzung und erwähnte, dass die KGM die erste Kreisgemeinschaft ist, die in dem neuen Gebäude der LO in der Buchtstraße tagt. Er erläuterte die Funktionen im neuen Gebäude in der Buchtstraße, in dem LO und PAZ auf drei Stockwerken untergebracht sind. Zum Schluss verteilte er die überarbeitete Broschüre „Ostpreußen, was ist das“ und ein Buch mit der Dokumentation des 7. Deutsch-Polnischen-Kommunalpolitischen Kongresses der LO in Frankfurt (Oder) und wünschte der Sitzung einen guten weiteren Verlauf.

Der Kreisvertreter bedankte sich, dass diese Tagung in dem Haus der Landsmannschaft stattfinden konnte und gab Frau Harder das Wort für den nächsten Tagesordnungspunkt. Sie hat sich schon lange mit der Geschichte von Mohrungen in Ostpreußen beschäftigt. Dabei hat sie herausgefunden, dass es im Südharz die Stadt Sangerhausen mit einem Stadtteil Morungen gibt. Morungen hat heute 210 Einwohner, zwei Schlösser, zwei Burgen und einen

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Freitag, 12. März, 20.15 Uhr, 3sat: Trümmerjahre am Rhein, Ruhr und Weser (3/4) – Aufbruch zur Demokratie.
Sonnabend, 13. März, 20.15 Uhr, Vox: Das Böse nebenan – Wenn Menschen zu Bestien werden.
Sonnabend, 13. März, 21 Uhr, Phoenix: Als der Osten Westen wurde (1/2).
Sonnabend, 13. März, 21 Uhr, Arte: So entstand der Koran.
Sonnabend, 13. März, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Die Irrfahrt der St. Louis.
Sonnabend, 13. März, 22.30 Uhr, Phoenix: Die Todesreiter von Dafur.
Sonntag, 14. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 15. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Rommels Krieg.
Montag, 15. März, 21 Uhr, ARD: Der Krieg – Sieg und Niederlage.
Montag, 15. März, 21 Uhr, Phoenix: Rommels Schatz – Kriegsbeute aus Afrika.
Montag, 15. März, 22.15 Uhr, Sat.1: Die Grenze – Rechtsextremismus.
Dienstag, 16. März, 20.15 Uhr, RBB: Die Hitlers – Eine Familiengeschichte.
Dienstag, 16. März, 21 Uhr, ZDF: Sterben für Afghanistan – Deutschland im Krieg.
Mittwoch, 17. März, 20.15 Uhr, Arte: Ich war ein Kamikaze – Überlebende japanische Selbstmord-Piloten im Zweiten Weltkrieg.
Mittwoch, 17. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte – Die russische Botschaft; Die Glienicker Brücke.
Mittwoch, 17. März, 00.35 Uhr, ZDF: Verzockt, verloren, verstaatlicht – Was kostet uns die Hypo Real Estate?
Donnerstag, 18. März, 23.45 Uhr, SWR: Izbica – Drehkreuz des Todes.
Freitag, 19. März, 20.15 Uhr, 3sat: Trümmerjahre an Rhein, Ruhr und Weser (4/4) – Die Stunde der Malocher.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

sehr aktiven Heimatverein, der im Juni 2010 die 1111-Jahr-Feier ausrichten wird. Man vermutet, dass zu Beginn des 13. Jahrhunderts Siedler dieses Dorfes nach Ostpreußen gekommen sind und ihrer neuen Ansiedlung den Namen Mohrungen gegeben haben. Der Leiter des Heimatvereins, Herr Krause, wird den Teilnehmern des Heimatkreistreffens 2010 in Bad Nenndorf bei seinem Festvortrag am 19. September noch mehr darüber erzählen können. Dazu wird es eine Ausstellung geben, die im Einzelnen die geschichtlichen Vorgänge darstellten wird. Die vielbesuchten Internetseiten der KGM www.mohrungen.eu haben jetzt einen neuen Betreuer. Siegfried Krause wurde vom Kreisausschuss als Webmaster bestätigt und zum neuen kommissarischen Mitglied des Kreisausschusses ernannt, was der Kreistag bei seiner nächsten Sitzung noch bestätigen muss.

Es war 13.15 Uhr, als der Kreisvertreter der KGM Wolfgang Warnat sich für die gute und harmonische Zusammenarbeit bedankte und die Sitzung als beendet erklärte. Ein kleines Präsent erhielt noch Frau Tkacz, die diese Sitzung geplant und hervorragend organisiert hatte. Ein Wiedersehen wird es für die meisten Teilnehmer erst auf der nächsten Kreistags-Sitzung am 17. September in Bad Nenndorf geben, wo am nachfolgenden Wochenende das nächste Heimatkreistreffen der KGM stattfinden wird.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf – Gemäß § 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2006 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreisdatei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 3. April 2010 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses Herbert Kalwa, Hölderlinstraße 22a, 22607 Hamburg, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vornamen, Namen (auch Geburtsnamen), Geburtsdatum und jetzige Anschrift enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Dr. Martin Armgart, Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Frank Jork, Benno Kaden, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Wir fahren auch in diesem Jahr nach Ostpreußen – Endgültiger Ablauf unserer Bus- und Schiffsreise im Juni 2010 nach Wehlau und Königsberg festgelegt. Die Fähren und die Hotels sind gebucht, alle Termine bestätigt. Einem reibungslosen Ablauf unserer Busreise in das nördliche Ostpreußen steht nichts mehr im Wege. Hier noch einmal das endgültige Programm: Donnerstag, 3. Juni: 13 Uhr, Abfahrt in Hamburg, Busfahrt nach Rostock, Fähre Rostock–Gotenhafen, Übernachtung auf der Fähre. Freitag: Fr Mit dem Bus von Gotenhafen über Frauenburg nach Königsberg. Stadtrundfahrt in Königsberg, Übernachtung im „Hotel Kaliningrad“. Sonnabend: Ausflug in den Kreis Wehlau. Wehlau, Tapiau, Allenburg und andere Orte, Übernachtung im „Hotel Kaliningrad“. Sonntag: Ausflug nach Pillau, Palmnicken und Rauschen. Übernachtung im „Hotel Kaliningrad“. Montag: Ausflug in den Kreis Wehlau und andere Unternehmungen. Übernachtung im „Hotel Kaliningrad“. Dienstag: Große Stadtrundfahrt in Königsberg, Ausflugsfahrten nach Absprache, Übernachtung im „Hotel Kaliningrad“. Mittwoch: Mit dem Bus über Cranz nach Nidden, Übernachtung im „Hotel Nidos Smilte“. Donnerstag: Nidden, Schwarzort, Memel, Fähre Memel–Kiel, Übernachtung auf der Fähre. Freitag: Mit dem Bus von Kiel nach Hamburg. Ankunft in Hamburg nach 20 Uhr. Der Reisepreis beträgt: je Person 899 Euro im Doppelzimmer, Einzelzimmer-Zuschlag 168 Euro, für sechs Hotelübernachtungen. In diesem Preis enthalten sind sechs Hotelübernachtungen im Doppelzimmer und zwei Schiffspassagen in einer Doppelkabine mit Halbpension (Einzelkabinen bei Zuzahlung bedingt möglich), Visagebühren, Nehrungsgebühr, Reiserücktrittsversicherung, Auslandskrankenversicherung und Reiseleitung (Dolmetscher) in Russland. Nicht enthalten sind Eintrittsgebühren bei zusätzlich gewünschten Besichtigungen, dem Orgelkonzert im Königsberger Dom, der Schiffsfahrt im Königsberger Hafen und auf dem Kurischen Haff und das Mittagessen auf der Fähre Kleipeda (Memel) – Kiel. Weitere Informationen können Sie bei Gerd Gohlke anfordern. Die verbindliche Anmeldung sollte bis zum 31. März 2010 an „Schnieder Reisen“ oder Gerd Gohlke erfolgen. Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. Gerd Gohlke. Bitte teilen Sie uns auch Ihre E-Mail Adresse mit. Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586, Mobil (0171) 3185170, Fax (04241) 7427, E-Mail: gerd.gohlke@t-online.de oder gerd.gohlke@wehlau.net. Schnieder Reisen, Carsten Okkens, Hellbrookkamp 29, 22177 Hamburg, Telefon (040) 3802060, Fax (040) 388965, E-Mail: c.okkens@baltikum24.de

Die »Heimatarbeit« auch im Internet-Archiv: www.preussische-allgemeine.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch 17. März, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag von Wolfgang Ignée über „Das Retablissement Ostpreußens“ (Wiederaufbau). Dies ist die erste Veranstaltung der diesjährigen Vortragsreihe der Landesgruppe. Wolfgang Ignée, geboren in Königsberg, war Feuilletonleiter der Stuttgarter Zeitung von 1970 bis 1993 und Autor unter anderem des Buches „Masurische Momente“. Nach dem verheerenden Tatareneinfall im 17. Jahrhundert und nach Hungersnöten schlug in Ostpreußen in den Jahren 1709 bis 1711 die Pest zu. Sie raffte bis zu 245 000 der 600 000 Menschen zählenden ostpreußischen Bevölkerung hin. Allein in der Hauptstadt Königsberg wurden 9500 Pesttote beklagt. 8000 Bauernhöfe, vor allem im nördlichen Teil der Provinz, waren über Nacht unbesetzt. Mit einem beispiellosen Programm der „Repeuplierung“ gelang es der preußischen Regierung unter Friedrich Wilhelm I., das Land innerhalb von zwei Jahrzehnten wieder zu besiedeln. Der König verband dabei wirtschaftliche Interessen mit Motiven christlicher Toleranz. Zunächst lud er kalvinistische Glaubensbrüder aus der Schweiz und Deutsche aus Mitteldeutschland ein, das Land wieder zu kultivieren. Dann folgten 1731–1732 an die 17 000 protestantische Glaubensbrüder aus den Gebirgstälern der Salzburger Alpen, die unter Erzbischof Firmian drangsaliert wurden. Rückschläge blieben nicht aus. Dennoch: Die preußische Welt war innerhalb von zwanzig Jahren eine verwandelte. Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion. Der Eintritt ist frei.

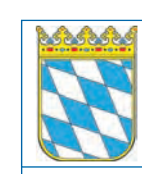
Buchen – Donnerstag, 25. März, Fahrt zum „Adler“ nach Aschaffenburg mit der Schlagersängerin Gaby Baginsky. Auf dem Programm stehen: Frühstück, Modenschau und eine musikalische Kaffee-Einkehr. Busabfahrtzeiten sind zu erfragen unter Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 20. März, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Königsberger Klops-Essen im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Mittwoch, 24. März, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Stuttgart – Sonnabend, 13. März, 11 Uhr, 3. Ostermarkt der Landsmannschaften im Haus der Heimat. Die Landsmannschaften stellen sich und ihre jeweiligen Osterbräuche vor. Veranstaltet wird der Ostermarkt durch die DJO Baden-Württemberg (Hartmut Liebscher). Die Landesgruppe Baden-Württemberg und die Kreisgruppe Stuttgart der Ostpreußen sind vertreten durch die Landesvorsitzende Uta Lüttich und den Ersten Vorsitzenden der Gruppe Klaus-Peter Okun. Um zahlreichen Besuch wird gebeten, für das kulinarische Wohl ist gesorgt. – Dienstag, 23. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich, die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Im Märzen der Bauer ...“ – Frühlingsanfang und Osterbräuche.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 20. März, 14.30 Uhr, Treffen in der „Orangerie“, Grüner Saal, zu einer musikalischen Heimatreise aller Landsmannschaften in den Frühling.

Bamberg – Mittwoch, 17. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Tambosi“, Promenade, Bamberg.

Hof – Die Gruppe traf sich zum traditionellen Grützwurstessen im Restaurant Altdeutsche Bierstube. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte die zahlreichen Mitglieder und Gäste. Den Geburtstagskindern des letzten Monats wurde viel Glück und Gesundheit gewünscht. In einem kurzen Vortrag berichtete Christian Joachim von den über tausend Einträgen im Internet, in denen die Grützwurst erwähnt wird. Dies beweist, dass es die Grützwurst in vielen Regionen nach verschiedenen Rezepten gibt. Nach einigen humoristischen Beiträgen, vorgetragen von Hildegard Drogomir und Helmut Starosta, ließen sich die Mitglieder und Gäste die heimische Spezialität gut schmecken. Gut gelaunt und gesättigt saß man noch lange bei fröhlichem Geplauder beisammen – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni 10 sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Telefon (09283) 9416.

Ingolstadt – Sonntag, 21. März, 14.30 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 16. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest mit Gedichten, Liedern und Musik auf der „Insel“.

München – Freitag, 12. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 12. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus“. Auf dem Programm steht ein Diavortrag: „An Haffen und Nehrungen – Kurisches und Fisches Haff“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Osterfreizeit im Ostheim

Bad Pyrmont – Vom 29. März bis 8. April 2010 bietet das Ostheim wieder eine Osterfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einen Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Ambulantes Kuren ist in den ortsansässigen Kliniken und Kureinrichtungen in vielfältiger Weise möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese zehntägige Freizeit kostet im EZ 488 Euro und im DZ pro Person 423 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten VP mit Festmenü an den Feiertagen, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen schriftlich an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. *„Zukunft für Ostpreußen“*

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Berenberg Bank	Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 0056941016	Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 201 200 00	BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 14.März, 15, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 18. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung im Vorstandswahlen der Gruppe im Hotel zur Post, Raum Indonesien/Equador. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Bericht des Vorsitzenden, 5. Ressortberichte, 6. Kassenbericht, 7. Kassenprüfungsbericht, 8. Aussprache, 9. Entlastung des Vorstandes, 10. Satzungsänderungen [Um die Reaktivierung der Landsmannschaft Westpreußen innerhalb der Struktur unserer Landsmannschaft zu vollenden und um auch Vorgaben des Finanzamtes zu entsprechen, sollen die §§ 1 (Name und Sitz), 3 (Zweck, Gemeinnützigkeit), 4 (Mitglieder und Ehrenmitglieder), 9 (Der Vorstand) und 12 (Auflösung) ergänzt oder geändert werden], 11. Beitragsfestsetzung, 12. Neuwahl des Vorstandes, 13. Verschiedenes. Die Punkte eins bis drei der Tagesordnung finden im Rahmen einer geselligen Kaffeetafel statt. Sodann folgen die satzungsgemäßen Regularien der Punkte vier bis 13. Anträge zur Mitgliederversammlung sind an unsere Geschäftsstelle zu richten! Mit dieser Mitgliederversammlung soll das Bemühen um eine Reaktivierung der Landesgruppe Bremen der Landsmannschaft Westpreußen seinen erfolgreichen Abschluss finden. Daher wurde auch die neue Bundessprecherin der Landsmannschaft Westpreußen, Sibylle Dreher, eingeladen, die Gruppe zu besuchen. Sie wird nach Erledigung der Tagesordnung einen Vortrag über Aktuelles aus der Arbeit der Landsmannschaft Westpreußen halten. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbaskowo (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro/DZ beziehungsweise 985 Euro/EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 25. März, 15 Uhr, **Delegiertenversammlung der Landesgruppe** im Haus der Heimat, Teilefeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Gruppenleiter und Delegierten sind herzlich eingeladen. – Sonnabend, 27. März, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilefeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt). Die Landesgruppe ist mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur im zweiten Stock (Fahrtsuhl) vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 10. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe unter dem Motto: „Frühling lässt sein blaues Band“ im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche rund sechs Minuten. Gemäß der Satzung unserer Landesgruppe (§ 9.1) muss eine Neuwahl des Vorstandes durchgeführt werden. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein frühlingshaftes Programm. Organisation und Auskunft bei Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.



Heiligenbeil – Sonnabend, 27. März, 14 Uhr, Frühlingsfest der Gruppe im AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen will man einige fröhliche Stunden in geselliger Runde miteinander verbringen. Dazu gibt es auch einen Film über Ostpreußen. Den Seniorentreff erreicht man mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 26. März.



Insterburg – Mittwoch, 7. April, 13 Uhr, geplanter Vortrag eines Heimatdichters oder Videovortrag im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Königsberg – Donnerstag, 18. März, 14.30 Uhr (Einlass 14 Uhr), Treffen der Königsberger zum traditionellem Klopse-Essen im „Rosengarten“, Alsterdorfer Straße 562, 22337 Hamburg-Ohlsdorf. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Anmeldungen bis zum 12. März an Ursula Zimmermann, Klärchenstraße 21, 22299 Hamburg, Programm wird vorbereitet. Anreise mit U- oder S-Bahn bis Ohlsdorf, Ausgang Friedhof, rechtsherum bis zur Fußgängerampel, diese überqueren und dann gleich rechts.

Sensburg – Sonntag, 14. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anregungen und Bedenken schriftlich oder telefonisch an Kurt Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 72767.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. April, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. März, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: „Ostern in der Heimat“.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Bergstraße – Freitag, 12. März, 18.30 Uhr, 46. Preußische Tafelrunde im Hotel Am Bruchsee, Heppenheim. Die Gruppe lädt zu ihrer 46. Preußischen Tafelrunde ein! Die Veranstaltung findet halbjährlich statt. Nach musikalischen Beiträgen von Renate Habermaier und einem guten Essen wird Reinhard Sablowski ein Referat zum Thema: „Die Mennoniten – Ihre Bedeutung für die Ostbesiedelung“ halten. Da diese Veranstaltung immer auf ein großes Interesse aus allen Kreisen der Bevölkerung trifft, bittet der Veranstalter um eine umgehende Anmeldung. Eintritt ist frei! Interessenten – nicht nur Mitglieder – werden gebeten sich anzumelden unter Telefon (06252) 71476.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont
3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont
21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein
24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Darmstadt – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel hält Ursula Noetzel einen Vortrag über die „Gorch Fock". – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel zeigt Gerhard Schröder Dias von einer Reise nach Nordostpreußen im September 2009.

Wiesbaden – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Unter der Überschrift „Königin der Herzen – Lebensbild der preußischen Königin Luise" hält Helga Kukwa einen Diavortrag. Die Verehrung Königin Luises zu Lebzeiten setzte sich auch nach deren Tode fort, und sie wurde zum Symbol für den Wiederaufstieg Preußens und für die Entwicklung hin zum Deutschen Kaiserreich. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 25. März, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Grützwurst. Es kann natürlich auch nach Speisekarte bestellt werden. Für Platz- und Essensdisposition unbedingt anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. ESWE-Busverbindung: Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: G. Schulz, Bahnhofstr. 30b, 31275 Lehrte, Tel. (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: M. Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: F. Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Schriftliche Anmeldungen bis zum 31. März an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 18. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 25. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Dienstag, 16. März, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 19. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonnabend, 20. März, 11 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen in der Osnabrück Halle. Anmeldung bis zum 6. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Donnerstag, 25. März, 15 Uhr, Literarturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 13. März, 10 Uhr, diesjährige Frühjahrs-Delegierten- und Frauentagung in Oberhausen. Der Vorstand der Landesgruppe lädt Landsleute, Jugend und Freunde Ostpreußens sehr herzlich ein und hofft bei dieser Tagung auf regen Besuch wie in den Jahren zuvor. Auch dieses Mal haben wurden Referenten eingeladen, die mit ihren Themen die Gruppenarbeit bereichern werden. Über „Ostpreußische Blutzeugen und Gewaltopfer in den Jahren 1938/1939" wird Prälat Prof. Dr. Moll sprechen. Dr. Scheil gibt Einblick in „Polens Ambitionen und sein Weg zum Krieg in den Jahren 1938/1939". Den kulturellen Teil wird Dr. Beutner mit ihrem Vortrag „J. von Eichendorf – ostdeutscher Dichter – Schlesier – Romantiker" bereichern.

Bielefeld – Donnerstag, 18. März, 15 Uhr, Literaturkreis in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 23. März, 14 Uhr, Treffen des Frauenkreises in der Altenbegegnungsstätte Brüser Berg. Esther-Maria Luchs hält einen Vortrag über Antoine de Saint Exupery. – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Dortmund – Montag, 15. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 19. März, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im „HDO".

Düsseldorf – Freitag, 12. März, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 16. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer (Raum 412), GHH. – Donnerstag, 18. März, 19.15 Uhr, Vortrag von Dr. Matthias Stickler: „Die Vertriebenenverbände und die Neue Ostpolitik" im Konferenzraum, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 18. März, 18 Uhr, Treffen der Gruppe mit kleinem Imbiss in der Heimatstube.

Essen – Freitag, 19. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen. Ulrich Hoffmann hält einen Vortrag über den „Vogel des Jahres 2010 – der Kormoran".

Gevelsberg – Freitag, 19. März, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Keglerheim, Hagenstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 15. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln", die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Montag, 22. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 13. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus Ratibor. Die Gruppe veranstaltet schon seit vielen Jahren in den ersten drei Monaten des neuen Jahres einen Nachmittag mit Videovorführungen. So erlebten die Mitglieder bei Kaffee und Kuchen noch einmal, was im zurückliegenden Jahr gemeinsam unternommen wurde. Bruno Pelke sei Dank gesagt für die Aufnahmen. Gäste sind herzlich willkommen.

Lippe – Mittwoch, 17. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Stadthalle, kleiner Saal, Detmold, zur Frühjahrsveranstaltung. Horst Peter hält einen Diavortrag: „Wiedersehen mit der Heimat – 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Mönchengladbach – Sonntag, 21. März, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Nach dem offiziellen Teil wird Lm. Schiemann mit lustigen und interessanten Anekdoten an „Ostpreußen vor 100 Jahren" zu erinnern.

Witten – Donnerstag, 25. März, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Herr Buchmann hält einen Vortrag: Erlebnisse in Asien".

Wuppertal – Sonnabend, 13. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Victoria-Haus, Neumarkt 2, Wuppertal-Elberfelde.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 18. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur heimatlichen Kaffeestunden im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 19. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 26. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 20. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Den Rechenschaftsbericht trägt Manfred Schusziara vor, während der Kassenbericht von Otto Waschkowski vorgetragen wird. Der jetzige Vorstand ist noch bis März 2011 im Amt. Anschließend gemütliches Beisammensein bei Kuchen und Kaffee.



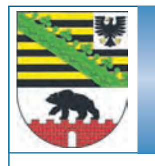
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 27. März, 10 Uhr (Ende 16 Uhr), 10. Kirchentag der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen im Gemeindehaus der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1, Dresden-Strehlen. Thema: „Glaubensflüchtlinge in Ost- und Westpreußen (Mennoniten, Hugenotten, Salzburger)". Anmeldungen werden bis zum 22. März erbeten bei Elfriede Rick, Telefon (0351) 4713086.

Chemnitz – Sonnabend, 27. März, 13 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Treffen der Gruppe im „Platnerhof". Gerhard Hopp, bekannt aus Funk und Fernsehen (Sachsenländer), vereint mit Ingrid Labuhn und dem „Kulturkreis Simon Dach" mit den Liedern, Geschichten und Gedichten der ostdeutschen Dichterin Erna Unangst werden eine lebendige Fülle an Heimatverbundenheit bieten.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 27. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Eschemuseum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohna. Thema der Zusammenkunft: „Trakehnen – Geschichtliches und Geschichten". Landsleute und Interessierte sind herzlich eingeladen. Es ist wieder hausgemachte Wurst im Angebot.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 17. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus". – Mittwoch, 31. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus".

Gardelegen – Freitag, 26. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Arztvortrag in der „VS Gardelegen".

Giersleben – Donnerstag, 18. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule".

Halle – Sonnabend, 13. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Freitag, 12. März, 15 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 14. März, 14 Uhr, Frauentag in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße. – Dienstag, 16. März, 15 Uhr, Bowling im Bowlingcenter Lemsdorferweg. – Freitag, 26. März, 15 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt".



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Kiel – Donnerstag, 18. März, 15

Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Uhr, Jahreshauptversammlung der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft im Haus der Heimat, Kiel. Tagesordnung: Begrüßung, Totenehrung, Bericht über die Veranstaltungen 2009, Bericht der Hauptkassiererin und Geschäftsführerin, Bericht der Kassenprüfer, Antrag auf Entlastung des Vorstandes und der Hauptkassiererin, Vorzeitiger Rücktritt des Vorstandes (Erste und Zweite Vorsitzende) und der Hauptkassiererin, Antrag auf Auflösung der Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft e. V. (dreiviertel Mehrheit der Erschienenen erforderlich), bei Auflösungsbeschluss Bildung eines Gesprächs- und Freundeskreises ohne Rechtsform als eingetragener Verein oder nicht rechtsfähiger Verein, Beschluss über das Vereinsvermögen, Verschiedenes.

Malente – Dienstag, 30. März, 17.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Fleck-, Königsberger Klops und Wellwurst-Essen im Restaurant und Café Neue Börse, Lindenallee 14, Malente. Es soll nach alter ostpreußischer und schlesischer Art ein gemütlicher Abend gestaltet werden, wobei zur Unterhaltung jeder einzelne etwas beitragen kann. Bringen Sie auch Ihre Freunde und Bekannte mit. Jeder Gast ist willkommen. Diejenigen, die Fleck beziehungsweise Wellwurst nicht kennen, können auch Königsberger Klopse oder ein Gericht nach Karte bestellen. Um Anmeldung bei K. Schützler, Telefon (04523) 2659. Eine Portion Fleck, Königsberger Klopse oder Wellwurst kostet 8,50 Euro, dazu wird ein Schnaps gereicht.

Pinneberg – Sonnabend, 20. März, 16 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und anschließendem Essen im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Das gemeinsame Essen findet gegen 18 Uhr – nach den Regularien – statt.

Frühjahrs-Stickseminar

Bad Pyrmont – Das Ostheim bietet auch in diesem Jahr wieder ein Frühjahrs-Stickseminar im Ostheim in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das dreitägige Seminar beginnt am Montag, 19. April, 16 Uhr, mit der Einführung und endet am Donnerstag, 22. April, nach dem Mittagessen (gegen 12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 174 Euro im DZ, 192 Euro im EZ und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim - Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Standhaft und prinzipientreu

Nachruf auf Günter Petersdorf – Träger des Preußenschildes

Am 11. Februar 2010 entschlief in Kiel der langjährige Bundesschatzmeister der Landsmannschaft Ostpreußen Günter Petersdorf. Der Verstorbene wurde am 17. Juni 1920 in Königsberg in Preußen geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums und der Verwaltungsschule war Günter Petersdorf als Beamter in seiner Heimatprovinz tätig. Wie für viele seiner Generation war der nächste Lebensabschnitt durch den Zweiten Weltkrieg geprägt. Petersdorf hat vier Jahre an der Ostfront bis zum bitteren Ende seine Pflicht als Offizier und Patriot getan. Die besten Eigenschaften preußischen Beamtentums bewährten sich bei ihm im Krieg wie im Rahmen seines beruflichen Neuanfangs im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein, aus dem er nach fast vierzigjähriger Tätigkeit 1985 als Oberamtsrat ausschied.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende verschrieb er sich der Arbeit für seine ostdeutschen Schicksalsgefährten. Günter Petersdorf war ein Mann der ersten Stunde in der Vertriebenenarbeit des Landes Schleswig-Holstein. So gehörte er zu denen, die 1948 in Kiel die erste ostpreußische Heimatgruppe gründeten; seit 1958 war er Vorsitzender der Kreisgruppe Kiel. 1960 übernahm er den Vorsitz der Landesgruppe Schleswig-Holstein der Landsmannschaft Ostpreußen, den er bis 2005 inne hatte. Von 1983 bis 1997 stand er auch dem Landesverband der vertriebenen Deutschen in Schleswig-Holstein vor.

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch noch weitere. Von 1966 bis 1998 gehörte Günter Petersdorf ununterbrochen dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen an; über 20 Jahre lang bekleidete er im geschäftsführenden Vorstand das überaus wichtige Amt des Bundesschatzmeisters. Die gesunde wirtschaftliche Basis, auf welche die Landsmannschaft Ostpreußen auch heute mit Stolz verweisen kann, ist nicht zuletzt ein Verdienst der preußischen Sparsamkeit ihres ehemaligen Bundesschatzmeisters. Ferner war Petersdorf 8 Jahre lang Mitglied im Präsidium des BdV und setzte sich über viele Jahre als stellvertretender Vorsitzender im Programmausschuss des Rundfunkrates des Norddeutschen Rundfunks für die Interessen der Heimatvertriebenen ein.



Seine pflichtbewusste und vom großen Verantwortungsgefühl getragene Arbeit fand ihre Anerkennung sowohl in dem von der Landsmannschaft Ostpreußen bereits 1970 verliehenen Goldenen

Offizier und Patriot – Preuße im bestem Sinne des Wortes

Ehrenzeichen und dem 1998 verliehenen Preußenschild als auch in der Goldenen Ehrennadel und der Wenzel-Jaksch-Medaille des BdV. Darüber hinaus wurde seine den demokratischen Rechtsstaat mitprägende Persönlichkeit vom Bundespräsidenten mehrfach gewürdigt. 1990 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Schließlich überreichte ihm beim Neujahrsempfang des Landesverbandes Schleswig-Holstein am 30. Dezember 1992 der damalige Sozialminister Günter Jansen das Große Bundesverdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Auch das Land Schleswig-Holstein ehrte seine Verdienste mit der Schleswig-Holstein-Medaille.

In der Gemeinschaft der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der Über- und Aussiedler war Petersdorf eine nicht wegzudenkende Größe. Es ist nicht zuletzt sein Verdienst gewesen, dass dieser Personenkreis durch die Wirren vieler Jahrzehnte hindurch seinen Zusammenhalt wahren konnte. Auf regionalen wie überregionalen Ebenen setzte sich Petersdorf vor allem im sozialen Bereich ein. Auf seine Anregungen gehen viele Aktionen zurück, mit denen seit Öffnung der Grenzen humanitäre Hilfen in die deutschen Heimatgebiete gelangten. Auch bei der Beratung, Betreuung und Eingliederung der Übersiedler aus der ehemaligen DDR und der deutschen Aussiedler aus Osteuropa konnte er seine reichhaltigen Erfahrungen einbringen. Die vorbildliche Integrationspolitik für diesen Personenkreis in Schleswig-Holstein ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Günter Petersdorf war ein Mann, der es in fünf Jahrzehnten verstanden hat, für die heimatpolitischen Anliegen der Ostpreußen auch die obersten Repräsentanten von Regierung, Verwaltung und Parteien zu gewinnen. Die von hochrangigen Vertretern des öffentlichen Lebens besuchten Neujahrsempfänge der vertriebenen Deutschen in Kiel legen hierfür beredtes Zeugnis ab.

Standhaftigkeit und Prinzipientreue prägten seinen politischen Lebensweg. Auf dieser Grundlage hat er es stets verstanden, in der politischen Auseinandersetzung ein konzilianter Gesprächspartner zu sein. Für die Verständigung mit den östlichen Nachbarn auf der Grundlage des Rechts und der geschichtlichen Wahrheit setzte er sich seit jeher ein. Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und unbedingtes Eintreten für die berechtigten Ansprüche der ostdeutschen Heimatvertriebenen waren für ihn nie Fremdwörter. Konzessionen an den Zeitgeist hat er nicht gemacht. Vaterlandsliebe im umfassenden Sinne ist für seine Person kennzeichnend. Mit seinem jahrzehntelangen ehrenamtlichen Engagement in der Vertriebenenarbeit hat er einen wertvollen Beitrag zur geistigen Führung der Bundesrepublik Deutschland geleistet. Hilfe und Unterstützung hat Günter Petersdorf durch seine Frau Betty erfahren, die ihm über viele Jahrzehnte zur Seite stand.

Wir werden Günter Petersdorf ein ehrendes Andenken bewahren. LO

---

festlicher Kranz aus Feldfrüchten · alteingesessen; bürgerlich · enthaltsam lebende Frau · ablehnen, negieren · gepflegte Grünfläche · in eine andere Richtung führen · Wäscheschnur · Rauchfang, Schornstein · franz. Philosoph (Jean-Paul) · Schlägerei · Fluss durch Florenz · englische Grafschaft · bunte Unterhaltungsdarbietung · Hang, Vorliebe · äußerst spannender Film, Roman · fahl, bleich · vergelten · Sumpf-, Kranichvogel · ein Planet · Wirtshausrechnung · symbolisches Schmuckstück · altertümlich · beruflicher Neuanfänger · zerbrochen · Norm, Richtschnur · Sauermilchgetränk · abschließend, beendend · Staat in Westafrika · Schreibgerät · Jagdruf · Zwiesprache mit Gott · eine Europäerin · U-Bahn (bes. in Paris, Moskau) · in Wartestellung (auf …) · schüchtern · stetig fließen, laufen · alkoholisches Getränk · musterhaft, vollkommen · polnische Stadt a. d. Weichsel (dt. Name) · schenken; reichen · Attacke · Seevogeldünger · von großem Verlangen erfüllt · Dichter, Lyriker · Scheitelpunkt · Reittier · Schwermetall · mit Säure, Lauge behandeln · Zweige eines Baumes · bayr. Benediktinerabtei · Enterich · Juck-, Lachreiz auslösen · Lebenshauch · russ.-sibir. Waldgebiet · Prager Schriftsteller (Franz) · Prahlerei · Ärger, Wut · Berufssportler (Kzw.) · ausführliche Erläuterung · eine Baltin · großer schwarzer Vogel · Stelle eines Verbrechens · Vorsteher, Leiter · linker Nebenfluss des Neckars · Kultbild der Ostkirche · Träger einer Erbanlage · veraltet für Viola, Bratsche · österr. Komponist (Joseph) · weibliches Bühnenfach · ausruhen · Farbe · schmaler Weg · Schiffszubehör · amerik. Filmkomiker (Stan) · glätten, planieren · Feldfrucht · spaßig, komisch · Schonkost · sehr guter Kamerad · ein Südafrikaner · Gießgefäß (Schmiermittel) · belgischer Kurort · Schwur · spöttisch: schöner Mann (franz.) · Körper · Schiffsstockwerk · kurzer Schmerzenslaut · sich räuspern · Richtungsbestimmer · Schaumgebäck · Spiel beim Skat · griechische Siegesgöttin · Ostgermane

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEEIN NRSST · AEMN · EHIKT · EGOR · DEINR · DNSU · EEFU · ANRR · AHNOR · AFU · EKLO RT · EEGG NR · DRU

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Geschosshülse.

1	BART	FELD
2	STUMMEL	LURCH
3	KELLER	STUECK
4	SCHAUER	STUNDE
5	PFLEGE	AKTE
6	FILM	PRUEFUNG
7	MITTEL	PUNKT

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Spiel-, Wettgebühr
2 Name des Wolfes in der Fabel
3 Ingenieur, Aufsichtsperson im Bergbau

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

■■E■■D■■■■
ENTREISSEN
■AHORN■UFA
■MI■GEGNER
LEKTOR■DUR

Mittelworträtsel: 1. Stoppel, 2. Schwanz, 3. Meister, 4. Maerchen, 5. Personal, 6. Aufnahme, 7. Scheitel – Patrone

Magisch: 1. Einsatz, 2. Isegrim, 3. Steiger





Mit treffsicherem Blick und ruhiger Hand: Ein „Kartonist“ bei seiner Arbeit, die später der kunstvolle Resultate zeitigt.

Foto: Osman

Geschichten mit der Schere erzählt

Deutsche Kartonmodellbauer faszinieren mit großer Fingerfertigkeit – Ausstellung in Stade

Schneiden – Knicken – Kleben: Mit Hilfe elementar einfacher Techniken entstehen aus Papier oder Karton dreidimensionale Gebilde, die je nach Absicht und Können des Erbauers Modelle, Spielzeuge oder Kunstwerke werden. In Stade ist eine Auswahl zu sehen, die zum Nachmachen einlädt.

„Hey Mama, guck mal. Das ist ja toll.“ Der Junge war sichtlich aus dem Häuschen, als er auf ein Modell der Stader Altstadt im Eingangsbereich des Schwedenspeicher-Museums zulief. „Moment, Kai, erst mal den Mantel ausziehen. Die Ausstellung ist doch erst da hinten.“

Man muss kein kleiner Junge sein, um von den Exponaten im Schwedenspeicher-Museum begeistert zu sein. Schon beim Betreten des großen Saales im Erdgeschoss, der für Sonderausstellungen reserviert ist, scheinen den Besucher winzige Flugzeuge zu umschwirren.

Sie hängen an nahezu unsichtbaren Drähten und sind aus bemaltem Karton. In Vitrinen am Boden gesellen sich andere Exemplare dazu. Meist sind es maßstabsgetreue historische Modelle von Zeppelinen wie dem Luftschiff „Hansa“ oder der zweisitzigen Sportmaschine U 10 des legendären Jagdfliegers Ernst Udet (1896–1941).

Auch wer sich mehr fürs Maritime interessiert, kommt in dieser Ausstellung auf seine Kosten. U-Boote und Kriegsschiffe geben den Ton an. Der deutsche Zerstörer „Hans Lody“ zum Beispiel, 1935 in Kiel vom Stapel gelaufen, und der US-amerikanische Flugzeugträger „USS Saratoga“, der 1925 gebaut wurde, pflügen durch das „Wasser“ als wäre es tatsächlich ihr Element. Aus dem Staunen heraus kommt man schließlich nicht, wenn man vor der etwa nahezu vier Meter langen „USS Indianapolis“ steht.

Das Kriegsschiff der US-Marine, das im Zweiten Weltkrieg gegen Japan eingesetzt worden ist, befindet sich zwar noch in der Ausrüstung. Es ist allerdings schon motorisiert und bereits mehrmals gefahren.

Immer wieder muss sich der Betrachter vergegenwärtigen, dass alle diese Modelle und natürlich auch die Motoren aus Karton gefertigt wurden.

Den Flugzeugen und Schiffen folgen Autos aller Marken in allen Größen und natürlich Eisenbahnen. Nach der riesig großen „Indianapolis“ begeistert das andere Extrem – ein winzig kleiner Zug, der aus einem Tunnel kommend über eine gewagte „Stahl“-Konstruktion braust, um einen tosenden Fluss zu überwinden. Das Ganze ist nicht mehr als sieben Zentimeter lang, einschließlich einer kargen Felslandschaft.

> Über rasenden Zügen und versenkten Schiffen der internationalen Kriegsmarine »brausen« Flugzeuge und Zeppeline

Eine Geschichte erzählt auch ein Diorama, eine künstliche Landschaft also, das eine Begebenheit aus dem Ersten Weltkrieg aufgreift. Es zeigt ein kieloben treibendes Schiff, das von Handwerkern ausgeschlachtet wird. Es handelt sich um eines der nach dem Waffenstillstand selbst versenkten Schiffe der Kaiserlichen Hochseeflotte.

Die deutsche Flotte sollte den Briten nicht unzerstört in die Hände fallen. Die Wracks der gesunkenen Schiffe wurden zum größten Teil zwischen 1923 und 1939 gehoben.

„Den Erbauer eines Dioramas interessiert der Zusammenhang der Dinge“, erläutert Museumsdirektor Ehlers. „Beliebt sind Stadt- und Hafenlandschaften, die häufig nicht nur das Typische, sondern auch eine spezielle Situation darstellen. So kann man mit Kartonmodellen Geschichten erzählen.“

Ganze Hafenszenen aus aller Welt haben die Kartonisten dargestellt, einen barocken Schiffsbauplatz oder eine moderne Raffinerie. Einer dieser Künstler mit Schere und Klebstift hat sich sogar den Spaß gemacht und fordert die Besucher auf, in seinem Diorama einen Hund zu suchen, der an einem „Pferdeapfel“ schnuppert. Ein mühevolles Unterfangen, da es in seiner Landschaft nur so wimmelt von kleinen und kleinsten Gruppen mit Menschen und Tieren.

Die Ausstellung zeigt, wie sich versierte Modellbauer die unterschiedlichen Motive und Arbeitsweisen angeeignet haben. Und wie, bei allen Unterschieden, eines sie verbindet: die Leidenschaft Kartonmodellbau. Modellbaubögen haben eine lange Geschichte: Der älteste bisher bekannte stammt aus dem Jahr 1529 von Georg Hartmann und lässt sich zu einem Kruzifix zusammensetzen, das gleichzeitig als Sonnenuhr zu brauchen ist. Er befindet sich heute im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg.

Die Zeit der größeren Auflagen begann erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die großen Bilderbogenverlagen ihren Kunden die Möglichkeit zum Schneiden, Knicken und Kleben gaben. Seit den 1980er Jahren setzte ein neuer Aufschwung ein, der Kartonmodellbau entwickelte völlig neue Qualitäten. Und mit der Verbreitung des Computers verstärkte sich diese Bewegung. Im Internet findet man heute Hunderte von Baubögen, von denen viele kostenlos heruntergeladen und ausgedruckt werden können.

Silke Osman

Die Ausstellung „Topmodels – Leidenschaft Kartonmodellbau“ im Schwedenspeicher-Museum, Wasser West 39, Stade, ist bis 24. Mai, Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und am Wochenende bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 3 / 2 Euro.

Eine kopierte Scheinwelt des Rausches

Die gerade erst volljährige Helene Hegemann hat einen Bestseller vorgelegt, der ihr entglitten ist

Das Feuilleton feierte sie als ein „Wunderkind“. Die 18-jährige Helene Hegemann hat mit ihrem Romandebüt „Axolotl Roadkill“ die vordersten Plätze der Bestsellerlisten erobert. Doch nicht nur die bizarre Handlung über Sex, Gewalt und Realitätsverlust erhitzt die Gemüter. Hegemann hat große Teile des Romans aus dem Internet abgeschrieben und nun fragen sich alle: Ist das legitim?

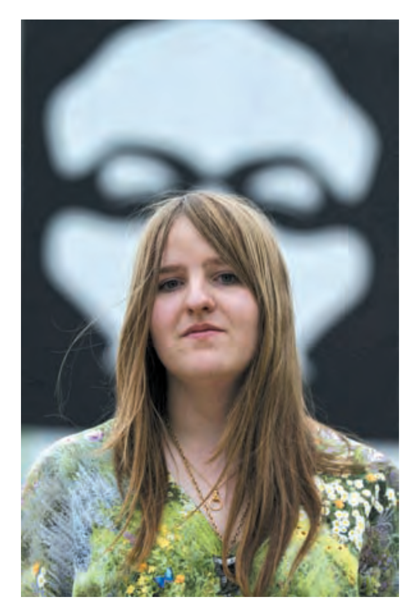
In den Lehrplänen wird Medienkompetenz heute großgeschrieben. In einigen Bundesländern gibt es sogar eigene Unterrichtsfächer, in denen der Umgang mit dem Internet und Suchmaschinen wie „Google“ gelehrt wird.

Viele Schüler benutzen die neue Technik jedoch schon geschickter als ihre Lehrer. Dies hat häufig eine Schattenseite: Der Medienwissenschaftler Stefan Weber spricht vom „Google-Copy-Paste-Syndrom“ – gemeint ist damit der Diebstahl von geistigem Eigentum über das Internet. Auf Seite 15 in „Axolotl Roadkill“ fragt die 16-jährige Protagonistin Mifti ihren Bruder Edmond: „Es ist also nicht von dir?“ Er antwortet: „Nein. Von so 'nem Blogger.“ Genauso hat Helene Hegemann große Teile ihres Romans zustande gebracht. Aus den Weiten des Web 2.0 – in Weblogs, Foren und sozialen Netzwerken – hat sie ganze Passagen eins zu eins übernommen. Besonders inspirierend fand sie das Tagebuch von „Airen“, von dem sie Wort für Wort Erfahrungen aus der Berliner Drogenszene übernahm.

Kunstvolle Montage statt Schreiben

Rechtlich gesehen ist dies ein Plagiat, aber „Airen“ klagte nicht, weil für ihn das Urheberrecht ebenso überflüssig geworden ist wie für Hegemann. Diese neue, durch das Internet geprägte Generation hält das Schreiben von wirklich neuen Romanen für unmöglich und versucht sich stattdessen im „Remixen“, also in der kunstvollen Montage bereits vorhandener Einzelteile.

Aber selbst wenn man den Remix als Kunst akzeptiert, schneidet Hegemann schlecht ab. Gerade in öffentlichen Lesungen und Interviews hat sich gezeigt, dass sie ihren eigenen Roman nicht verstanden hat und zum Teil nicht weiß, was da eigentlich drin steht. Harald Schmidt fragte sie in seiner Sendung, ob sie die Philosophen, die in ihrem Text vorkommen (zum Beispiel Giorgio Agamben und Martin Heidegger), überhaupt gelesen hat. Hegemann musste passen.



Helene Hegemann Bild: ddp

Das offenbart das eigentliche Problem ihres Romans und des „Google-Copy-Paste-Syndroms“. Hegemann „schreibt“ über Dinge, die sie nicht durchdrungen hat, und erfindet mit ihrer online erworbenen Altklugheit gleich mehrere Grundsatzdebatten in den deutsche Feuilletones. Sie lässt die Grenzen zwischen Wirklichkeit und Schein-Welt verschwimmen. Damit hat sie unfreiwillig die große Gefährlichkeit des Konstruktivismus entlarvt, der derzeit das herrschende Paradigma in den Geisteswissenschaften ist.

Gewaltphantasien oder Realitätsverlust

Dem Konstruktivismus folgend gibt es keine Realität und alle Wirklichkeit ist nur konstruiert. Das bedeutet in letzter Konsequenz, dass verbindliche Regeln, Werte und Normen wegfallen, weil ihr konstruierter Charakter „aufgedeckt“ wurde. Wenn man diese philosophische Einsicht teilt, zerbricht die Unterscheidung zwischen einem klaren Blick auf die Dinge und einem Drogendelirium.

An einer Stelle in „Axolotl Roadkill“ „steckt Mifti Berlin-Mitte in Brand. Sie erdrosselt Lars ... und bearbeitet Annika mit einem eisernen Requisit ..., das ... dazu dient, das Fleisch des an den Armen aufgehängten Opfers zuerst in Fetzen zu reißen und danach bis auf die Knochen abzuschaben“.

Einen Absatz später stellt sich diese Szene als irreal heraus. Wenn ein Mädchen wie Helene Hegemann so etwas schreibt, dann zeugt dies entweder von beängstigenden Gewaltphantasien oder einem Realitätsverlust. Bei ihr ist letzteres der Fall. Fatal daran ist, dass der Ullstein-Verlag mit der Behauptung spielt, die Tochter des erfolgreichen Dramaturgen Carl Hegemann habe die geschilderten Drogen-, Sex- und Gewaltexzesse tatsächlich erlebt und ein Abbild ihrer wilden Jugend entworfen.

Dabei hat sie nur im Informationsnirwana des Internets Fragmente gesammelt und neu zusammengesetzt. Ihr Roman hat dadurch eine Eigendynamik entwickelt, der die Jungautorin nicht folgen kann.

Felix Menzel

In Kürze

Gourmets auf vier Pfoten

Im „Pet Center“ in Verden kosten 65 Hunde und 130 Katzen, was ihren Artgenossen in ganz Europa schmecken soll. Nur was Alice, Jane, Krusty, Momo, Ria oder Sue mundet, hält letztendlich Einzug in die Verkaufsregale. Die Vierbeiner, die im Pet Center („Haustierzentrum“) der Mars-Unternehmensgruppe ein wahrhaft paradiesisches Dasein genießen, haben nur eine einzige Aufgabe: Futtern. Bei rund 1000 Tests pro Jahr prüft der Hersteller bekannter Marken den Geschmack von Neuentwicklungen oder internationalen Konkurrenzprodukten.



An den Testläufen sind jeweils 20 bis 30 Tiere beteiligt. Meist werden zwei Rezepturen gegeneinander geprüft. Damit ein Produkt auf den Markt kommen darf, muss es ganz signifikant gewinnen. Rund 150 Mitarbeiter sind in Verden allein mit dem Kreieren von neuen Mischungen aus Fleisch, Gemüse und Soße beschäftigt. Vor den Tests ist die Aufregung entsprechend groß, schließlich kostet die Produktentwicklung viel Geld.

„Mars Pet Care“ (Haustierpflege) investiert rund 500000 Euro im Jahr in die Qualitätssicherung. Künftig will die Firma noch stärker in Marken-Mehrwert und Kundenbeziehungen investieren, um dem wachsenden Anspruch der Tierhalter an die gesunde Ernährung ihrer Vierbeiner Rechnung zu tragen und Vertrauen zu bilden.

Luxuriöse Unterkunft und feines Fressen

Das verarbeitete Fleisch ist grundsätzlich für den menschlichen Verzehr geeignet, wesentlich sind funktionale Merkmale wie zum Beispiel Farbe, Fettsäurengehalt und Schmackhaftigkeit. Kommen neue Rohstoffe hinzu, werden sie exakt nach Nährstoffprofil und Sicherheitsparametern spezifiziert.

Um ihrer Aufgabe als Testfresser erfüllen zu können, müssen die Hunde und Katzen erst einmal zu Gourmets erzogen werden. Die Tiere kommen, wenn sie klein sind, direkt vom Züchter in das Zentrum und werden dann an die verschiedenen Futter und Geschmacksrichtungen herangeführt. Insgesamt 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für das Wohlbefinden der Tiere. Die luxuriösen Unterkünfte werden jeden Tag gereinigt, regelmäßig stehen Gewichtskontrollen, Schönheitspflege und tierärztliche Untersuchungen auf dem Programm. Die Hunde haben jeweils einen Paten oder eine Patin aus der Belegschaft, sie werden täglich im hauseigenen Außengelände trainiert, damit keine Langeweile aufkommt. Jeder Hund soll gutes Sozialverhalten beigebracht bekommen und mindestens drei Kunststücke lernen.



Maximal vier Jahre bleiben die Geschmackstester im Haustierzentrum. Danach werden sie vermittelt, in der Regel an ihre Paten, oder an Familien. Die gut gepflegten Haustiere sind sehr begehrt – die Wartelisten der Interessenten deshalb entsprechende lang.

Corinna Weinert



Reich und verrückt

Junge kämpft gegen Familie an

Wenn man sich die bildhübsche Tochter Ivanka von Milliardär Donald Trump oder die strahlenden Royals des britischen Königshauses in den Hochglanzmagazinen ansieht, könnte man meinen, es könne einem kaum etwas Besseres geschehen, als in eine reiche Familie hineingeboren zu werden. Der von seiner exzentrischen Mutter nach einer Hunderasse benannte Collie Flanagan muss da jedoch ganz andere Erfahrungen machen. Denn als anständiger, strebsamer junger Mann ist er das schwarze Schaf der neurotischen Familie Flanagan. Im Vergleich zu seinem Vater, einem flammend rothaarigen Lebemann, seinem von sämtlichen Privatschulen fliegenden anarchischen Bruder Bingo oder seinem trinkenden Onkel Tom, der seiner Verachtung für die Familie immer wieder in vor Zynismus triefenden Tiraden Luft machen muss, ist Collie der reinste Langweiler.

Im Romanerstling der Kanadierin Elizabeth Kelly „Die verrückten Flanagans“ dreht sich alles um diese chaotische Familie und den aussichtslosen Kampf eines jungen Mannes, auch nur ansatzweise so etwas wie Normalität in seinen Familienalltag zu bringen. Doch kämpft er hier auf verlorenem Posten, denn der Rest des Flanagan-Clans liebt exzentrische Ausraster. Solche Allüren kann sich jedoch wirklich nur eine reiche Familie leisten und genau dies wirft Collie seiner egozentrischen, vom Marxismus überzeugten Mutter eines Tages an den Kopf.

Bereits nach dem ersten Drittel des Romans empfindet der Leser tiefes Mitleid für Collie. Nicht nur des Namens und der Familie wegen, sondern auch weil alle anderen Menschen, denen er begegnet, ihm gegenüber voller Verachtung und Vorurteilen sind. Und das nur wegen des ungeheuren Reichtums seines herrischen, allein auf seinem Anwesen lebenden Großvaters, der von allen nur „der Falke“ genannt wird. Dieser Spitzname spiegelt dessen Charakter wieder.

Als wäre das Leben des Flanagan-Sprösslings nicht bereits kompliziert genug, kommt es eines Tages bei einem Ausflug in ein Flusshöhlensystem mit seinem leichtsinnigen Bruder Bingo und zwei Freunden zu einem folgenschweren Unfall. Collie kehrt von diesem Ausflug als einziger Überlebender zurück. Sehr zum Ärger seine Mutter, die wünscht, Collie wäre an Bingos statt tödlich verunglückt.

Tod des Bruders wird zum Schlüsselerlebnis

In der nun folgenden zweiten Hälfte des Buches erlebt der Leser Collie Flanagans erbitterten Kampf mit seinen Schuldgefühlen, seinem zwiespältigen Verhältnis zu seinem Vater, Onkel und Großvater sowie natürlich mit dem Erwachsenwerden. Trotz des vielen Geldes des „Falken“ legt das Schicksal Collie noch etliche Stolpersteine in den Weg, ehe er endlich ansatzweise seinen inneren Frieden finden darf.

Elizabeth Kellys Erstling ist nicht nur ein ganz außergewöhnlicher, sondern auch ein sehr schräger Roman. Der Autorin ist ein herrliches Werk gelungen, das sich aus der Masse abhebt. *A. Ney*

***Elizabeth Kelly: „Die verrückten Flanagans“**, Karl Blessing Verlag, München 2009, gebunden, 399 Seiten, 19,95 Euro*



Wirklichkeitsbezug mangelhaft

Roman über Flucht und Vertreibung neu aufgelegt – einige Ungereimtheiten

Das Buch ist 1949 erschienen und wurde rasch vergessen, auch an den Autor Fritz Nendel erinnert sich heute, nach 60 Jahren, niemand mehr. Wurden diese Aufzeichnungen einer Flucht aus Ostpreußen im Jahr der politischen Teilung Deutschlands überhaupt wahrgenommen? Dabei ist das Thema dieses fiktiven „Tagebuchs einer Verschollenen“, so der Untertitel, das vier Jahre nach Kriegsende im Bonner „Verlag der Europäischen Bücherei“ unter dem Titel „Spreu im Wind“ veröffentlicht wurde, keineswegs überholt, sondern nach wie vor aktuell.

Fritz Nendel, 1903 in Chemnitz geboren und 1999 in Suderburg bei Uelzen gestorben, der Verfasser dieses zeitgeschichtlichen Dokuments, der mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten als Beamter entlassen worden war, weil er Sozialdemokrat war, zog von Chemnitz nach Hamburg, wo er in einem Arbeiterviertel einen kleinen Lebensmittelladen übernahm. Als Soldat war er in den letzten Kriegsjahren in Ostpreußen, Pommern und Breslau eingesetzt und muss sich damals diesen „Stoffvorrat“ angeeignet haben, aus dem er Jahre später das „Tagebuch einer Verschollenen“ von 1949 formen sollte.

Erzählt wird von der Flucht der fünfköpfigen Familie Munck im Januar 1945 aus Ostpreußen. Sie wird in der pommerschen Hafenstadt K., womit wohl Kolberg gemeint ist, auseinandergerissen. Darauf kehrt die Mutter, wie betäubt vom Schmerz, in wochenlangen Fußmärschen in ihr Heimatdorf zurück. Dort trifft sie nicht, wie erhofft, ihre Kinder, aber nach wenigen Tagen ihren Ehemann Knud, einen versprengten Soldaten, dem sie, von Schuld geplagt, ihre Aufzeichnungen zu lesen gibt.

Dieser fiktive Text, der so authentisch daherkommt, ist in der Tat ein „außergewöhnliches Erzählwerk“, wie Axel Dornemann, Lektor im Stuttgarter Hiersemann-Verlag, der das 1949 erschienene Buch wiederentdeckt und herausgegeben hat, im Nachwort schreibt. Dennoch wirken einige Ungereimtheiten störend. Warum beispielsweise werden Städte wie Kolberg nicht mit Namen genannt, sondern nur mit den Initialen? Das gibt dem Buch etwas Geschichtsloses, zumal auch der die Deutschen in zwölf Jahren wie eine Pest beherrschende Nationalsozialismus kaum vorkommt.

Mutter hat ihre Kinder verloren, findet aber Mann wieder

Über die von Deutschen zwischen 1940 und 1945 in Osteuropa verübten Verbrechen heißt es merkwürdig abgehoben: „Die Sieger verweisen auf das Unrecht, welches ihnen einst in freventlicher Anmaßung und Überhebung von den Leuten unserer Zunge zugefügt ward.“

Dass eine 35-jährige Frau im Sommer 1945 fünf Wochen unbeschadet durch Pommern und Westpreußen wandert, wo überall schon Polen siedeln, bis sie in Ostpreußen ankommt, ohne verhaftet, vergewaltigt oder sonstwie belästigt zu werden, ist höchst unwahrscheinlich. Wie es wirklich dort zuging, kann man in Käthe von Normanns „Tagebuch aus Pommern 1945 bis 1947“ (1962) nachlesen oder auch in Christian von Krockows Bericht „Die Stunde der Frauen“ (1988).

Wie überhaupt die beiden authentischen Erlebnisschilderungen Hans Graf Lehndorffs „Ostpreußisches Tagebuch“ (1961) und Marion Gräfin Dönhoffs „Namen, die keiner mehr nennt“ (1962) einen ungleich stärkeren Wirklichkeitsbezug aufweisen.

Und dass am 30. August 1945 noch ein deutscher Soldat im „Militärmantel“ in Ostpreußen auftaucht wie aus dem Nichts, ist völlig abwegig. Wäre er russischer oder polnischer Gefangenschaft entflohen, wäre er damals gejagt, erschossen oder erschlagen worden wie ein räudiger Hund. Er aber erreicht unerkannt sein Haus am See und findet dort seine Frau vor, die auf ihn wartet. Das glaube, wer will. *Jörg Bernhard Bilke*

***Fritz Nendel: „Spreu im Wind – Tagebuch einer Verschollenen“**, herausgegeben von Axel Dornemann, Weltbild-Verlag, Augsburg 2009, 160 Seiten, 8,95 Euro*



Der fremde Vater

Tochter einer Königsbergerin macht eine schicksalhafte Begegnung

Die in Tilsit geborene Traute Englert reiste im Jahr 2000 erstmals in ihre Geburtsstadt. Die Freundlichkeit der Russen und die Region gefielen ihr auf Anhieb und seitdem ist sie weitere Male in ihre Heimat gereist. Diese Reisen inspirierten die 1944 Geborene zu einem Roman, in dem sie Teile ihrer Eindrücke unter dem Titel „Kaliningrad Pavlowastraße 21“ mit einer fiktiven Geschichte verquickte.

Luise Bertram ist 1999 54 Jahre alt, als ihr Mann plötzlich verstirbt. Erst bricht für Luise eine Welt zusammen, doch nach Monaten der Trauer entscheidet sie sich für einen Neuanfang und verkauft ihre große Villa, in der sie mit ihrem Mann gelebt hat. Käufer des Anwesens ist ein Russe aus Königsberg. Da das die Geburtsstadt von Luises Mutter ist, kommen Käufer und Verkäuferin schnell ins Gespräch, bei dem sie merken, dass sie sich voneinander angezogen fühlen.

Die Autorin schildert Luises Weg von der trauernden Witwe zur selbstbewussten Frau sehr idealisiert. Bei der Schilderung der von einem folgenschweren Ereignis überschatteten Flucht von Luises Mutter wechselt Englert kurzfristig die Erzählperspektive, was für leichte Verwirrung sorgt. Auch ist es unwahrscheinlich, dass Luise erst mit 54 Jahren feststellt, dass ihr vermeintlicher Vater, der im September 1944 gefallen ist, nicht ihr Vater sein kann, da sie im November 1945 geboren wurde.

Doch Luises Freundschaft mit dem Russen Wladimir, die in einem Besuch bei ihm in der Heimatstadt ihrer Mutter gipfelt, übt auf den Leser durchaus einen Reiz aus. Traute Englert lässt den Leser mit Luise Königsberg und seine Umgebung besichtigen und zeigt gleichzeitig auf, wie Wladimirs Frau Lana Luises Freundschaft zu Wladimir voller Argwohn betrachtet. Relativ schnell ahnt der aufmerksame Leser jedoch, dass es keine Liebesaffäre ist, die Luise und Wladimir verbindet. Und so endet „Kaliningrad Pavlowastraße 21“, der wie eine passable Kopie eines Rosamunde-Pilcher-Romans begann, in einer historischen Spurensuche mit fatalem Ausgang. *R. Bellano*

***Traute Englert: „Kaliningrad Pavlowastraße 21“**, bod, Norderstedt 2009, broschiert, 234 Seiten, 17,80 Euro*



In Bedrängnis

13 amüsante Kurzgeschichten von Ingo Schulz

Wer sich der Lektüre von Ingo Schulzes Erzählband „Handy“ widmen möchte, findet darin Kurzgeschichten. Schulzes Markenzeichen ist sein flüssiger, schnörkelloser Schreibstil, der beim Lesen seiner Texte vor häufiger Entschleunigung bewahrt. Inhaltlich erschließen sich diese Geschichten unmittelbar. Sie regen das Vorstellungsvermögen an, vermutlich weil man immer wieder an eigene Erfahrungen anknüpfen kann und weil das Verblüffende bei diesem Autor ebenso unspektakulär daherkommt wie das Alltägliche. Kurzweilige Stunden sind also garantiert. Schulzes Protagonisten sind jüngere, eher durchschnittliche Menschen, die im Ostteil der Bundesrepublik Deutschlands leben und arbeiten. Man könnte sie als „Leute von heute“ bezeichnen.

Andere Handlungsräume tun sich auf, wenn der Ich-Erzähler an der Reihe ist, ein Schriftsteller; vielleicht ist es der mehrfach ausgezeichnete Autor selbst. Er thematisiert seine Erlebnisse als Stipendiat und Vortragsredner in verschiedenen Städten und Gegenden weltweit. Bei der Vielfalt der Stoffe gibt es nur eine kleine Schnittmenge. Es sind die Themen „Paarbeziehungen“ und „Kommunikation“, insbesondere das Telefonieren. Mitunter lenkt der Autor den Blick auf peinliche Bedrängnisse, in die die handelnden Personen geraten. Situationskomik ergibt sich und dies umso mehr, da ironische Kommentare ausbleiben. Anders als bei den Realisten der Mitte des 20. Jahrhunderts fehlt hier jedoch die

Unterhaltung ohne Gesellschaftskritik

düstere Intensität. Auch sind keinerlei gesellschaftskritische Ansätze auszumachen.

Um die Kommunikation zwischen einem Fahrgast und einem Taxifahrer geht es scheinbar nur am Rande in „Zwischenfall in Kairo“. Ein nach seinem Auftritt bei einem internationalen Kongress in Kairo völlig ermatteter Schriftsteller will möglichst rasch in sein Hotel zurückkehren, wird aber von einem „Rudel kleiner Jungen“ geängstigt, von denen einer auf den fahrenden Wagen aufspringt. Später erfährt der Ich-Erzähler, „das sei eine Art Spiel, eine Mutprobe. Passiere etwas, nehme man sich aber nicht den Taxifahrer vor, sondern den, bei dem sich etwas holen lasse“. In „Glaube, Liebe, Hoffnung“ geht der aufstrebende Sozius Marek, der gerade in eine noble Anwaltskanzlei aufgenommen worden ist, einer jungen Frau namens Magda auf den Leim. Nach einer Liebesnacht hat er sich unsterblich in sie verliebt. Was Marek nicht weiß: Magda ist eine Edelprostituierte, die insbesondere mehreren in seiner neuen Kanzlei tätigen Rechtsanwälten zugewandt ist. Das wäre für ihn sicher ein überwindbares Trauma gewesen – wenn er den Kollegen nicht anlässlich seines Einstands seine große Liebe zu dieser Frau gestanden hätte.

Schulzes Protagonisten sind pragmatische Menschen. Ob sie Ideale haben und wenn ja, welche, erfährt man nicht, und auch nicht, woran sie glauben. Diesen Allgemeinzustand nimmt man irgendwann als reduzierte Realität wahr. In einer einzigen Geschichte nur wird Bezug genommen auf ein Geschehen jenseits der normalerweise wahrnehmbaren Phänomene, und zwar ausgerechnet im Zusammenhang mit haarsträubendem Aberglauben. *D. Jestrzemski*

***Ingo Schulze: „Handy – 13 Geschichten in alter Manier“**, dtv, München 2009, broschiert, 280 Seiten, 19,90 Euro*



Falsche Leitbilder

CSU-Politiker fordert konservative Werte ein

Alois Glück, langjähriger CSU-Spitzenpolitiker und seit 2009 Präsident des Zentralkomitees deutscher Katholiken (ZdK), ist ein Mann der leisen Töne. Doch in seinem Buch „Warum wir uns ändern müssen“ greift der parteiübergreifend geschätzte Vordenker auch zu scharfen Worten: „Unsere heutige Art zu leben ist nicht zukunftsfähig“, beginnt der 70-Jährige ebenso scharf wie er sein Werk beendet: „Die größte Gefahr für die Demokratie ist der satte, distanzierte Wohlstandsbürger.“

Diese Sätze umrahmen Glücks Suche nach einer „zukunftsfähigen Kultur“. Ausgangspunkt ist die Finanzkrise, die kein Zufall sei, sondern die Folge unverantwortlicher Leitbilder. Auch Gefahren wie Staatsverschuldung, Bevölkerungsschwund und kulturelle Konflikte schildert Glück eindringlich. Bemerkenswert ist, dass er dabei nie pessimistisch wirkt, weil er die Ursachen der Probleme erkennt – und so Lösungswege findet.

In einem gesellschaftlichen Kulturwandel sieht der Autor den einzigen Ausweg aus der Sackgasse, in die der Verfall konservativer Werte geführt hat. Anstelle orientierungsloser Modernisierung seien Leitbilder wie Geschichts- und Verantwortungsbewusstsein, Achtung der Traditionen, Solidarität und eine aktive Bürgergesellschaft gefragt. Glück bedauert daher die Schwäche der Konservativen, die in der Öffentlichkeit zunehmend kraftlos und sprachlos geworden seien. Nur vereinzelt würden in der Publizistik konservative Themen aufgegriffen, obgleich die „Bedingungen

Kein Pessimismus, sondern Lösungswege

der modernen Welt nach einem Beitrag der Konservativen schreien“. Warum dieser kaum hörbar ist, begründet Glück historisch. Konservative Vertreter hätten dem Nationalsozialismus zum Durchbruch verholfen und seien daher in der Defensive. Trotz dieser längst überwundenen Vergangenheit habe sich noch kein neues Profil herausgebildet.

Doch das mag vor allem damit zusammenhängen, dass zwischen „strukturkonservativ“ und „wertkonservativ“ nicht unterschieden wird. Gerade wenn Werte wie Verantwortungsbereitschaft, Disziplin und Verlässlichkeit in breiten Bevölkerungsschichten noch immer als erstrebenswert gelten, lassen sich Konservative nicht als rückständig abstempeln. Zumal sie mit ihrer Wertedebatte die Finanzkrise an der Wurzel packen und so die Gefahr ihrer Wiederholung bannen. Weil der Autor das überzeugend vermittelt, ist er selbst ein Glücksfall für die Konservativen in Deutschland.

Auch wenn es Glück hauptsächlich um das Grundsätzliche und nicht um Tagespolitik geht, bleiben regierungskritische Zwischentöne nicht aus. Etwa bei der Forderung, die Politik müsse den Bürgern gerade in der Krise Orientierung geben, habe sich doch gezeigt, „wie skeptisch, distanziert, ja enttäuscht sie angesichts einer pragmatischen Reparaturpolitik oder Klientelpolitik ohne sichtbares Gesamtkonzept reagieren“. Hierfür wäre das Buch eine Basis, würde die Grundsatzarbeit von den Parteien nicht länger stiefmütterlich behandelt werden. Daher ist fraglich, ob der CSU-Vordenker mit seinem zehnten Buch neuen Schwung in die Debatte um eine Schärfung des Unionsprofils bringt. *Philipp Baugut*

***Alois Glück: „Warum wir uns ändern müssen – Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur“**, Herbig, München 2010, gebunden, 224 Seiten, 19,95 Euro*

MELDUNGEN

Tschechen wittern Schikane

Prag – In Tschechien macht sich Unmut breit über die angeblich schikanöse Behandlung tschechischer Reisender auf deutschen Autobahnen. Nach einer Prager Gesetzesnovelle, die den Besitz selbst größerer Mengen Drogen erlaubt, durchsucht die deutsche Polizei Wagen aus dem Nachbarland gründlicher. In Prag wird bereits diskutiert, wie man sich rächen könne, etwa, indem man deutsche Sextouristen, die die Bordelle in Grenznähe ansteuerten, auf Geschlechtskrankheiten untersuche. *PAZ*

Brüssel will Denunzianten

Brüssel – Die EU-Kommission hat empfohlen, Bürger zum Denunzieren von Rauchern zu ermutigen. Dies berichtete das ARD-Magazin „Report München“ in seiner jüngsten Sendung. Ein kostenloses Meldetelefon solle eingerichtet werden. Prominente Raucher sollten laut EU-Empfehlung zudem besonders „öffentlichkeitswirksam“ an den Pranger gestellt werden. Kritiker sprechen von Methoden eines totalitären Spitzelstaates. *PAZ*

ZUR PERSON

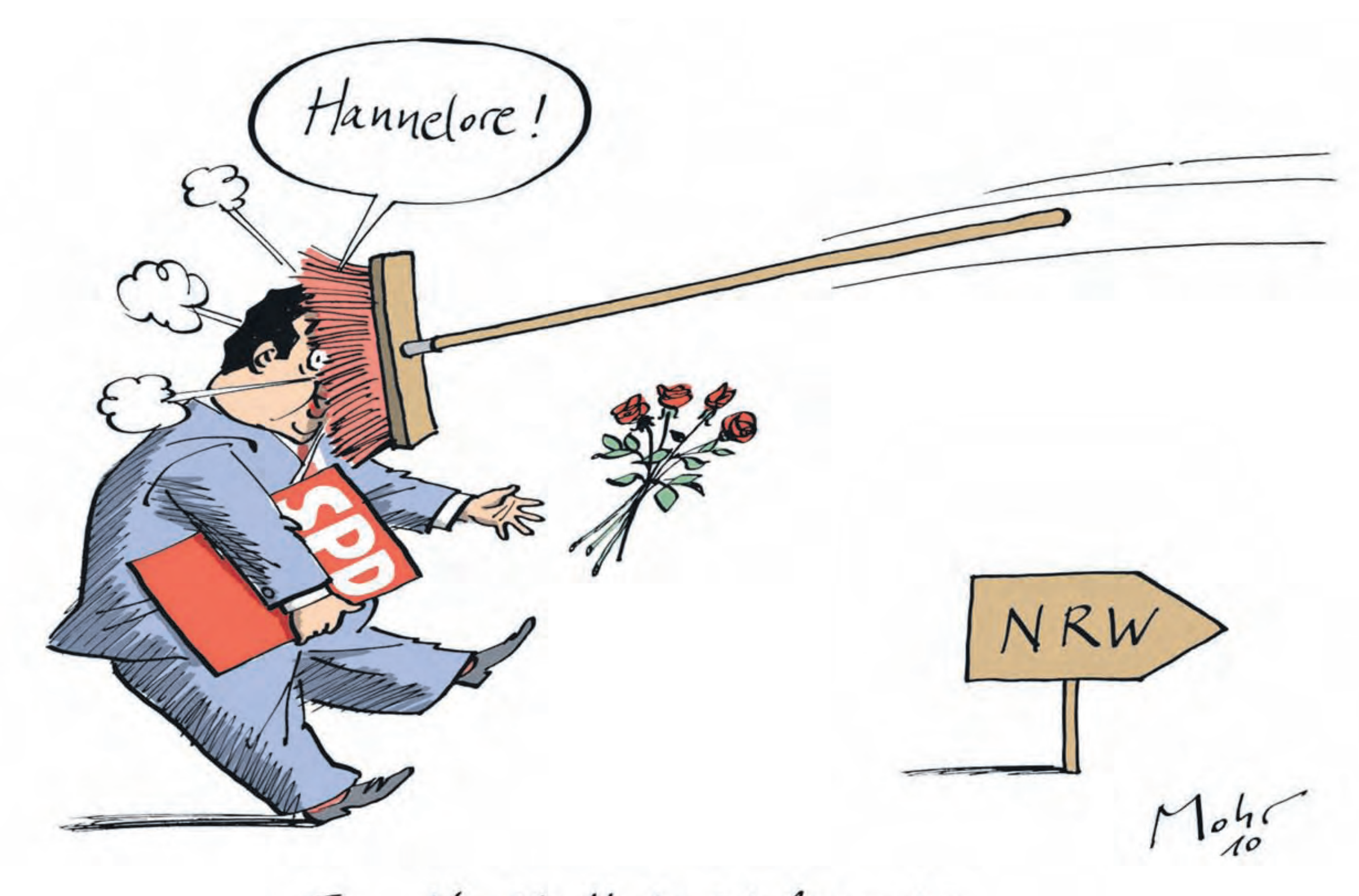
Umgang mit Medien gewöhnt

Ja, ich habe Kinder brutal körperlich misshandelt. Ich habe sie mit einem Bügel verprügelt. Es tut mir leid.“ Pater Johannes B. hat Tränen in den Augen, als er auf einer Pressekonferenz von seinen Taten als Lehrer am Kloster Ettal in den Jahren 1985 bis 1987 berichtet. Rechts neben dem 50-jährigen Braun sitzt der unabhängige **Ermittler Thomas Pfister**. Allein am Kloster Ettal liegen Pfister inzwischen Hinweise auf etwa 100 misshandelte Schüler vor. Der Bericht des Münchner Strafverteidigers belegen, dass vor allem Jungen an der Eliteschule jahrzehntelang geschlagen, gedemütigt und sexuell missbraucht worden sind.

Der vom Kloster eingesetzte Sonderermittler kämpft entschieden gegen Bagatellisierung, Wegschauen und Vertuschung an. Und im Kloster arbeitet man ihm anfangs zäh, inzwischen aber um Aufklärung bemüht zu, so dass er auf unzähligen Seiten die grausigen Details von Misshandlung und Missbrauch zusammentragen konnte.



Pfister ist den Umgang mit den Medien gewöhnt. So hat er im Prozess um den Einsturz der Eissporthalle von Bad Reichenhall den verantwortlichen Architekten vertreten. 1992 gründete der 1957 Geborene mit zwei Kollegen eine eigene Sozietät und spezialisierte sich auf die Verteidigung in Bereichen der Wirtschaftskriminalität sowie der „organisierten Kriminalität“. Gleichzeitig übernahm er auch die Strafverteidigung in medienwirksamen Fällen. So verteidigte er den Konzertveranstalter Marcel Avram und die italienische Filmdiva Gina Lollobrigida. Auch beim ersten Berliner Mauerschützenprozess und Kemptener Mafiaprozess war Pfister als Verteidiger tätig. *Bel*



Zeichnung: Mohr

Braunsucht

Was die Amis an uns Deutschen lieben, warum die Engländer husten müssen, und wieso Sigmar Gabriel brechen könnte / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wir Deutschen haben ein viel zu negatives Bild von uns selbst und glauben, die anderen Völker mögen uns auch nicht. Stimmt gar nicht, bei weltweiten Umfragen schneiden wir regelmäßig als eines der beliebtesten Völker der Erde ab, nicht selten gar belegen wir Platz eins, wie die *PAZ* jüngst berichten konnte.

Aber was haben die an uns? Die Gründe für Deutschfreundlichkeit sind recht unterschiedlich. Viele Briten beispielsweise schätzen deutsche Zuverlässigkeit (sind pünktlich und halten ihr Wort), die Holländer, die 2006 zur WM ins Land strömten, um es den „Moffen“ mal richtig zu zeigen, lobten, ein wenig verdutzt, die Offenheit und Herzlichkeit der Gastgeber.

Auch die US-Amerikaner kennen bestimmte Sachen, die sie an den Deutschen besonders schätzen. Sie sind ganz vernarrt in unsere Autos, unser Bier und unsere Nazis. Stopp mal eben ... was war das zuletzt? Unsere Nnnn ...?

Sie haben richtig gehört, auch wenn die deutsche Wirtschaft sich aus Geschmacksgründen ziert, in die Marktlücke zu springen, also etwa einen Original-Nachbau von Hitlers Staatskarosse auf den US-Markt zu werfen oder mit „Nazi-Bräu“ auf Ami-Fang zu gehen.

Doch es gibt eine schillernde Ausnahme: Die deutsche Filmbranche bedient die transatlantische Braunsucht seit Jahrzehnten mit beachtlichem Erfolg. Oscars kriegen deutsche Produktionen und Schauspieler nämlich fast nur, wenn der Film nach Führerbunker riecht.

Den ersten „Auslands-Oscar“ errang 1980 Volker Schlöndorffs „Blechtrommel“, die im Danzig vor und nach dem Kriegsausbruch 1939 spielt. Danach konnten jahrelang nur noch deutsche Kurz- und Zeichentrickfilme absahnen, die sowieso keiner guckt. Bis 2003 mit „Nirgendwo in Afrika“ die Geschichte einer 1938 geflohenen jüdischen Familie erzählt wurde und den erwünschten Reflex auslöste. In diesem Jahr nun stolzierte der Österreicher Christoph Waltz als Monster im SS-Mantel über die Leinwand von Hollywood: Oscar!

Die einzige Ausnahme in der braunen Reihe bildete „Das Leben der anderen“ aus dem Jahre 2007. Also gut, wenn es schon keine Nazis gibt, dann wollen die Amerikaner wenigstens eine andere Diktatur von uns.

Solche Filme beeindrucken nicht bloß die Oscar-Jury, sie hinterlassen auch im Rest der Welt tiefen Eindruck, weshalb die Beliebtheit der Deutschen umso mehr erstaunt. 2006 besuchte uns anlässlich der traumhaften WM ein brasilianischer Filmemacher. Der war völlig von den Socken, wie hell und fröhlich es in unserem Land zugeht. Sein Deutschlandbild war, wie er bekannte, geprägt von depressiven Schlöndorff- oder Fassbinder-Filmen. Also hatte er sich auf ein mausgraues Land voll dunkler Gestalten am Rande des Nervenzusammenbruchs eingestellt. Und nun das!

> Seit dem 20. Jahrhundert glauben die Briten, dass wir mit ihnen Hase und Igel spielen

Die einzigen, die bei dem Fußballfest aus der Reihe tanzten und Randale machten, waren erwartungsgemäß die Briten. Aber das lag nicht an der Filmwirtschaft, das hatte handfeste Gründe: Sie haben zwei Weltkriege gewonnen und danach praktisch alles verloren, das Empire, ihre Weltgeltung, ihr unbezwingbares Selbstbewusstsein. Und immer wenn sie meinten, uns endlich überholt zu haben, hat sich Deutschland plötzlich berappelt und die Briten sahen uns schon wieder von hinten. So mussten die Inselbewohner den Eindruck gewinnen, dass wir Hase und Igel mit ihnen spielen. Eben waren sie noch die Champions der Finanzwelt, während die Deutschen nur an ihren Maschinen herumschrauben konnten. Und jetzt? Großbritannien, das ist Griechenland im Nebel, sagen die Finanzdaten. Derweil hoffen die kleinen Euro-Länder auf Berlins starken Beistand. Es ist zum Auswachsen.

Das Londoner Boulevardblatt „Daily Star“ hat den Briten eine weitere teutonische Gemeinheit enthüllt: Die Deutschen haben für ihre Fußballmannschaft das beste Hotel Südafrikas gebucht. Arrogant, wie die Deutschen sind, machten sie die Sache sogar schon fest, bevor sie sich überhaupt zur WM qualifiziert hatten.

Die kleinmütigen Engländer hingegen warteten bibbernd ab, bis ihre Teilnahmeberechtigung offiziell war. Es gab Grund für das Zaudern: 2008 hatte England die Qualifikation zur Europameisterschaft schmachvoll vergeigt. Das ist Deutschland noch nie passiert. Nun kamen sie viel zu spät und müssen sich mit einer Hotelklitsche in einem Provinzkaff begnügen, die zur Zeit noch eine einzige Baustelle ist und neben einer verlotterten Bergarbeitersiedlung liegt, wie der „Daily Star“ keift.

Das Blatt hat überdies aufgedeckt, dass die Deutschen mit schwarzen Trikots antreten, was, wie der „Star“ messerscharf schloss, ja wohl eindeutig auf die SS verweise. Du liebe Zeit, ja richtig! Ich werde meinen Schornsteinfeger umgehend vom Verfassungsschutz überprüfen lassen.

Im Sommer wird uns der „Daily Star“ hoffentlich mit Bildern verwöhnen von deutschen „SS-Kikkern“ beim Entspannen in ihrer Nobelsuite, daneben die Fotos der traurigen englischen Konkurrenz, wie sie sich den Baustaub aus der Lunge hustet. Wenn es nach der britischen Presse geht, wird auch diese WM wieder ein Fest der großen Gefühle, wie 2006, nur anders.

Egal, Hauptsache Gefühle. Dies ist ja eigentlich die Zeit der Frühlingsgefühle, nur dass sich der Lenz partout nicht einstellen will. Als wir vor ein paar Tagen noch die Bilder von der Schneekatastrophe in Südfrankreich und Nordspanien gesehen haben, versanken unsere letzten Hoffnungen im Eis.

Die Politik hat sich längst auf die neuen Realitäten eingestellt und geht davon aus, dass dieser Winter ewig weitergeht. Warum sonst liegen sich die Parteien so heftig in Haaren wegen der Frage, ob und unter welchen Umständen Hartz-IV-Empfänger zum Schneeschippen geschickt werden dürfen, sollen, könnten? Der Streitpunkt spaltet die ganze Nation in Sozialkalte hier und Menschenfreunde dort. Guido Westerwelle hatte mit der Schipperei angefangen. Das löste in Sigmar Gabriel ein wahres Hochgefühl aus. Es sprudelte nur so aus ihm heraus: „Fundamentalist“, „Brandstifter“, „Verfassungsfeind“, und die nordrhein-westfälische SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft setzte den ultimativen Schocker obendrauf: „Brauner Sumpf!“

Spielverderber spotten, Nazi-Vergleiche seien die Geheimwaffe von Leuten, die der Debatte nicht ganz folgen könnten und trotzdem was Dramatisches sagen wollten. Auf Hannelore Kraft passt diese Beschreibung bemerkenswert gut: Kaum hatte sie sich ausgegrollt über Westerwelle, zog sie die Schippe selbst aus dem Sumpf und hielt das Schneeräumgerät den Hartz-IV-Empfängern vor die Nase.

In dem Moment hätten wir nur zu gern bei Sigmar Gabriel im Zimmer gestanden, um zu sehen, wie sein Gesicht ergliht und Worte aus seinen Mund schießen, die nicht mal der „Daily Star“ drukken würde. Die Genossin von der Ruhr hat ihm seine herrliche Westerwelle-Attacke komplett zerlegt. Der Mann war derart außer sich, dass zunächst andere vor mussten. Generalsekretärin Andrea Nahles säuselte, Kraft habe da ein „brennendes Thema“ angesprochen. Stimmt, und jetzt ist Feuer unterm Dach der SPD.

Man müsse differenzieren, bettelt die Parteispitze. Schließlich habe Westerwelle die Leute zur Arbeit zwingen wollen, während Kraft ihnen nur ein „besseres Angebot“ mache. Auf deutsch: Unser Ziel ist zwar irgendwie das Gleiche wie das des FDP-Chefs, wir sagen's aber netter.

Jürgen Rüttgers kann sein Glück kaum fassen. Der CDU-Landesvater von NRW wirft sich die Robe des Anwalts der kleinen Leute über und gibt den schwarzen Gabriel: „Zynisch“ sei das, was da aus der SPD komme. Nebenbei jubelt er der Konkurrenz unter, dass sie keinen Schimmer habe vom Hartz-IV-Gesetz mit seinen Ein-Euro-Jobs. Schlimmer hätte es kaum kommen können, armer SPD-Chef.

ZITATE

***Meinhard Miegel** spricht sich im „Focus“ vom 1. März gegen **hemmungslose Schuldenmacherei** aus:*

„Was heute als Wohlstandsgewinne ausgegeben wird, sind in Wahrheit immer häufiger Hypotheken auf die Zukunft. Die hemmungslose Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten ist zum Normalverhalten geworden. Die westlichen Gesellschaften haben ihren Wohlstand in erheblichem Maße auf einen Schuldenberg gegründet. Ob, wann und wie sie diesen dereinst abtragen werden, wissen sie nicht.“

*Im „Spiegel“ vom 1. März kritisiert der Kulturwissenschaftler und Autor mehrerer Bücher zum Pocahontas-Mythos **Klaus Theweleit** (*1942 in Ebenrode/Stallupönen, Ostpreußen) den **3D-Kinofilm „Avatar“**:*

„Gelockt wird die ‚gläubige‘ Menschheit im Rahmen einer Erzählung, in der das Technische das Böse ist und das naiv-urweltlich-religiös Tierisch-Menschliche das Gute. Und dies Gut-Gemisch siegt über das Technologische mit Hilfe von Pfeil und Bogen ... Nur: Kein einziges dieser Bilder der Schlacht gegen das Böse, gegen die Technologie, wäre möglich ohne die ausgefuchsteste Computertechnologie, die die Welt kennt. Wenn das nicht pervers ist, weiß ich keinen Sinn für das Wort.“

*Die „Neue Zürcher Zeitung“ (8. März) kommentiert die **Leichtfertigkeit**, mit der sich etliche **Euro-Länder** in die **Schuldenkrise** manövriert haben, mit der lakonischen Aussicht:*

„Euro ist, wenn am Schluss Deutschland bezahlt.“

Manche haben's eben besser!

Rückruf tönt's von vielen Orten,
trifft Produkte aller Sorten –
Autos, Flieger sind dabei,
ja gar Käse und Arznei.

Denn bei Mängeln, wenn fatalen,
heißt's, Entschädigung zu zahlen,
was noch weit mehr Geld verschlingt,
als ein Rückruf Spesen bringt

In der Politik indessen
wird mit anderm Maß gemessen
– Kostenrechnung, wie es scheint,
ist da nie ganz ernst gemeint.

Selbst bei ärgstem Murks und Käse
– und Erfahrung stützt die These –
ist ein Rückruf selten leicht,
auch wenn's längst schon allen reicht.

Meistens geht's bei Mandataren
und Ministern erst nach Jahren,
und Erlösung von der Qual
bringt vielleicht die nächste Wahl.

Aber sicher ist's mitnichten,
denn so mancher kann's sich richten,
und die Liste – eins, zwei drei –
zaubert letztlich die Partei.

Gehen Staat und Wirtschaft baden,
zahlt auch keiner für den Schaden,
und wer schuld war, kriegt als Lohn
obendrein 'ne Pension!

Dort im Jenseits bei Kollegen
mag wohl Neidgefühl sich regen,
war es doch in ihrer Zeit
hin zum Richtblock nie sehr weit ...

Pannonicus